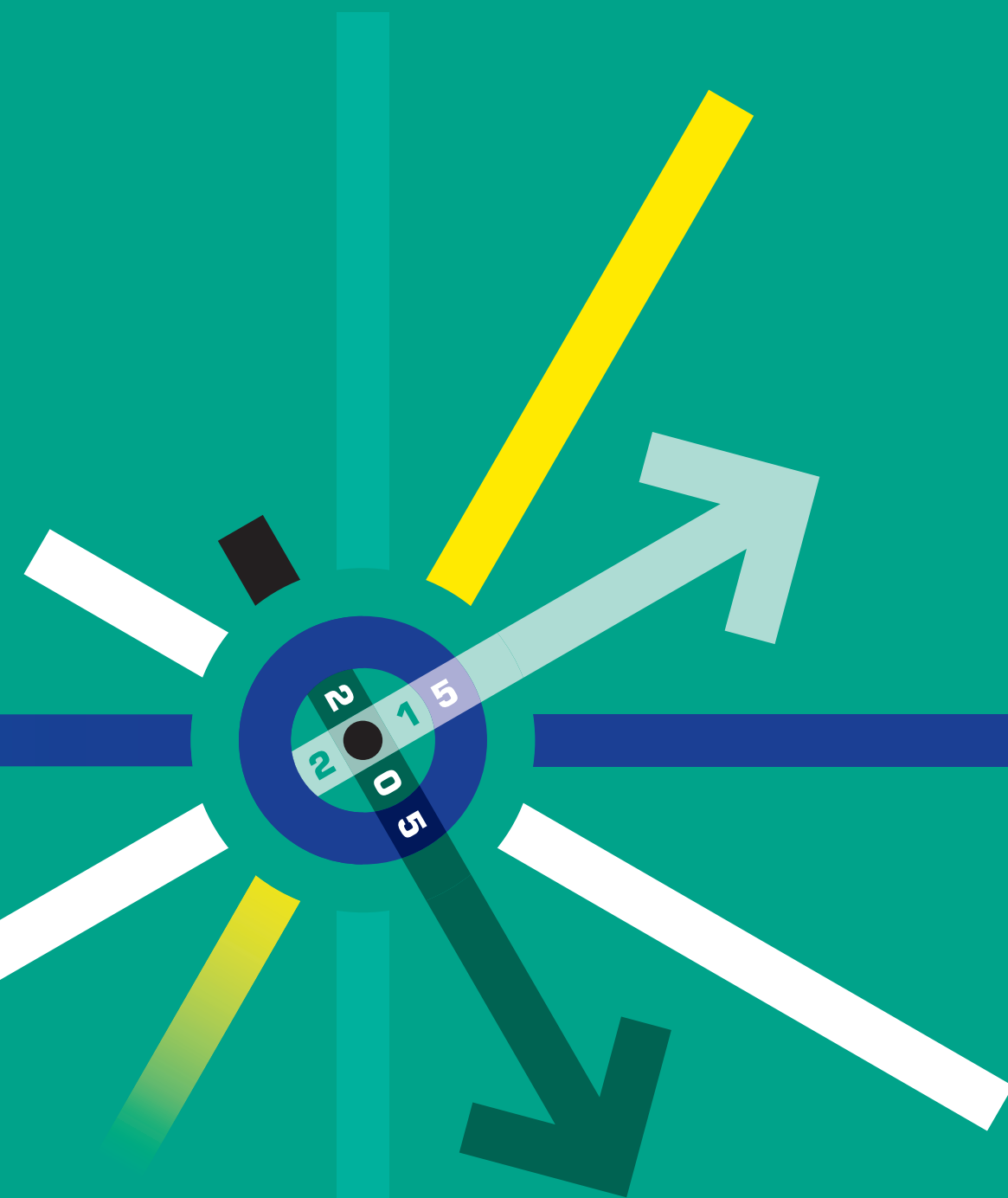


Kurzfassung des Berichts über die menschliche Entwicklung 2005



Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt:

Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt



Das Design der Vorderseite drückt die Vorstellung vom Jahr 2005 als einem Scheidepunkt für die menschliche Entwicklung aus. Fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung und zu Beginn des zehnjährigen Countdowns zum erklärten Termin für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele, dem Jahr 2015, befinden sich die Regierungen der Länder auf der Welt an einem Scheidepunkt. Wenn sie die Dinge weiter ihren gewohnten Gang gehen lassen, wird 2005 zu dem Jahr werden, in dem das Versprechen der Millenniums-Erklärung gegenüber den ärmsten Menschen auf der Welt gebrochen wird. Wenn sie dagegen jetzt handeln, um ihre Versprechen gegenüber den ärmsten Menschen auf der Welt zu erfüllen, können sie 2005 zu dem Jahr des Aufbruchs in eine Dekade für Entwicklung machen. Dies würde den Ländern helfen, wieder auf Kurs zu kommen, damit die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 erreicht werden können und die Voraussetzung für ein neues, gerechteres Globalisierungsmuster schaffen.



Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt:

Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt

Kurzfassung



Deutsche Gesellschaft für die Vereinten
Nationen e.V. (DGVN) (Herausgeber)

Berlin 2005

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
Zimmerstraße 26/27
D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0
Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de
Internet: www.dgvn.de

Titel des vollständigen Textes:
Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

Originaltitel:
Human Development Report 2005

Gestaltung des Umschlags:
Grundy & Northedge Information Designers, London

Informationsgrafik:
Gerald Quinn, Quinn Information Design, Cabin John, Maryland

Bildnachweis:
Seite 7, 30, 36: UN;
Seite 9, 14, 18, 21, 37: picture-alliance/dpa;
Seite 29: TransFair e.V.

Übersetzung:
Bernd Neidlein

Redaktion:
Hans-Christoph Neidlein, Ulrich Keller

Satz und Druck:
Druckpartner Moser, Druck + Verlag GmbH, Rheinbach

Die Herausgabe dieser Publikation wurde durch das Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.

Alle Rechte liegen beim Herausgeber, Berlin 2005

ISSN-Nr.: 1614-5488

Inhalt

Vorwort	5
Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt	7
Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2005	9
Der Stand der menschlichen Entwicklung	10
Warum Ungleichheit etwas ausmacht	15
Internationale Entwicklungshilfe – mehr Quantität, höhere Qualität	18
Handel und menschliche Entwicklung – die Verbindung stärken	24
Gewaltsame Konflikte als Fortschritthemmnisse	30
Pressespiegel	38
Index für menschliche Entwicklung	40
Abkürzungsverzeichnis	44
Glossar	45
Literaturverzeichnis	46
Veröffentlichungen	48

Kästen

1	Die Millenniums-Entwicklungsziele	8
2	Der Champagnerglas-Effekt – die globale Einkommensverteilung	13
3	Kostenhürden im Gesundheits- und Bildungswesen ausbauen	19
4	Vietnam und Mexiko – die Geschichte zweier Globalisierer	25
5	Die Kaffee-Krise	28
6	Die Demokratische Republik Kongo – durch gewaltsamen Konflikt geht es den fragilen Staaten noch schlechter	32
7	Die besetzten palästinensischen Gebiete – wie die menschliche Entwicklung umgekehrt wird	35

Tabellen

1	Länder mit sinkendem Index für menschliche Entwicklung	11
2	In den reichen Ländern fallen die Militärausgaben deutlich höher aus als die öffentliche Entwicklungshilfe	22
3	Natürliche Ressourcen haben in vielen Ländern Konflikte geschürt	34

Grafiken

1	Verbesserte Lebenserwartung in den meisten Regionen	10
2	Verbesserte menschliche Entwicklung in den meisten Regionen	10
3	Kindersterblichkeit – die Kluft zwischen Reich und Arm wird größer	12
4	Wo das Geld ist	12
5	Die Anteile am Einkommenskuchen	15
6	Höchste Sterbewahrscheinlichkeit für die Kinder der Ärmsten	16
7	Bildung in Mexiko – zwei verschiedene Welten	17
8	Extreme Armut – zwei Szenarien für 2015	18

9	Die Liga der Entwicklungshilfe-Geber	20
10	Reicher, aber weniger großzügig – der Wohlstand wächst schneller als die Entwicklungshilfe ...	21
11	Die Entwicklungshilfe„steuer“ – Kosten der Lieferbindung von Entwicklungshilfe	22
12	Lieferbindung von Entwicklungshilfe	22
13	Gegenüberstellung von Militärausgaben und Entwicklungshilfe	23
14	Große Schwankungen der Entwicklungshilfe	23
15	Anteil Afrikas südlich der Sahara am Welthandel geht zurück	24
16	Weltexporte: weiterhin von reichen Ländern dominiert	24
17	Extrem ungerechte Abstufung der Handelssteuern	26
18	Extrem ungerechte Besteuerung in der Praxis	27
19	Hohe und anwachsende Unterstützung reicher Länder für ihre Landwirtschaft	27
20	EU-Zucker – im Übermaß produziert und auf die Weltmärkte geworfen	27
21	Kaffeepreise und Kaffeeproduktion in Äthiopien	28
22	Weniger Konflikte seit 1991	31
23	Ausgabenprioritäten von Ländern mit einem niedrigen Stand bei der menschlichen Entwicklung, in denen in letzter Zeit ein Konflikt stattfand	33

Vorwort

Noch immer leben 2,5 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Eine Milliarde Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Es ist nicht gelungen, Armut wirksam zu reduzieren und Weichen dafür zu stellen, dass die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 erreicht werden.

Globaler humaner Fortschritt, den sich viele von dem UN-Gipfel im September 2005 erhofft haben, ist ausgeblieben. Zwar bekannten sich die Staats- und Regierungschefs erneut zu den vor fünf Jahren einstimmig verabschiedeten Millenniums-Entwicklungszielen. Doch neue und konkrete Maßnahmen wurden bei dem Gipfel nicht beschlossen.

Umso wichtiger sind die jährlichen *Berichte über die menschliche Entwicklung*, welche im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) seit 1990 erscheinen. Der Titel des Berichts über die menschliche Entwicklung 2005 nennt wichtige Engpässe für das Erreichen der Millenniumsziele: Entwicklungshilfe, Handel und Konflikte. Er sagt, was konkret getan werden

kann und muss, um die Ziele zu erreichen und extreme Armut und Ungerechtigkeit zu überwinden. Er zeigt auf, dass wir alle in einer Welt leben und so auch in Deutschland Wohlstand und Sicherheit gefährdet sind, wenn Arm und Reich weiter auseinanderdriften.

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) publiziert seit Jahren die deutschsprachige Ausgabe des jährlichen *Berichts über die menschliche Entwicklung* – sowohl in der Originalfassung als auch in der vorliegenden, aufbereiteten Kurzfassung. Die DGVN setzt dieses Engagement auch 2005 fort und möchte damit der klaren Stimme des diesjährigen UNDP-Berichts mehr Geltung verschaffen.

Christoph Zöpel
Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft
für die Vereinten Nationen (DGVN)



**„Was mit der Missachtung
der Würde eines einzigen
Menschenlebens beginnt,
endet nur allzu oft mit
einem großen Unglück
für ganze Nationen.“**

UN-Generalsekretär Kofi Annan

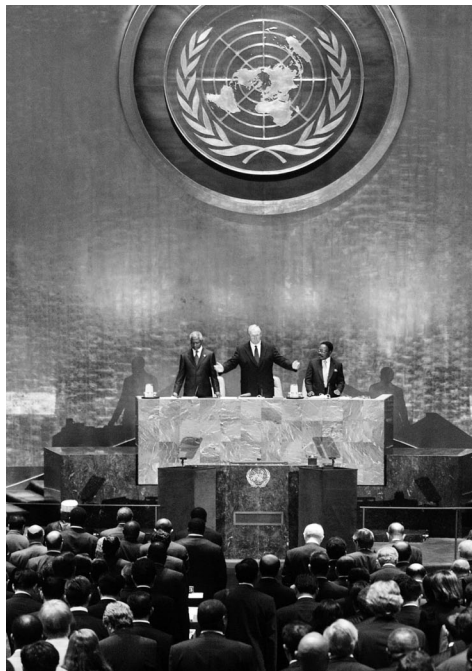
Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt

Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt

Das Jahr 2004 ging mit einem Ereignis zu Ende, das sowohl die zerstörerische Kraft der Natur als auch die erneuernde Kraft menschlichen Mitgefühls vor Augen führte. Bei dem Tsunami im Indischen Ozean kamen über 300.000 Menschen ums Leben; Millionen wurden obdachlos. Doch nur Tage nach der Naturkatastrophe – einer der schlimmsten in der jüngeren Menschheitsgeschichte – lief bereits die größte internationale Hilfswelle an, die es je gegeben hat. Dies beweist, was mit weltweiter Solidarität erreicht werden kann, wenn die internationale Gemeinschaft entschlossen an eine große Aufgabe herangeht.

Der Tsunami war eine äußerst sichtbare, unvorhersehbare und weitgehend auch unvermeidbare Tragödie. Doch auf der Welt spielen sich noch andere Tragödien ab, die viel verborgener, routinemäßig vorhersehbar und ohne weiteres vermeidbar sind. Fernab von jeglicher Beachtung durch die Medien sterben jede Stunde über 1.200 Kinder. Dies ist, als würden Monat für Monat drei solcher Flutwellen über den schutzlosesten Bürgern der Welt – ihren Kindern – zusammenbrechen. Zwar variieren die Todesursachen, doch in ihrer überwältigenden Mehrheit können sie auf eine generelle Krankheit zurückgeführt werden: Armut. Anders als ein Tsunami lässt sich diese Krankheit verhindern. Die Welt verfügt heute über die technologischen Möglichkeiten, die finanziellen Mittel und das Wissen, um extreme Not überwinden zu können. Dennoch lassen wir als internationale Gemeinschaft ein Ausmaß von Armut zu, dessen Tribut an Menschenleben die Auswirkungen der Flutwelle bei weitem in den Schatten stellt.

Vor fünf Jahren, am Anbruch des neuen Jahrtausends, schlossen sich die Regierungen der Welt zusammen, um gegenüber den Opfern der Armut auf der ganzen Welt ein bemerkenswertes Versprechen abzugeben. Sie kamen bei den Vereinten Nationen zusammen und unterzeichneten die Millenniums-Erklärung – eine feierliche Selbstverpflich-



Zwar bekannten sich die Staats- und Regierungschefs beim UN-Gipfel in New York im September 2005 erneut zu den Millenniums-Entwicklungszielen. Doch ein Durchbruch zu konkreten Maßnahmen wurde nicht erzielt.

tung, „keine Mühen zu scheuen, um unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenslichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien.“ Die Erklärung vermittelt eine kühne Vision, die verwurzelt ist in einem gemeinsamen Bekenntnis zu den allgemeinen Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit, und durch klare, terminierte Zielvorgaben gestützt wird. Diese Ziele – die Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) – beinhalten die Halbierung extremer Armut, die Senkung

der Kindersterblichkeit, die Sicherstellung von Schulbildung für alle Kinder der Welt, die Eindämmung von Infektionskrankheiten und den Aufbau einer neuen, ergebnisorientierten globalen Partnerschaft. Dies soll bis spätestens 2015 geschehen.

Sicherlich erschöpft sich menschliche Entwicklung nicht mit den Millenniums-Entwicklungszielen. Doch die Ziele geben einen entscheidenden Anhaltspunkt zur Messung des Fortschritts in Bezug auf die Errichtung einer neuen, gerechteren, weniger verarmten und weniger unsicheren Weltordnung.

Bisher gibt es wenig Grund zu feiern. Seit der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung waren einige bedeutende Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung zu verzeichnen. Die Armut ist zurückgegangen und bei den sozialen Indikatoren ist eine Verbesserung eingetreten. Die MDGs haben das international vorhandene Interesse gebündelt; sie haben Entwicklung und Armutsbekämpfung auf die weltweite Tagesordnung gebracht, wie es noch vor einem Jahrzehnt undenkbar schien. Das Jahr 2005 war gekennzeichnet von einer beispiellosen globalen Kampagne, die zum Ziel hat, dass

Armut bald der Vergangenheit angehört. Diese Kampagne hat bereits eine Wirkung gezeitigt in Gestalt von Fortschritten, die beim Gipfel der Gruppe der acht führenden Industriestaaten (G8) hinsichtlich Entwicklungshilfe und Schuldenerlassen gemacht wurden. Dies zeigt: Starke Argumente gestützt durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit können die Welt verändern.

Doch liest sich der allgemeine Fortschritt bei den Millenniums-Entwicklungszielen eher deprimierend. Die Mehrheit der Länder liegt hinter den meisten Zielvorgaben zurück. In einigen Schlüsselbereichen ist die menschliche Entwicklung ins Stocken gekommen, und ohnehin tiefe Ungleichheiten vergrößern sich noch weiter. Zwischen den hohen Ansprüchen der Millenniums-Erklärung und dem tatsächlichen Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung tut sich eine Kluft auf. Diplomatische Formulierungen und höfliche Umschreibungen werden benutzt, um die Lage darzustellen. Keinesfalls darf dies jedoch den Blick auf eine einfache Wahrheit verstellen: Das Versprechen gegenüber den Armen der Welt wird nicht eingelöst.

Dieses Jahr, 2005, sind wir an einem Scheidepunkt angelangt. Die Regierungen der Welt stehen vor einer wichtigen Entscheidung. Entweder nutzen sie die Gunst der Stunde und machen 2005 zum Beginn einer „Dekade der Entwicklung“. Wenn heute die Mittel zur Verfügung gestellt und die politischen Maßnahmen eingeleitet werden, die zur Erreichung der MDGs erforderlich sind, ist immer noch Zeit, das Versprechen der Millenniums-Erklärung einzulösen. Doch die Frist läuft allmählich ab, um den Zielfahrplan für 2015 wieder einhalten zu können, sondern auch, um die tiefen Ungleichheiten zu überwinden, die die Menschheit spalten, und ein neues, gerechteres Modell der Globalisierung zu entwickeln.

Die Alternative ist, so weiterzumachen wie bisher. Doch in einer Welt, in der Risiken und Gefahren immer stärker miteinander verwoben sind, würden dadurch Sicherheit, Frieden und Wohlstand auch global in Gefahr geraten.

Kasten 1

Die Millenniums-Entwicklungsziele

- Ziel 1 Beseitigung der extremen Armut und des Hungers. Den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 US-Dollar pro Tag beträgt und den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden.
- Ziel 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung. Sicherstellen, dass alle Jungen und Mädchen eine Grundschulbildung vollständig abschließen können.
- Ziel 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen. Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005, und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.
- Ziel 4 Senkung der Kindersterblichkeit. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken.
- Ziel 5 Verbesserung der Gesundheit von Müttern. Die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken.
- Ziel 6 Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten. Die Ausbreitung von HIV/AIDS und anderen Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren.
- Ziel 7 Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit. Den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen haben.
- Ziel 8 Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Die Entwicklungshilfe und die Handelsbeziehungen reformieren, unter besonderer Berücksichtigung der ärmsten Länder.

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

Dieser Bericht befasst sich mit dem Ausmaß der Herausforderung, der sich die Welt zu Beginn des zehnjährigen Countdown bis 2015 gegenübersteht. Sein Schwerpunkt liegt darauf, was die Regierungen der reichen Länder tun können, um ihren Teil der Vereinbarung zur globalen Partnerschaft zu erfüllen. Dies bedeutet nicht, dass die Regierungen der Entwicklungsländer keine Verantwortung tragen. Im Gegenteil, ihnen fällt sogar die Hauptverantwortung zu. Nicht noch soviel internationale Zusammenarbeit kann die Handlungen von Regierungen aufwiegen, die es versäumen, der menschlichen Entwicklung Vorrang einzuräumen, die Menschenrechte zu wahren, Ungleichheiten in Angriff zu nehmen und die Korruption auszumerzen. Wenn aber das Bekenntnis zur Zusammenarbeit nicht bekräftigt und durch konkretes Handeln untermauert wird, lassen sich die MDGs nicht erreichen – und die Millenniums-Erklärung wird als ein weiteres leeres Versprechen in die Geschichte eingehen.

Wir konzentrieren uns auf die drei Pfeiler der Zusammenarbeit, die alle dringend der Erneuerung bedürfen. Der erste Pfeiler ist die Entwicklungshilfe. Internationale Hilfe ist eine Schlüsselinvestition in menschliche Entwicklung. Der Ertrag dieser Investition lässt sich in dem Humanpotenzial messen, das freigesetzt wird, wenn vermeidbare Krankheiten und Todesfälle abgewendet werden, die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern überwunden wird, alle Kinder eine Schulbildung erhalten und die Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Die Entwicklungshilfe krankt an zwei Problemen: chronischer Unterfinanzierung und schlechter Qualität. Zwar hat es in beider Hinsicht Verbesserungen gegeben, es bleibt jedoch noch viel zu tun, um die Lücken zur Finanzierung der Millenniumsziele zu schließen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern.

Der zweite Pfeiler ist der internationale Handel. Unter den richtigen Voraussetzungen kann Handel als wirksamer Katalysator für

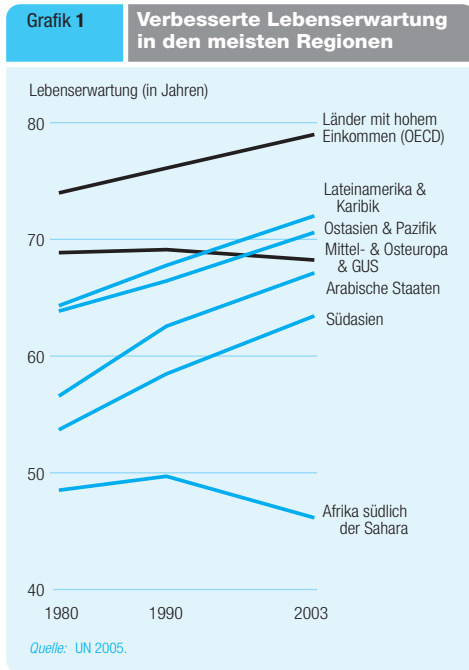


menschliche Entwicklung dienen. Die 2001 in Doha ausgerufene „Entwicklungsrunde“ der Gespräche der Welthandelsorganisation (WTO) bot den Regierungen der reichen Länder die Möglichkeit, diese Voraussetzungen zu schaffen. Heute, vier Jahre danach, ist nichts Wesentliches erreicht worden. Die Handelspolitik der reichen Länder verweigert weiterhin den armen Ländern und armen Menschen einen fairen Anteil am globalen Wohlstand – und ist damit ein Schlag ins Gesicht der Millenniums-Erklärung. Denn mehr noch als Entwicklungshilfe hätte der Handel das Potenzial, die ärmsten Länder und Menschen der Welt mehr am globalen Wohlstand teilhaben zu lassen. Eine unfaire Handelspolitik, die dieses Potenzial verringert, lässt sich nicht mit dem Bekenntnis zu den MDGs vereinbaren. Darüber hinaus ist sie ungerecht und scheinheilig.

Der dritte Pfeiler ist Sicherheit. Gewalttätige Konflikte bedrohen das Leben von Hunderten Millionen Menschen. Sie sind eine Quelle systematischer Menschenrechtsverletzungen und ein Hemmnis für Fortschritte in Richtung auf die Millenniumsziele. Die Erscheinungsform der Konflikte hat sich gewandelt – neue Risiken für die kollektive Sicherheit sind entstanden. In einer immer stärker miteinander verwobenen Welt überschreiten die Bedrohungen, die durch die Unfähigkeit zur Verhinderung von Konflikten oder durch verpasste Chancen auf Frieden entstehen, unweigerlich nationale Grenzen. Eine wirksamere internationale Zusammenarbeit würde die Voraussetzungen für eine beschleunigte menschliche Entwicklung und

Weltweit fordern – wie hier in Berlin – Nicht-Regierungsorganisationen eine gerechtere Weltordnung. Eine Milliarde Menschen haben immer noch keinen Zugang zu sauberem Wasser, 2,5 Milliarden Menschen leben von weniger als 2 US-Dollar pro Tag.

Seit 1990 ist die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern um zwei Jahre gestiegen



wahre Sicherheit schaffen. Sie könnte damit zur Beseitigung der Hindernisse für Fortschritte bei den MDGs beitragen, die durch gewaltsame Konflikte verursacht sind.

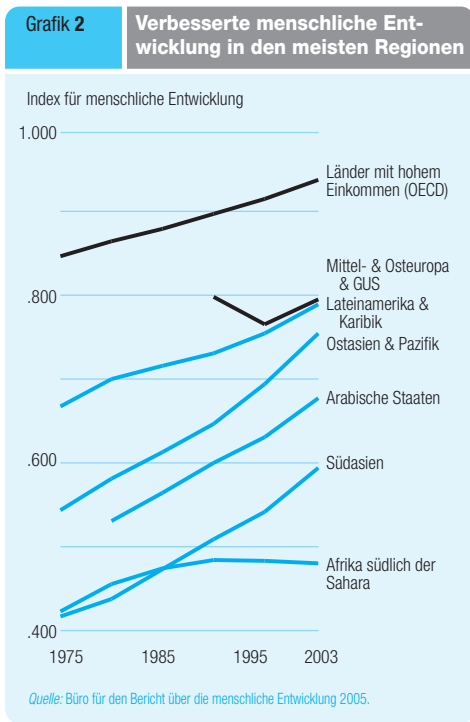
Die Erneuerung muss zeitgleich an jedem der Pfeiler internationaler Zusammenarbeit erfolgen. Wenn sie an einer Stelle nicht geschieht, werden die Grundlagen zukünftigen Fortschritts untergraben. In Ländern, wo die Chancen zur Teilhabe am Handel durch gewaltsame Konflikte verbaut sind, sind wirksamere Regeln im internationalen Handel wenig wert. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, die nicht von faireren Handelsregeln begleitet ist, wird weniger als optimale Ergebnisse liefern. Und ein Frieden, der keine Aussicht auf eine Verbesserung des menschlichen Wohlergehens und eine Verringerung der Armut durch Entwicklungshilfe und Handel bietet, wird immer zerbrechlich bleiben.

Der Stand der menschlichen Entwicklung

Vor fünfzehn Jahren sah der erste *Bericht über die menschliche Entwicklung* einem Jahrzehnt des raschen Fortschritts entgegen. „Die 1990er Jahre,“ so lautete die optimistische Prognose, „entwickeln sich zum Jahrzehnt der menschlichen Entwicklung; selten zuvor hat es einen derartigen Konsens über die wahren

Ziele von Entwicklungsstrategien gegeben.“ Auch heute gibt es wie 1990 einen Konsens über Entwicklung. Dieser kam eindrucksvoll in den Berichten des UN-Millennium-Projekts und der von Großbritannien eingesetzten Kommission für Afrika zum Ausdruck. Allerdings muss dieser Konsens sich erst noch in konkreten Taten niederschlagen – und da sind die Aussichten nicht gut für das kommende Jahrzehnt. Es besteht eine echte Gefahr, dass die nächsten zehn Jahre, wie schon die letzten 15, weit weniger zur menschlichen Entwicklung beitragen werden, als es der neue Konsens verspricht.

Seit der ersten Ausgabe des *Berichts über die menschliche Entwicklung* ist viel erreicht worden. Im Schnitt sind die Menschen in den Entwicklungsländern heute gesünder, besser gebildet und weniger verarmt – und die Wahrscheinlichkeit, dass sie in einer Mehrparteiendemokratie leben, hat sich auch erhöht. Seit 1990 ist die Lebenserwartung in den Entwicklungsländern um zwei Jahre gestiegen (siehe Grafik 1). Es sterben drei Millionen weniger Kinder im Jahr, und 30 Millionen mehr Kinder besuchen die Schule. Über 130 Millionen Menschen sind extremer Armut entronnen. Diese Errungenschaften bei der menschlichen Entwicklung sollte man nicht unterschätzen (siehe Grafik 2).



Man darf sie aber auch nicht zu hoch einschätzen. Im Jahr 2003 erzielten 18 Länder mit einer Gesamtbevölkerung von 460 Millionen Menschen geringere Punktzahlen beim Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index – HDI) als 1990 – ein beispielloser Rückschritt (siehe Tabelle 1). Inmitten des Aufschwungs der Weltwirtschaft erleben 10,7 Millionen Kinder jährlich ihren fünften Geburtstag nicht, und mehr als eine Milliarde Menschen leben in tiefstem Elend mit einem Einkommen von weniger als einem US-Dollar am Tag. Die HIV/AIDS-Epidemie hat die menschliche Entwicklung am stärksten zurückgeworfen. 2003 forderte die Epidemie drei Millionen Menschenleben; dazu gab es fünf Millionen Neuinfektionen. Millionen von Kindern sind dadurch zu Waisen geworden.

und den Lebenschancen. Ein Fünftel der Menschheit lebt in Ländern, wo sich viele nichts dabei denken, zwei US-Dollar am Tag für einen Cappuccino auszugeben. Ein weiteres Fünftel der Menschheit hingegen muss mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen und lebt in Ländern, wo Kinder sterben müssen, weil es ihnen an etwas so Einfachem wie einem Moskitonetz mangelt.

Zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts leben wir in einer geteilten Welt. Das Ausmaß dieser Trennung stellt eine grundlegende Herausforderung für die globale menschliche Gemeinschaft dar. Ein Teil dieser Herausforderung ist ethisch und moralisch. Nelson Mandela hat dies 2005 so ausgedrückt: „Massive Armut und eklatante Ungleichheit sind derart furchtbare Geißeln unserer Zeit – einer Zeit, in der die Welt sich atemberaubender Fortschritte auf den Gebieten Wissenschaft, Technologie, Industrie und Ansammlung von Wohlstand rühmen kann –, dass sie als gleichgroße soziale Übel eingestuft werden müssen wie Sklaverei und Apartheid.“ Diese doppelte Geißel von Armut und Ungleichheit kann besiegt werden – doch in dieser Richtung hat es nur stockende und unregelmäßige Fortschritte gegeben.

Genauso wie die armen Länder haben auch die reichen ein Interesse daran, dass sich dieses Bild ändert. Die Verringerung des Abstands, der sich innerhalb der menschlichen Gemeinschaft bei Wohlstand und Chancen auftut, ist kein Nullsummenspiel, bei dem die einen verlieren müssen, damit die anderen gewinnen können. Das Wohlergehen der Menschen in den reichen Ländern wird nicht dadurch beeinträchtigt, dass die Menschen in den armen Ländern bessere Chancen erhalten, ein langes und gesundes Leben zu führen, ihren Kinder eine anständige Bildung zu ermöglichen und der Armut zu entkommen. Im Gegenteil, es wird dazu beitragen, einen gemeinsamen Wohlstand aufzubauen und unsere kollektive Sicherheit zu stärken. In unserer vernetzten Welt ist eine Zukunft, die inmitten des Überflusses auf dem Fundament der Massenarmut beruht, wirtschaftlich ineffizient, politisch nicht tragfähig und moralisch unhaltbar.

Tabelle 1 Länder mit sinkendem Index für menschliche Entwicklung

1980–90	1990–2003
Guyana	Botswana
Haiti	Côte d'Ivoire
Kongo, Demokratische Republik	Kamerun
Niger	Kasachstan ^a
Ruanda	Kenia
Sambia	Kongo
	Kongo, Demokratische Republik
	Lesotho
	Moldawien, Republik ^a
	Russische Föderation ^a
	Sambia
	Simbabwe
	Südafrika
	Swasiland
	Tadschikistan ^a
	Tansania, Vereinigte Republik ^a
	Ukraine ^a
	Zentralafrikanische Republik

a. Für dieses Land liegen keine HDI-Daten für 1980-90 vor, dementsprechend kann das Absinken bereits vor 1990 begonnen haben.
Quelle: Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2005.

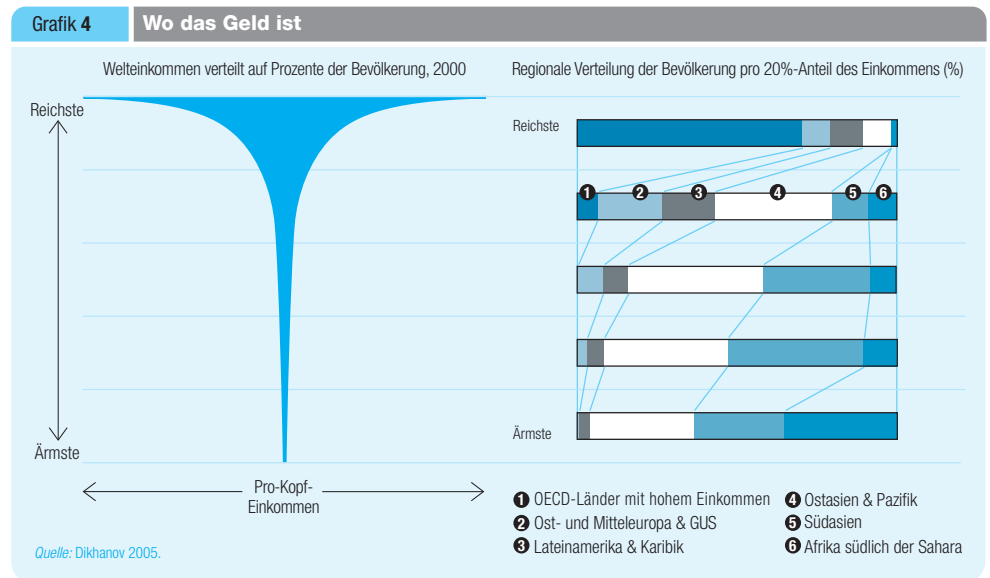
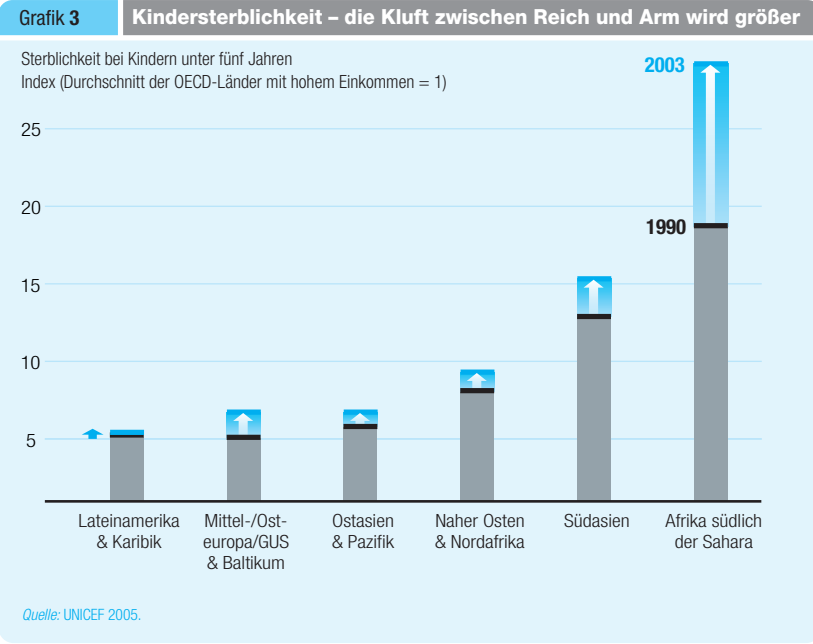
Durch das Zusammenwachsen der Welt entstehen tiefere Verbindungen zwischen den einzelnen Ländern. In Bezug auf die Wirtschaft verringert sich der Abstand zwischen Menschen und Ländern rasch, da Handel, Technologie und Investitionen alle Länder in einem Netz wechselseitiger Abhängigkeiten zusammenführen. In Bezug auf die menschliche Entwicklung ist der Abstand zwischen den einzelnen Ländern jedoch gekennzeichnet durch tiefe und manchmal immer tiefer werdende Ungleichheit beim Einkommen

Die Kluft bei der Lebenserwartung zählt zu den grundlegendsten aller Ungleichheiten. Heutzutage hat jemand, der in Sambia lebt, eine geringere Chance, 30 Jahre alt zu werden, als jemand, der 1840 in England geboren wurde – und die Kluft wird immer größer. Der Kern des Problems ist HIV/

über. Über die unmittelbaren menschlichen Kosten hinaus zerstört HIV/AIDS die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur, die für eine Gesundung unverzichtbar ist. Die Krankheit lässt sich noch nicht heilen. Aber Millionen von Menschenleben hätten bereits gerettet werden können, wenn die internationale Gemeinschaft nicht so lange gewartet hätte, bis sich eine ernsthafte Bedrohung zu einer ausgewachsenen Krise entwickelt hat.

Kein Indikator veranschaulicht die ungleichen Chancen bei der menschlichen Entwicklung besser als die Kindersterblichkeit (siehe Grafik 3). Die weltweiten Sterberaten bei Kindern sinken zwar, aber der Trend ist rückläufig und es tut sich ein immer größerer Abgrund zwischen den reichen und den armen Ländern auf. Rückläufige Trends in diesem Bereich kosten Menschenleben. Hätte man es geschafft, das Tempo des Fortschritts der 1980er Jahre auch in den vergangenen 15 Jahren zu halten, würden dieses Jahr 1,2 Millionen weniger Kinder sterben. Für den Anstieg der anteiligen Kindersterblichkeit ist vor allem Afrika südlich der Sahara verantwortlich: Die Region kommt für 20 Prozent der Geburten weltweit auf, aber für 44 Prozent der Todesfälle unter Kindern. Eine Verlangsamung des Fortschritts lässt sich jedoch auch außerhalb Afrikas südlich der Sahara beobachten. Einige der Länder, die im Zuge der Globalisierung die frap-pierendsten „Erfolgsgeschichten“ geschrieben haben

AIDS. Der größte demographische Schlag in Europa seit der Pest im Mittelalter war der, den Frankreich während des Ersten Weltkriegs erlitten hat. Damals sank die Lebenserwartung um etwa 16 Jahre. Im Vergleich dazu sieht sich Botswana heute einem durch HIV/AIDS verursachten Rückgang der Lebenserwartung um 31 Jahre gegen-



– darunter China und Indien – ist es nicht gelungen, den neu gewonnenen Wohlstand und steigende Einkommen im Sinne einer rascheren Senkung der Kindersterblichkeit umzusetzen. Eine tief verwurzelte Ungleichheit bei der menschlichen Entwicklung liegt diesem Problem zugrunde.

Derweil tobt die Debatte über Trends bei der globalen Einkommensverteilung weiter. Weniger debattieren lässt sich das bloße Ausmaß der Ungleichheit. Die reichsten 500 Einzelpersonen der Welt verfügen gemeinsam über ein größeres Einkommen als die ärmsten 416 Millionen. Einmal abgesehen von solchen Extremen haben die 2,5 Milliarden Menschen, die mit weniger als

zwei US-Dollar am Tag auskommen müssen – 40 Prozent der Weltbevölkerung – nur einen Anteil von fünf Prozent am weltweiten Einkommen. Der Anteil der reichsten zehn Prozent, von denen fast alle in Ländern mit hohem Einkommen leben, beträgt hingegen 54 Prozent (siehe Grafik 4, Kasten 2).

Eine offensichtliche natürliche Folge der extremen globalen Ungleichheit ist, dass sogar geringfügige Veränderungen bei der vertikalen Verteilung dramatische Auswirkungen auf die Armut haben können. Ausgehend von den uns vorliegenden Daten über globale Einkommensverteilung schätzen wir, dass es 300 Milliarden US-Dollar kosten würde, das Einkommen von

Kasten 2

Der Champagnerglas-Effekt – die globale Einkommensverteilung

Konstruiert man ein Modell der globalen Einkommensverteilung aus nationalen Umfragen zu den Haushaltsausgaben, so offenbart dies, wie hoch die Ungleichverteilung in der Welt ist. Ein solches Modell hilft auch, die globale Unterschicht zu identifizieren, die von weniger als zwei US-Dollar am Tag lebt, und deren Position mit anderen Menschen am oberen Ende der globalen Einkommensverteilung zu vergleichen.

Wenn die Welt ein einziges Land wäre, hätte sie im Jahr 2000 ein Durchschnittseinkommen von 5.533 US-Dollar (Kaufkraftparität) und einen Einkommensmedian von 1.700 US-Dollar gehabt. Die Kluft zwischen dem Median und dem Durchschnittseinkommen weist auf eine Einkommenskonzentration am oberen Ende der Verteilungskurve hin. 80 Prozent der Weltbevölkerung hatten ein Einkommen, das unter dem Durchschnitt lag. Währenddessen war das durchschnittliche Einkommen der obersten 20 Prozent der Weltbevölkerung rund 50 Mal so hoch wie das Durchschnittseinkommen der untersten 20 Prozent.

Die globale Einkommensverteilung ähnelt einem Champagnerglas (siehe Grafik 4 im Text). Oben, wo das Glas am breitesten ist, verfügen die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung über drei Viertel des gesamten weltweiten Einkommens. Unten am Stiel, wo das Glas am schmalsten ist, verfügen die ärmsten 40 Prozent über fünf Prozent des weltweiten Einkommens und die ärmsten 20 Prozent über gerade einmal 1,5 Prozent. Die ärmsten 40 Prozent entsprechen ungefähr den zwei Milliarden Menschen, die von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben.

Wie hat sich die regionale Zusammensetzung der Gruppe der ärmsten 20 Prozent im Zeitablauf verändert? Der Anteil Südasien-

ens ist stark gesunken, von 50 Prozent im Jahr 1980 auf heute ein Drittel. Die Länder Afrikas südlich der Sahara machen einen steigenden Anteil an den ärmsten 20 Prozent aus, was zwei Jahrzehnte sinkender Durchschnittseinkommen widerspiegelt. Seit 1980 hat sich ihr Anteil von 15 auf 36 Prozent mehr als verdoppelt und steigt weiter. Jeder zweite Mensch in Afrika südlich der Sahara gehört heute zu den ärmsten 20 Prozent in der globalen Einkommensverteilung, im Vergleich zu jedem fünften in Ostasien und jedem vierten in Südasien.

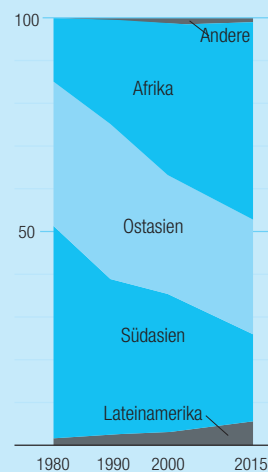
Es überrascht nicht, dass die reichen Länder unter den obersten 20 Prozent vorherrschend sind. Neun von zehn ihrer Bürger gehören zu den reichsten 20 Prozent und auf die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entfallen 85 Prozent des Einkommens des reichsten Zehntels.

Die globale Einkommensverteilung macht auch den außergewöhnlich hohen Grad an Ungleichverteilung in Lateinamerika deutlich. Ein Viertel der Bevölkerung der Region genießt ein Einkommen, das sie zu den reichsten 20 Prozent zählen lässt, während mehr als acht Prozent in der globalen Verteilung zu den ärmsten 20 Prozent gehören.

Quelle: Dikhanov 2005.

Jeweils Veränderungen unter den Ärmsten dieser Welt

Regionale Verteilung der einkommensärmsten 20 Prozent (in Prozent)



Quelle: Dikhanov 2005.

In Vietnam wurden in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte bei der allgemeinen Grundschulbildung gemacht. Doch wenn sich weltweit der derzeitige Trend fortsetzt, wird es 2015 immer noch 47 Millionen Kinder geben, die nicht zur Schule gehen.



einer Milliarde Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben, über die Schwelle der extremen Armut anzuheben. Dieser Betrag entspricht 1,6 Prozent des Einkommens der reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung. Allerdings lässt sich mit dieser Zahl nur ein statischer Transfer zum Ausdruck bringen. Die nachhaltige Verringerung der Armut verlangt nach dynamischen Prozessen, durch die arme Länder und arme Menschen selbst einen Ausweg aus extremer Not finden können. In unserer zutiefst ungleichen Welt würde mehr Gleichheit aber als wirksamer Katalysator für die Verringerung der Armut und für Fortschritte bei den Millenniumszielen dienen.

Wie wirkt sich nun der derzeitige Verlauf der globalen menschlichen Entwicklung auf die Millenniums-Entwicklungsziele aus? Zur Beantwortung dieser Frage nutzen wir Länderdaten, um zu prognostizieren, wo die Welt 2015 bei einigen der wesentlichen Zielen stehen wird. Das Bild, das sich dabei ergibt, ist nicht gerade ermutigend. Wenn der gegenwärtige Trend anhält, tut sich eine enorme Kluft zwischen den Zielvorgaben der MDGs und den erreichten Ergebnissen auf. Diese kann man statistisch ausdrücken, doch hinter der Statistik verbergen sich das Leben und die Hoffnungen gewöhnlicher Menschen. Die menschlichen Kosten lassen sich nie allein durch Zahlen zum Ausdruck

bringen. Doch unsere Prognose für 2015 gibt Hinweise auf das Ausmaß der Kosten. Wenn es so weiter geht wie derzeit, hätte dies für die Entwicklungsländer u.a. folgende Konsequenzen:

- Die Millenniums-Zielvorgabe zur Senkung der Kindersterblichkeit wird um 4,4 Millionen vermeidbare Todesfälle von Kindern im Jahr 2015 verpasst – dreimal so viel wie die Zahl der Kinder unter fünf Jahren in London, New York und Tokio zusammengenommen. In den nächsten zehn Jahren kommen durch die Abweichung des derzeitigen Trends von der Zielvorgabe weitere 41 Millionen Kinder hinzu, die vor ihrem fünften Geburtstag an der am leichtesten heilbaren aller Krankheiten – Armut – sterben werden. Dieses Ergebnis lässt sich nur schwer vereinbaren mit dem Versprechen der Millenniums-Erklärung, die Kinder der Welt zu schützen.
- Die Diskrepanz zwischen der Zielvorgabe zur Halbierung der Armut und den prognostizierten Resultaten bedeutet weitere 380 Millionen Menschen im Jahr 2015, deren Einkommen weniger als einen US-Dollar beträgt.
- Nach dem gegenwärtigen Trend wird das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung ebenfalls verfehlt werden; 2015 wird es immer noch 47 Millionen Kinder geben, die nicht zur Schule gehen.

So sieht also eine einfache Fortschreibung der gegenwärtigen Trends aus – doch Trends sind nicht unabwendbar. Im Finanzwesen gibt es ein geflügeltes Wort: Die Leistungen der Vergangenheit stellen keine Richtschnur für zukünftige Ergebnisse dar. Im Blick auf die Millenniums-Entwicklungsziele ist dies zweifellos eine erfreuliche Feststellung. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat es so ausgedrückt: „Die MDGs können bis 2015 erreicht werden – aber nur, wenn alle Beteiligten aus ihrer Routine ausbrechen und ihre Bemühungen sofort dramatisch beschleunigen und verstärken.“ Einige der ärmsten Länder der Welt – darunter Bangladesch, Uganda und Vietnam – haben bewiesen, dass rascher Fortschritt möglich ist. Doch die reichen Länder müssen zur Deckung der Anlaufkosten eines globalen Aufschwungs der menschlichen Entwicklung beitragen.

Von der Prognose geht für 2015 eine deutliche Warnung aus. Um es ohne Umschweife auszudrücken: Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass die Welt bei der menschlichen Entwicklung auf ein Desaster zusteuert, dessen Kosten in vermeidbaren Todesfällen, Kindern, die keine Schule besuchen können, und verpassten Gelegenheiten zur Armutsreduzierung gemessen werden wird. Dieses Desaster ist sowohl vermeidbar als auch vorhersehbar. Wenn es den Regierungen ernst mit ihrem Bekenntnis zu den MDGs ist, können sie nicht einfach so weitermachen wie bisher.

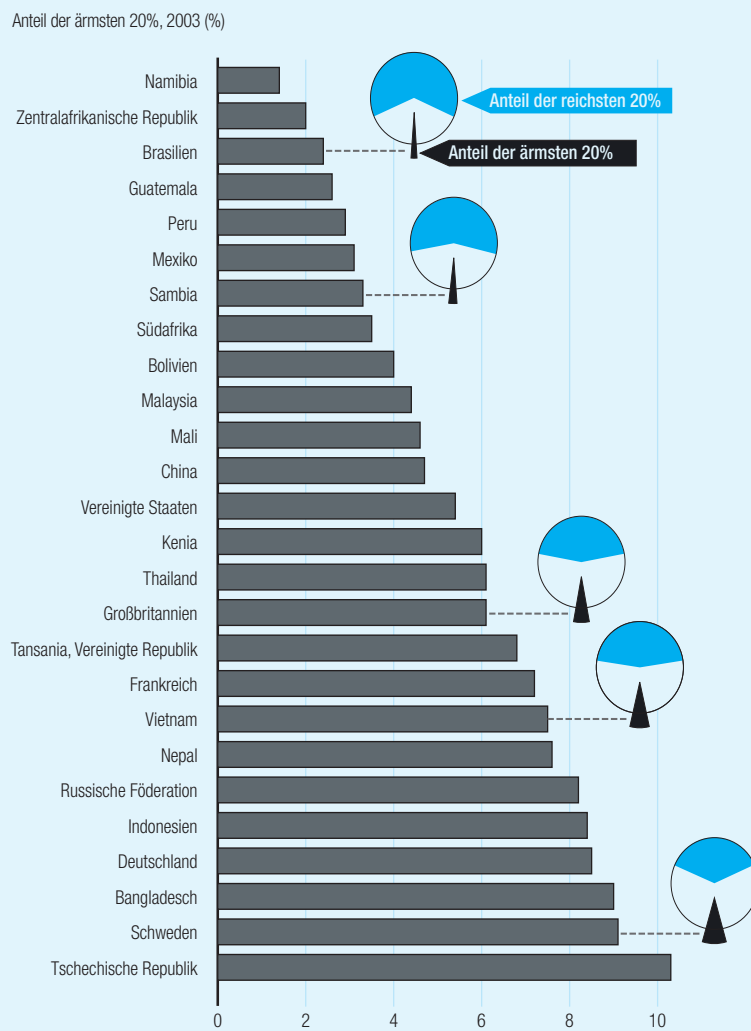
Warum Ungleichheit etwas ausmacht

Innerhalb der einzelnen Länder tun sich genauso tiefe Abgründe bei der menschlichen Entwicklung auf wie zwischen verschiedenen Ländern. Darin spiegelt sich fehlende Chancengleichheit wider – Menschen werden wegen ihres Geschlechts, ihrer Gruppenzugehörigkeit, ihres Wohlstands oder ihres Aufenthaltsorts Steine in den Weg gelegt. Derartige Ungleichheiten sind ungerecht. Sie sind außerdem wirtschaftlich gesehen eine Verschwendung und wirken sozial destabilisierend. Eine der effizientesten Wege zur Überwindung extremer Armut ist es, die strukturellen Kräfte zu überwinden, die extreme Ungleichheit pro-

duzieren und aufrechterhalten. Damit wird das Gemeinwohl gefördert und ein schnellerer Fortschritt bei den MDGs erzielt.

Die Millenniums-Entwicklungsziele selber sind eine grundsätzliche Erklärung der internationalen Entschlossenheit, die in einem Bekenntnis zu den grundlegenden Menschenrechten verankert ist. Diese Rechte – das Recht auf Bildung, auf Gleichstellung der Geschlechter, auf Überleben der Kindheit und auf einen angemessenen Lebensstandard – sind von ihrer Natur her allgemeingültig. Deshalb sollte Fortschritt bei den MDGs allen Menschen dienen, unabhängig von ihrem Haushaltseinkommen, ihrem Geschlecht oder ihrem Aufenthaltsort. Die Regierungen messen jedoch Fortschritt anhand nationaler Mittelwerte. Dies kann dazu füh-

Grafik 5 Die Anteile am Einkommenskuchen



Quelle: Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2005.

In Ländern, auf die über 80 Prozent der Weltbevölkerung entfällt, wächst die ungleiche Einkommensverteilung

ren, dass der Blick auf tiefgreifende Ungleichheiten beim Fortschritt verstellt wird, die auf Disparitäten aufgrund von Wohlstand, Geschlecht, Gruppenzugehörigkeit und anderen Faktoren beruhen.

In diesem Bericht wird aufgezeigt, wie Fortschritt bei der Erreichung der Millenniumsziele gebremst wird, wenn man extreme Ungleichheiten nicht in Angriff nimmt. Bei vielen der MDGs bleiben die Armen und Unterprivilegierten zurück. Eine länderübergreifende Analyse lässt erkennen, dass die Kindersterblichkeitsraten bei den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung nicht einmal halb so schnell sinken wie im Weltdurchschnitt. Da die ärmsten 20 Prozent somit für einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der Kindersterblichkeit aufkommen, verringert sich das generelle Tempo des Fortschritts bei der Erreichung der Ziele. Die Schaffung von Bedingungen, unter denen die Armen zur allgemeinen menschlichen Entwicklung aufschließen können, würde den MDGs neue, dynamische Impulse verleihen. Es würde außerdem eine Ursache sozialer Ungerechtigkeit angehen.

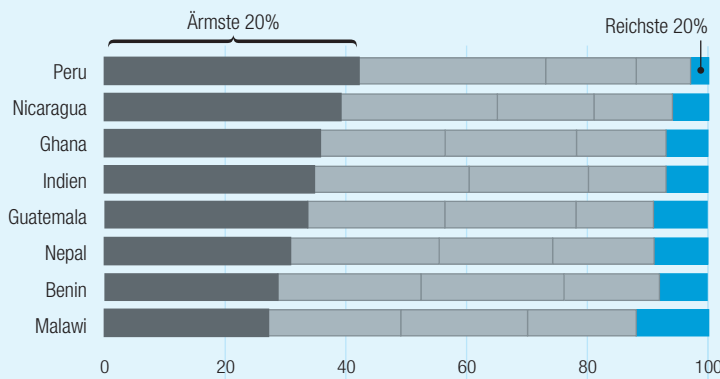
Ein vielschichtiges Geflecht von Ungleichheiten schafft lebenslange Benachteiligung bestimmter Menschen. In Ländern, auf die über 80 Prozent der Weltbevölkerung entfällt, wächst die ungleiche Einkommensverteilung. Ungleichheit auf diesem Gebiet ist von besonderer Bedeutung, weil zwischen Verteilungsmustern und dem Niveau der Armut ein Zusammenhang besteht. So liegt etwa in Brasilien,

einem Land mit großer ungleicher Verteilung und mittlerem Einkommen, das Durchschnittseinkommen dreimal so hoch wie in Vietnam, einem Land mit geringer Ungleichverteilung und niedrigem Einkommen. Dennoch verfügen die ärmsten zehn Prozent in Brasilien über ein geringeres Einkommen als die ärmsten zehn Prozent in Vietnam. Ein hohes Maß an ungleicher Einkommensverteilung beeinträchtigt das Wirtschaftswachstum und senkt das Tempo, mit dem Wachstum in Armutsreduzierung umgesetzt wird. Es verringert sowohl die Größe des Kuchens, den es zu verteilen gibt, als auch die Größe des Kuchenstückchens, das für die Armen abfällt (siehe Grafik 5).

Ungleiche Einkommensverteilung zeigt eine Wechselwirkung mit anderen Ungleichheiten bei den Lebenschancen. In einen armen Haushalt hineingeboren zu werden, verringert die Lebens-, manchmal sogar die Überlebenschancen. In Ghana oder im Senegal sterben Kinder, die in die 20 Prozent einkommensschwächsten Haushalte hineingeboren werden, im Schnitt zwei- bis dreimal häufiger vor Vollendung des fünften Lebensjahrs als Kinder, die in den reichsten 20 Prozent der Haushalte zur Welt kommen (siehe Grafik 6). Und die Benachteiligung verfolgt diese Menschen ihr ganzes Leben lang. Arme Frauen haben seltener eine Schulbildung und erhalten seltener vorgeburtliche Betreuung während einer Schwangerschaft. Ihre Kinder haben eine geringere Überlebenschancen und machen seltener einen Schulabschluss. Damit setzt sich der Kreislauf des Elends über Generationen hinweg fort. Grundlegende Ungleichheiten bei den Lebenschancen beschränken sich nicht allein auf die armen Länder. Die gesundheitliche Situation in den Vereinigten Staaten, dem reichsten Land der Welt, spiegelt tiefgreifende Ungleichheiten aufgrund von Wohlstand und Rasse wider. Regionale Gefälle sind eine weitere Ursache von Ungleichheit. Die Bruchlinien der menschlichen Entwicklung trennen ländliche von städtischen und arme von reichen Regionen desselben Landes. So ist in einigen Staaten Mexikos der Alphabetisierungsgrad vergleichbar hoch wie in Ländern mit hohem Einkommen. In den überwiegend landwirtschaftlich gepräg-

Grafik 6 Höchste Sterbewahrscheinlichkeit für die Kinder der Ärmsten

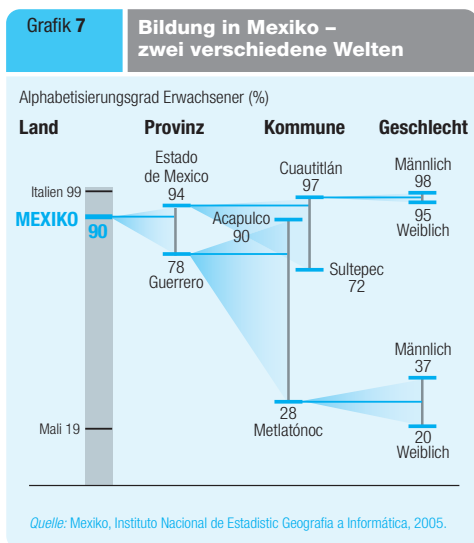
Anteil der Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren, nach Wohlstandsquintilen (%)



Quelle: Berechnet auf der Grundlage der Daten zur Sterblichkeit der unter 5-jährigen und zu Geburten aus Gwatkin et al. (demnächst erscheinend).

Jedes Jahr gehen
130.000 Kinderleben
aufgrund des Nachteils
verloren, mit zwei
X-Chromosomen
geboren zu sein

ten Wohngebieten der indigenen Völker in südlichen Staaten wie Guerrero, die im sogenannten Armutsgürtel gelegen sind, nähert sich die Analphabetenquote bei Frauen der von Mali (siehe Grafik 7).



Geschlechtszugehörigkeit ist weltweit einer der deutlichsten Anzeiger für Benachteiligung. Dies gilt speziell für Südasien. Der hohe Anteil „fehlender Frauen“ in der Region legt Zeugnis vom Ausmaß des Problems ab. Die Benachteiligung beginnt hier schon bei der Geburt. In Indien liegt die Sterberate im Alter von ein bis fünf Jahren bei Mädchen um 50 Prozent höher als bei Jungen. Anders ausgedrückt gehen jedes Jahr 130.000 Kinderleben aufgrund des Nachteils verloren, mit zwei X-Chromosomen geboren zu sein. In Pakistan würde eine Gleichstellung der Geschlechter beim Schulbesuch weiteren zwei Millionen Mädchen die Chance geben, eine Schulbildung zu erhalten.

Der Verringerung von Ungleichheit bei der Verteilung der Möglichkeiten zur menschlichen Entwicklung wird von sich aus Vorrang in der öffentlichen Politik eingeräumt: Sie hat schon aus inneren Gründen eine Bedeutung. Außerdem wäre sie auch bei der Beschleunigung des Fortschritts in Richtung auf die Millenniumsziele förderlich. Wenn man die Kluft schließen könnte, die sich bei der Kindersterblichkeit zwischen den reichsten und den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung aufbaut, würden Todesfälle bei Kindern um fast zwei Drittel zurückgehen. Auf diese Weise

könnten jedes Jahr mehr als sechs Millionen Leben gerettet werden – und die Welt könnte den Fahrplan zur Erreichung der MDG-Zielvorgabe einer Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel wieder einhalten.

Eine gerechte Einkommensverteilung wäre ein wirksamer Katalysator für beschleunigte Armutsreduzierung. Wir verwenden Erhebungen von Haushaltseinkommen und -ausgaben, um die Auswirkungen eines Wachstumsmechanismus zu simulieren, bei dem arme Menschen einen doppelt so großen Anteil am zukünftigen Wachstum erhalten wie ihr gegenwärtiger Anteil am Nationaleinkommen. Im Fall von Brasilien verkürzt diese Version armutsreduzierenden Wachstums den Zeithorizont für die Halbierung der Armut um 19 Jahre, im Fall von Kenia um 17 Jahre. Daraus folgern wir: Wenn es um die Reduzierung der Einkommensarmut geht, ist Verteilung genauso wichtig wie Wachstum. Diese Schlussfolgerung gilt genauso für Länder mit geringem Einkommen wie für Länder mit mittlerem Einkommen. Ohne Verbesserungen bei der Einkommensverteilung würde es im Afrika südlich der Sahara unrealistisch hoher Wachstumsraten bedürfen, um die Armut bis 2015 zu halbieren. Dieser Überlegung ist hinzuzufügen, dass ein nachgewiesenes Bekenntnis zur Verminderung der Ungleichheit – als Teil einer breiter angelegten Strategie der Armutsreduzierung – zu mehr allgemeiner Unterstützung der Entwicklungshilfe in den Geberländern beitragen würde.

Durch nationale Simulationen anhand eines globalen Modells der Einkommensverteilung lassen sich die potenziellen Vorteile verringerter Ungleichheit für die globale Armutsreduzierung herausstellen. Mithilfe eines solchen Modells wird die Frage aufgeworfen, was geschehen würde, wenn Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben, ihren Anteil am zukünftigen Wachstum verdoppeln würden. Die Antwort ist: Bis 2015 würde die Zahl der Menschen, die ein Tageseinkommen von unter einem US-Dollar haben, voraussichtlich um ein Drittel abnehmen – dies entspricht 258 Millionen Menschen (siehe Grafik 8).

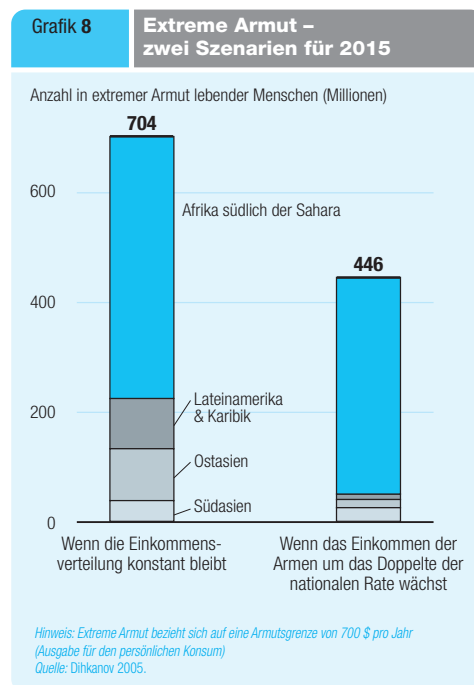
In vielen Ländern driften Arm und Reich immer weiter auseinander. Um diesen Kindern in Senegal mehr Chancen zu ermöglichen, ist eine Politik gefordert, welche eine gerechtere Einkommensverteilung auf den Weg bringt.



Planspiele dieser Art beschreiben, welche Resultate möglich wären. Um darauf hinzuwirken zu können, bedarf es einer Neuorientierung der öffentlichen Politik. Der Verbesserung von Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit öffentlicher Dienstleistungen und der Erhöhung des Anteils armer Menschen am Wachstum sollte wesentlich mehr Gewicht beigemessen werden. Es gibt kein Patentrezept, wie sich Verbesserungen bei der Einkommensverteilung erzielen lassen. Viele Länder, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, benötigen Maßnahmen,

um das produktive Potenzial der Kleinbauern und generell der ländlichen Gebiete zu erschließen. Auf einer übergeordneten Ebene ist Bildung einer der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit. Entscheidend ist auch eine Finanzpolitik, die auf sozialen Wandel gerichtet ist, Sicherheit bietet und die Armen mit den Aktivposten ausstattet, die nötig sind, um der Armut zu entgehen.

Das alles bedeutet nicht, dass es leicht wäre, größere Gerechtigkeit bei der menschlichen Entwicklung zu erreichen. Extreme Ungleichheiten haben ihre Wurzeln in Machtstrukturen, die arme Leute ihrer Marktchancen berauben, ihren Zugang zu Dienstleistungen beschränken und – was entscheidend ist – ihnen ein politisches Mitspracherecht verwehren. Diese Pathologie der Macht schadet der marktbezogenen Entwicklung und politischen Stabilität; sie stellt überdies ein Hemmnis für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele dar.



Internationale Entwicklungshilfe – mehr Quantität, höhere Qualität

Internationale Entwicklungshilfe ist eine der wirksamsten Waffen im Kampf gegen die Armut. Heute wird von dieser Waffe zu selten Gebrauch gemacht, sie wird nicht wirksam eingesetzt und bedarf der Instandsetzung. Die Reformierung des internationalen Ent-

In einer Welt miteinander
verknüpfter Risiken
und Chancen ist
Entwicklungshilfe genauso
eine Investition wie ein
moralisches Erfordernis

wicklungshilfesystems ist eine grundlegende Voraussetzung, damit der Zielfahrplan für die MDGs wieder eingehalten werden kann.

In den reichen Ländern stellt man sich Entwicklungshilfe manchmal als einseitigen Akt der Nächstenliebe vor. Diese Sichtweise ist unangebracht. In einer Welt miteinander verknüpfter Risiken und Chancen ist Entwicklungshilfe genauso eine Investition wie ein moralisches Erfordernis – eine Investition in gemeinschaftlichen Wohlstand, kollektive Sicherheit und eine gemeinsame Zukunft. Wenn versäumt wird, heute in ausreichendem Umfang Investitionen zu tätigen, werden morgen Kosten entstehen.

Entwicklungshilfe steht im Mittelpunkt der neuen Partnerschaft für Entwicklung, wie sie in der Millenniums-Erklärung vorgesehen ist. Wie in jeder Partnerschaft haben beide Beteiligten ihre eigenen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen. Die Entwicklungsländer sind dafür verantwortlich, ein Umfeld zu schaffen, in dem Entwicklungshilfe die optimalen Ergebnisse erbringen kann. Die reichen Länder haben ihrerseits die Verpflichtung, ihre Zusagen einzuhalten.

Für wirksame Entwicklungshilfe gelten drei Voraussetzungen. Erstens muss sie in ausreichender Quantität geleistet werden,

um einen Sprung nach vorne bei der menschlichen Entwicklung zu ermöglichen. Hilfe gibt den Regierungen eine Ressource in die Hand, mit der sie ihre diversen Investitionen in Gesundheit, Bildung und wirtschaftliche Infrastruktur tätigen können, die zur Durchbrechung von Kreisläufen der Not und zur Unterstützung wirtschaftlicher Gesundung erforderlich sind (siehe Kasten 3). Diese Ressource muss der Größe der Finanzierungslücke angemessen sein. Zweitens muss Hilfe geleistet werden auf der Grundlage von Berechenbarkeit, niedrigen Transaktionskosten und einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis. Drittens verlangt wirksame Entwicklungshilfe nach Eigenverantwortung der Länder. Die Entwicklungsländer tragen selbst die Hauptverantwortung dafür, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Hilfe optimale Ergebnisse erbringen kann. Während es bei der Erhöhung der Quantität und der Verbesserung der Qualität von Entwicklungshilfe Fortschritte gegeben hat, wurde bislang keine der genannten Voraussetzungen erfüllt.

Zum Zeitpunkt, als die Millenniums-Erklärung unterzeichnet wurde, war bei der Entwicklungshilfe – um ein Bild zu gebrauchen – das Glas zu drei Vierteln leer und außerdem undicht. In den 1990er Jahren wurden starke Kürzungen an den Entwicklungshil-

Kasten 3

Kostenhürden im Gesundheits- und Bildungswesen abbauen

Der Umstand, dass sich arme Menschen grundlegende Dienste nicht leisten können, ist eine Hauptursache von Ungleichheit und Armut. Entwicklungshilfe kann die Nachfrage nach Basisdiensten steigern, indem sie deren Kosten senkt.

Weil mit Entwicklungshilfemitteln das Bildungswesen aus dem Staatshaushalt unterstützt wurde, konnten in Tansania zwischen 1999 und 2003 1,6 Millionen Kinder zusätzlich die Schule besuchen. Die Regierung verdoppelte die Bildungsausgaben pro Kopf und finanzierte den Übergang zu einem System mit kostenlosem Grundschulunterricht.

Die neue kenianische Regierung nahm sich daran ein Beispiel. Eine ihrer ersten Amtshandlungen war 2003 die Einführung der kostenlosen Grundschulbildung. Innerhalb eines Jahres stieg daraufhin die Schülerzahl um 1,5 Millionen. Kenia entwik-

kelte auch Programme wie den Schulbuchfonds und das Schulspeiseprogramm, um armen Haushalten zu helfen, Kostenbeschränkungen zu überwinden. Keine dieser Investitionen wäre ohne mehr Entwicklungshilfe möglich gewesen.

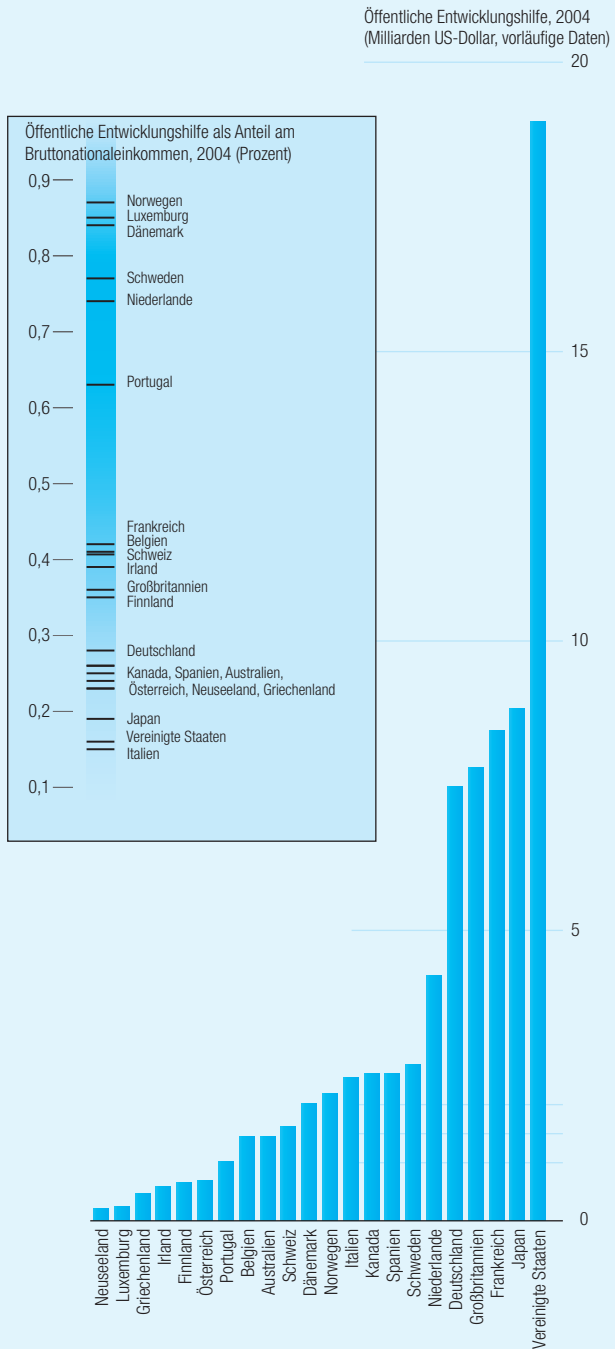
Im Gesundheits- wie im Bildungswesen kann Entwicklungshilfe Hürden abbauen, indem sie Regierungen die Ressourcen zur Senkung der Zugangskosten bereitstellt. Im Rahmen der nationalen Armutsbekämpfungsstrategie schaffte Uganda 2001 die Nutzergebühren für die meisten Gesundheitseinrichtungen der unteren Ebene ab. 2002/2003 wurden daraufhin die Einrichtungen von mehr als sechs Millionen ambulanten Patienten zusätzlich in Anspruch genommen. Dies entsprach einem Anstieg der Inanspruchnahme um mehr als 80 Prozent gegenüber dem Jahr 2000, wobei dieser bei armen Menschen stärker ausfiel als bei Wohlhabenderen.

Quellen: Inyega und Mbugua 2005; Tanzania, Government of, 2004; World Bank und Republic of Kenya 2004; World Bank 2001.

feetats vorgenommen, so dass beispielsweise die Hilfe für Afrika südlich der Sahara pro Kopf um ein Drittel zurückging. Heute ist bei der Entwicklungsfinanzierung das Glas bald wieder halb voll. Die Konferenz von Monterrey zur Entwicklungsfinanzierung 2002 markierte den Beginn der Erholung bei der Entwicklungshilfe. Seit Monterrey war bei der Hilfe ein realer Zuwachs von vier Prozent im Jahr zu verzeichnen, was zwölf Milliarden

US-Dollar entspricht (bei gleichbleibenden Preisen von 2003 in US-Dollar). Die reichen Länder geben nun zusammengenommen 0,25 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aus – weniger als 1990, aber seit 1997 wieder mit einem Aufwärtstrend. Die Zusage der Europäischen Union, bis 2010 einen Wert von 0,51 Prozent erreichen zu wollen, ist besonders erfreulich (siehe Grafik 9).

Grafik 9 Die Liga der Entwicklungshilfe-Geber



Quelle: OECD/DAC 2005.

Selbst wenn die geplanten Zuwächse in vollem Umfang eintreten sollten, verbleibt bei der Finanzierung der MDGs ein großer Fehlbedarf, der von 2006 bis 2010 von 46 auf 52 Milliarden US-Dollar ansteigen wird. Die Finanzierungslücke ist besonders groß bei Afrika südlich der Sahara – dort müssten die Hilfeleistungen innerhalb von fünf Jahren verdoppelt werden, um die Kosten zu decken, die schätzungsweise für die Erreichung der Ziele anfallen. Wenn die Finanzierungslücke nicht durch einen stufenweisen Anstieg der Entwicklungshilfe geschlossen wird, wird dies die Regierungen davon abhalten, die Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur zu tätigen, die für die Verbesserung der Wohlfahrt und zur Förderung der wirtschaftlichen Gesundung nötig sind, um die MDGs zu erreichen.

Die reichen Länder bekennen sich zwar öffentlich zur Bedeutung der Entwicklungshilfe, den Worten sind aber bislang keine Taten gefolgt. Drei Mitglieder der G8 – Italien, die Vereinigten Staaten und Japan – haben unter den 22 Ländern, die im Entwicklungshilfesausschuss der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vertreten sind, die geringsten Anteile von Hilfe im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen. Positiv ist zu vermerken, dass die Vereinigten Staaten, der größte Hilfegeber der Welt, ihre Entwicklungshilfe seit 2000 um acht Milliarden US-Dollar erhöht haben und zum wichtigsten Geberland für Afrika südlich der Sahara geworden sind. Eine weitere begrüßenswerte Entwicklung ist, dass immer ehrgeizigere Ziele gesetzt werden. Allerdings haben die Geber keinen guten Ruf, was die Einhaltung von Zielsetzungen betrifft – und einige der



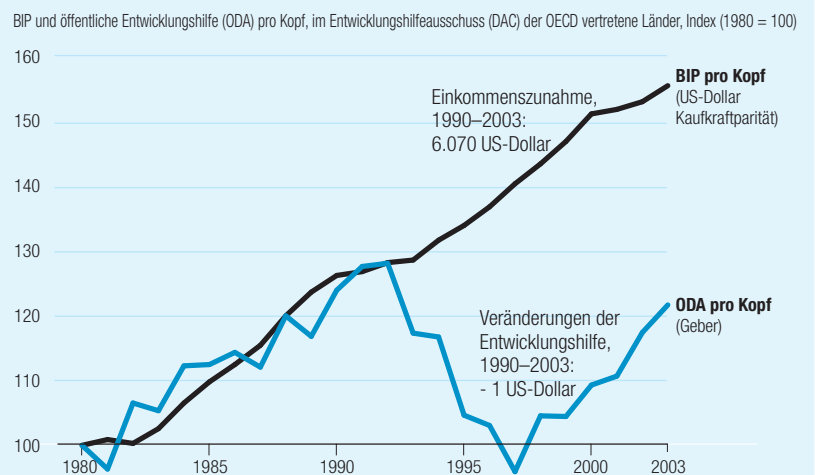
Vor allem in Ländern im südlichen Afrika – wie Äthiopien – muss die Entwicklungszusammenarbeit noch erheblich verstärkt werden, um die Grundversorgung der Bevölkerung, beispielsweise mit sauberem Wasser, zu verbessern.

wichtigsten Geber haben den Schritt hin zu konkreten und verbindlichen Mittelzusagen nicht vollzogen. Wenn die MDGs erreicht werden sollen, muss in den nächsten zehn Jahren eine klare Zäsur gegenüber den vergangenen 15 Jahren erfolgen. Seit 1990 hat der zunehmende Wohlstand in den reichen Ländern wenig dafür getan, die Spendenwilligkeit zu erhöhen: Während das Pro-Kopf-Einkommen um 6.070 US-Dollar gestiegen ist, hat die geleistete Entwicklungshilfe pro Kopf um einen US-Dollar abgenommen (siehe Grafik 10). Diese Zahlen lassen erkennen, dass für die Gewinner der Globalisierung nicht im Vordergrund steht, den Verlierern zu helfen, obwohl dies zu ihrem eigenen Vorteil wäre.

In der chronischen Unterfinanzierung von Entwicklungshilfe spiegelt sich eine Schiefelage der Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben wider. Die kollektive Si-

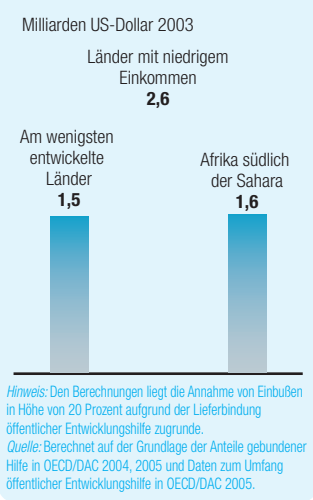
cherheit hängt zunehmend davon ab, dass die eigentlichen Ursachen von Armut und Ungleichheit in Angriff genommen werden. Doch für je einen US-Dollar, den die reichen

Grafik 10 Reicher, aber weniger großzügig – der Wohlstand wächst schneller als die Entwicklungshilfe...

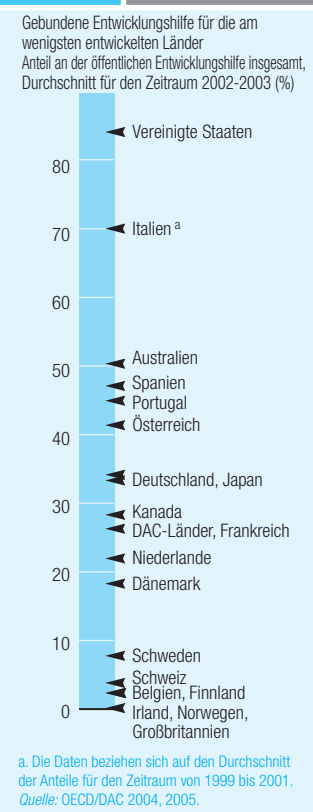


Quelle: ODA-Daten, OECD/DAC 2005, World Bank 2005.

Grafik 11 Die Entwicklungshilfe „steuer“ – Kosten der Lieferbindung von Entwicklungshilfe



Grafik 12 Lieferbindung von Entwicklungshilfe



Länder für Entwicklungshilfe ausgeben, fließen zehn US-Dollar in die Militärhaushalte (siehe Grafik 13, Tabelle 2). Allein der Anstieg bei den Militärausgaben seit 2000 hätte, wenn man diese Mittel für die Entwicklungshilfe bereitgestellt hätte, ausgereicht, das Ziel zu erreichen, das die Vereinten Nationen seit langem verfolgen: nämlich, dass 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungshilfe fließen. Da menschliche Sicherheit meist nur unter dem Aspekt militärischer Sicherheit gesehen wird, wird zu wenig investiert, um einige der größten Bedrohungen des menschlichen Lebens abzuwenden. Die gegenwärtigen Ausgaben zur Eindämmung von HIV/AIDS, einer Krankheit, die drei Millionen Menschenleben im Jahr fordert, entsprechen dem, was in drei Tagen für militärische Zwecke ausgegeben wird.

Manchmal wird in Frage gestellt, ob die Millenniums-Entwicklungsziele finanzierbar sind. Im Endeffekt hängt dies davon ab, welche politischen Prioritäten man setzt. Im Vergleich zu dem Wohlstand in den reichen Ländern nehmen sich die benötigten Investitionen allerdings bescheiden aus. Im nächsten Jahrzehnt werden jährlich sieben Milliarden US-Dollar benötigt, um 2,6 Milliarden Menschen einen Zugang zu sauberem Wasser zu verschaffen – weniger als die Summe, die Europäer für Parfüm oder US-Amerikaner für Schönheitsoperationen ausgeben. Hier geht es wohlgermerkt um eine Investition, die jeden Tag schätzungsweise 4.000 Menschenleben retten könnte.

Die Geber sind sich einig, wie wichtig es ist, Probleme hinsichtlich der Qualität der Hilfe anzugehen. Im März 2005 wurden in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe wichtige Prinzipien niedergelegt, wie Geber ihre Hilfe wirksamer gestalten können, sowie Zielvorgaben zur Überwachung des Fortschritts bei neuen Praktiken aufgestellt. Die Koordination hat sich verbessert, es wird weniger Hilfe in Form von gebundener Hilfe gewährt und auf die Eigenverantwortung der Länder wird mehr Wert gelegt. Doch die allgemeine Praxis hinkt den erklärten Prinzipien noch weit hinterher. Es wird immer noch sehr viel weniger Hilfe geleistet als zugesagt ist. Dies untergräbt auch die Finanzplanung zur

Armutreduzierung. Gleichzeitig schwächt die spezifische Form, die Konditionalität oft annimmt, die Eigenverantwortung der Länder und beeinträchtigt die Hilfeleistungen. Da die Geber nur widerwillig von nationalen Systemen Gebrauch machen, steigen die Transaktionskosten und die nationale Kapazität nimmt ab.

Gebundene Hilfe ist nach wie vor eine der gravierendsten Formen des Missbrauchs armutsorientierter Entwicklungshilfe. Die Bindung von Hilfe, bei der Entwicklungshilfe davon abhängig gemacht wird, dass Waren und Dienstleistungen aus dem Geberland bezogen werden, statt den Hilfeempfängern die Nutzung des offenen Markts zu ermöglichen, wirkt sich negativ auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis aus. Viele Geber haben den Anteil gebundener Hilfe bereits reduziert, doch sie wird weiterhin häufig praktiziert, wobei selten darüber berichtet wird (siehe Grafik 12). Nach unserer konservativen Schätzung entstehen den Ländern mit niedrigem Einkommen durch gebundene Hilfe Kosten von fünf bis sieben Milliarden US-Dollar. Afrika südlich der Sahara zahlt für gebundene Hilfe eine „Abgabe“ von 1,6 Mrd. US-Dollar (siehe Grafik 11).

Tabelle 2 In den reichen Ländern fallen die Militärausgaben deutlich höher aus als die öffentliche Entwicklungshilfe

Anteil an den Staatsausgaben, 2003 (%)

Land	Öffentliche Entwicklungshilfe	Militärausgaben
Australien	1,4	10,7
Österreich	1,1	4,3
Belgien	2,7	5,7
Kanada	1,2	6,3
Dänemark	3,1	5,7
Finnland	1,6	5,4
Frankreich	1,7	10,7
Deutschland	1,4	7,3
Griechenland	1,4	26,5
Irland	2,1	4,6
Italien	0,9	9,8
Japan	1,2	5,7
Luxemburg	3,9	4,8
Niederlande	3,2	6,5
Neuseeland	1,2	6,3
Norwegen	4,1	8,9
Portugal	1,0	10,0
Spanien	1,3	6,7
Schweden	2,8	6,4
Schweiz	3,5	8,5
Großbritannien	1,6	13,3
Vereinigte Staaten	1,0	25,0

Quelle: Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2005.

In einigen Bereichen sieht die „neue Entwicklungspartnerschaft“, die bei der Konferenz von Monterrey ausgerufen wurde, immer noch verdächtig nach einer Fortsetzung der alten Partnerschaft unter anderem Etikett aus. Das Ungleichgewicht bei den Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen besteht weiter. Von den Hilfeempfängern wird verlangt, dass sie Zielvorgaben für die Erreichung der MDGs setzen, Haushaltsziele erfüllen, die vierteljährlich vom Internationalen Währungsfonds (IWF) überwacht werden, eine verwirrende Fülle von Bedingungen einhalten, die von den Gebern gestellt werden, und sich mit Praktiken der Geber auseinandersetzen, die die Transaktionskosten in die Höhe treiben und den Wert der Hilfeleistungen mindern. Die Geber wiederum setzen sich selbst keine Zielvorgaben. Stattdessen machen sie weit gefasste, unverbindliche Zusagen zur Menge der Hilfe (die später zumeist nicht eingehalten werden, siehe Grafik 14) und noch weiter gefasste, noch vagere Zusagen zur Verbesserung der Qualität von Hilfe. Im Gegensatz zu den Hilfeempfängern ist es den Gebern möglich, sich ungestraft ihrer Verpflichtungen zu entziehen. In der Praxis hat sich also die neue Partnerschaft als Einbahnstraße erwiesen. Wir brauchen eine wahrhaftig neue Partnerschaft, bei der die Geber wie auch die Empfänger ihre Zusagen einhalten, um das Versprechen der Millenniums-Erklärung einzulösen.

Dieses Jahr bietet sich die Gelegenheit, diese Partnerschaft zu besiegeln und der Entwicklungszusammenarbeit eine neue Richtung zu geben. Die Geberländer müssen zunächst die in Monterrey gemachten Versprechen einlösen und dann darauf aufbauen. Zu den Hauptforderungen gehören:

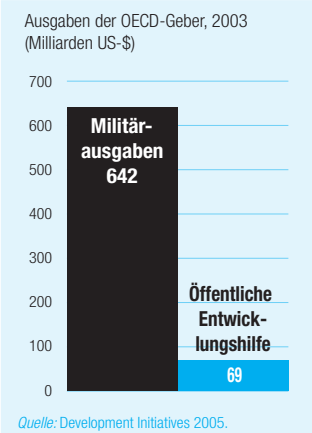
- *Einen Termin setzen (und ihn einzuhalten), um bis 2015 einen Anteil der Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erreichen.* Die Geber sollten für 2010 Mittelzusagen in Höhe von mindestens 0,5 Prozent abgeben, damit die Zielvorgabe für 2015 erreichbar bleibt.

- *Untragbare Schulden zu regulieren.* Beim G8-Gipfel 2005 wurde ein bedeutender Durchbruch in Bezug auf die Schuldenlast der hochverschuldeten armen Länder (HIPC) erzielt. Dennoch bestehen manche Probleme weiter. Viele Länder mit geringem Einkommen haben nach wie vor akute Schwierigkeiten, ihren Verpflichtungen aus dem Schuldendienst nachzukommen. Zur endgültigen Überwindung der Schuldenkrise muss gehandelt werden, um den Kreis der Länder auszuweiten und sicherzustellen, dass die Schuldentrückzahlungen auf einem mit der Finanzierung der MDGs vereinbaren Niveau gehalten werden.

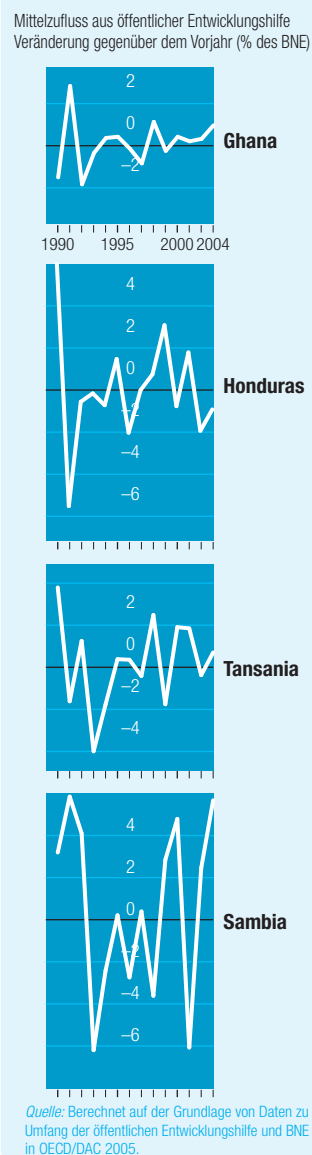
- *Mittels Regierungsprogrammen eine berechenbare, auf mehrere Jahre angelegte Finanzierung bereitzustellen.* Aufbauend auf den Prinzipien, die in der Pariser Erklärung zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe niedergelegt wurden, sollten die Geber sich ehrgeizigere Ziele setzen, um einen stetigen Strom von Entwicklungshilfe sicherzustellen, die nationalen Systeme zu nutzen und die personellen und institutionellen Kapazitäten zu stärken. Bis 2010 sollten mindestens 90 Prozent der Entwicklungshilfe nach festgelegten, auf ein oder mehrere Jahre angelegten Zeitplänen ausgezahlt werden.

- *Die Konditionalität sinnvoller zu gestalten.* Bei der Konditionalität der Entwicklungshilfe sollte der Schwerpunkt auf treuhänderische Verantwortung und die Transparenz der Berichterstattung mittels nationaler Systeme gelegt werden; weitreichende makroökonomische Ziele sollten in den Hintergrund treten und die Bemühungen zum Aufbau von Institutionen und nationaler Kapazität verstärkt werden.
- *Die gebundene Hilfe zu beenden.* Es gibt eine einfache Methode, die Geldverschwendung anzugehen, die mit der gebundenen Hilfe einhergeht: sie 2006 abzuschaffen.

Grafik 13 Gegenüberstellung von Militärausgaben und Entwicklungshilfe



Grafik 14 Große Schwankungen der Entwicklungshilfe

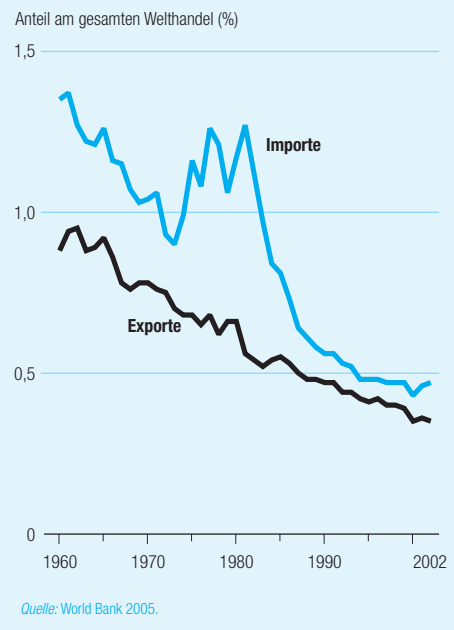


Handel und menschliche Entwicklung – die Verbindung stärken

Wie die Entwicklungshilfe, so besitzt auch der Handel das Potenzial, zu einem wirkungsvollen Katalysator für die menschliche Entwicklung zu werden. Unter den richtigen Voraussetzungen könnte vom internationalen Handel ein kräftiger Impuls für beschleunigten Fortschritt bei den Millenniums-Entwicklungszielen ausgehen. Das Problem ist, dass das dem Handel inhärente menschliche Entwicklungspotenzial durch unfaire Regeln in Verbindung mit strukturellen Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern vermindert wird.

Der internationale Handel war seit jeher eine der stärksten Triebkräfte der Globalisierung. Die Strukturen des Handels haben sich gewandelt. Der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Exporten von Industriegütern ist stetig gestiegen – und einige Länder sind dabei, auch technologisch den Anschluss zu finden. Die strukturellen Ungleichheiten bestehen jedoch weiter und haben sich einigen Fällen sogar verschärft (siehe Grafik 16). Afrika südlich der Sahara ist immer mehr an den Rand gedrängt worden (siehe Grafik 15). Heute verbucht diese Region, in der immerhin 689 Millionen Menschen leben, einen kleineren Anteil an den Weltexporten als Belgien, das nur zehn Millionen Einwohner hat. Hätte

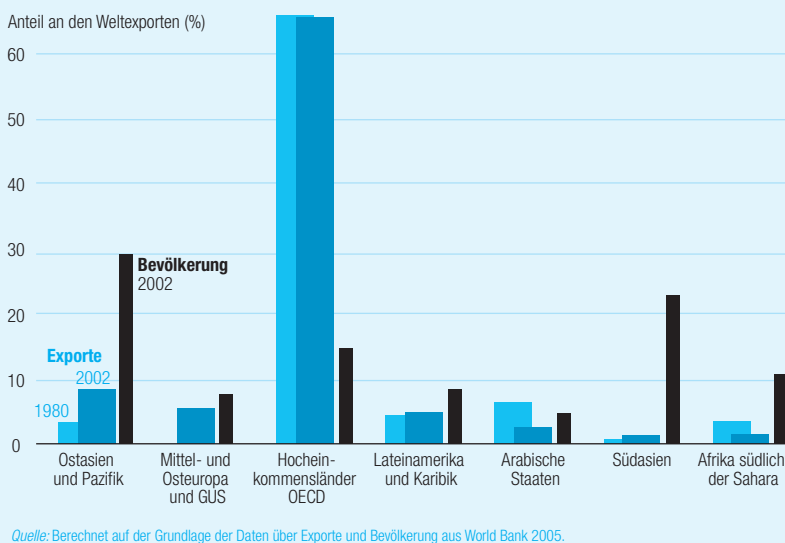
Grafik 15 Anteil Afrikas südlich der Sahara am Welthandel geht zurück



Afrika südlich der Sahara den gleichen Anteil an den Weltexporten wie 1980, dann würden die Wechselkursgewinne etwa acht Mal so viel betragen wie die Hilfsleistungen, die 2003 dorthin geflossen sind. Auch große Teile Lateinamerikas fallen immer weiter zurück. Wie in anderen Bereichen, so wäre es auch beim Handel übertrieben zu behaupten, dass die globale Integration eine Annäherung von reichen und armen Ländern bewirkt.

Vom Standpunkt der menschlichen Entwicklung ist Handel ein Mittel zur Entwicklung, aber kein Selbstzweck. Die Indikatoren Exportwachstum, Anteil des Handels am Bruttonationaleinkommens und Liberalisierung von Importen sind nicht gleichbedeutend mit menschlicher Entwicklung. Leider werden sie immer häufiger damit gleichgesetzt. Beteiligung am Handel bietet echte Chancen zur Anhebung des Lebensstandards. Doch einige der hervorragendsten Modelle für Offenheit und Exportwachstum – beispielsweise Mexiko und Guatemala – sind bei der Beschleunigung menschlicher Entwicklung nicht sehr erfolgreich gewesen (siehe Kasten 4). Exporterfolge haben nicht immer das menschliche Wohlergehen auf breiter Front gesteigert. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass den

Grafik 16 Weltexporte: weiterhin von reichen Ländern dominiert



Vietnam und Mexiko spielen, gemessen an den gängigen Wirtschaftsindikatoren, beide in der ersten Liga der neuen Länder, die den Weg der Globalisierung eingeschlagen haben. Gemessen an den Indikatoren für menschliche Entwicklung spielen sie jedoch nicht in der gleichen Liga. Die intensivere Beteiligung am Handel hat in Vietnam rasche Fortschritte unterstützt. In Mexiko waren die Export-„Erfolge“ nur von geringen Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung begleitet (siehe Tabelle).

Vietnam. Seit der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen Ende der 1980er Jahre weist Vietnam ein anhaltendes Wachstum von über fünf Prozent pro Jahr auf – eine der höchsten Wachstumsraten weltweit. Die Beteiligung am Handel war und ist von entscheidender Bedeutung. Die Produzenten erhielten dadurch Zugang zu neuen Märkten und neuen Technologien. Die Importe und Exporte sind seit Anfang der 1990er Jahre um mehr als 20 Prozent pro Jahr gestiegen und die Exportquote hat sich verdoppelt.

Die Exporterfolge gingen mit Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung einher. In den 1990er Jahren sank die Einkommensarmut von 58 Prozent auf 28 Prozent, die Lebenserwartung stieg um sechs Jahre und die Kindersterblichkeit wurde halbiert. Die Ungleichverteilung hat zugenommen, jedoch von einer niedrigen Ausgangsbasis aus. Der Gini-Koeffizient stieg von 35,7 Anfang der 1990er Jahre auf 37 gegen Ende des Jahrzehnts und ist damit nach wie vor einer der niedrigsten weltweit. Beim HDI liegt das Land 16 Plätze weiter vorne als im BIP-Ranking. Zu den Erfolgsfaktoren in Vietnam zählen:

- *Vorausgegangene Investitionen in die menschliche Entwicklung.* Vor dem wirtschaftlichen Aufschwung war die Einkommensarmut in Vietnam auf einem hohen Niveau, doch andere Indikatoren (die Einschulungsquote, der Alphabetisierungsgrad und die Lebenserwartung) lagen sehr viel höher als der Durchschnitt in Ländern auf einem ähnlichen Einkommensniveau.
- *Breit angelegtes Wachstum, das vielen Menschen zugute kommt.* Das Exportwachstum wurde durch Millionen von Kleinproduzenten vorangebracht. Die Wirtschaftsreformen begannen mit der Liberalisierung der Agrarmärkte. Die Beschränkungen auf Reisexporte wurden gelockert, die Importbeschränkungen für Düngemittel wurden aufgehoben und die Rechte auf Landbesitz ausgeweitet. Steigende Preise und die sinkenden Kosten der eingesetzten Produktionsmittel führten dazu, dass die Einkommen der Kleinbauern rasch stiegen. Die Löhne in der Landwirtschaft, der inländische Handel und die Inlandsnachfrage stiegen allesamt.
- *Eine Verpflichtung auf Gerechtigkeit: Vietnam hat eine Abgabenquote von rund 16 Prozent – ein hohes Niveau für ein Land mit niedrigem Einkommen.* Die hohen Staatseinnahmen haben es der Regierung ermöglicht, durch Ausgaben für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur den Nutzen aus dem Handel breiter zu verteilen.

- *Allmähliche Liberalisierung: Höheres Wachstum und die Förderung des Exportsektors gingen den Importliberalisierungen voraus.* Ab Mitte der 1990er Jahre wurden die quantitativen Beschränkungen abgebaut, doch die Zölle blieben bei durchschnittlich rund 15 Prozent. Die Kapitalmärkte blieben geschlossen, wodurch Vietnam von den Auswirkungen der Finanzkrise in Ostasien abgeschottet wurde.
- *Marktdiversifizierung: Ende der 1980er Jahre verließ sich Vietnam fast ausschließlich auf Öl-Exporte nach Japan und Singapur.* In den politischen Handlungskonzepten der 1990er Jahre wurde auf eine Diversifizierung der Exportbasis (Fertigwaren machen jetzt rund ein Drittel der Gesamtexporte aus) und der Exportmärkte gesetzt.

Mexiko. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts verzeichnete Mexiko bei Fertigwaren ein anhaltendes Exportwachstum von circa 26 Prozent. Etwa die Hälfte aller aus Lateinamerika exportierten Fertigwaren kommt inzwischen aus Mexiko. Hinzu kommt, dass das Exportwachstum sich auf Technologiebereiche mit hohem Wachstum und hoher Wertschöpfung konzentriert, wie zum Beispiel Autos und Elektronik.

Im völligen Gegensatz zu dieser Export-Erfolgsgeschichte betrug das Wirtschaftswachstum pro Kopf zwischen 1990 und 2003 im Durchschnitt nur knapp über ein Prozent pro Jahr. Die Reallohne stagnieren und die Arbeitslosigkeit ist höher als zu Beginn der 1990er Jahre. Die extreme Armut hat nur marginal abgenommen, während die Ungleichverteilung gestiegen ist. Die Gründe für Mexikos Misserfolge bei der menschlichen Entwicklung sind das Spiegelbild der Faktoren, die in Vietnam zum Erfolg geführt haben.

- *Ein hohes Maß an Ungleichverteilung als Ausgangsbasis.* Mexiko hat einen der höchsten Gini-Koeffizienten der Welt – und er ist im Laufe des vergangenen Jahrzehnts leicht gestiegen. Der Anteil der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung am Nationaleinkommen beträgt nur ein Viertel des Einkommens der ärmsten zehn Prozent in Vietnam. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur für breit angelegtes Wachstum war aufgrund geringer staatlicher Einnahmen beschränkt. Mexiko hat ein fünfmal höheres Durchschnittseinkommen als Vietnam, aber mit 13 Prozent eine niedrigere Abgabenquote, die mit der in Uganda vergleichbar ist.
- *Rasche Liberalisierung.* Unter dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) ist Mexiko eine der am schnellsten liberalisierenden Volkswirtschaften der sich entwickelnden Welt. In einigen Sektoren haben die Importliberalisierungen die Armut verschärft. Die Importe von subventioniertem Mais aus den Vereinigten Staaten haben sich seit Beginn der Liberalisierung im Jahr 1994 versechsfacht und dazu beigetragen, dass die Realeinnahmen von Millionen mexikanischen Maisbauern (Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Globale Integration und menschliche Entwicklung: Einige schaffen es besser als andere

Land	Exporte von Gütern und Dienstleistungen (prozentualer Anteil am BIP)			BIP pro Kopf (2002, US-Dollar Kaufkraftparität)			Quote extremer Armut (%)				Einkommensanteil der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung (%)		Gini-Koeffizient	
	1990	2003	Durchschnittliches Wachstum pro Jahr 1990-2003 (%)	1990	2003	Durchschnittliches Wachstum pro Jahr 1990-2003 (%)	Nationale absolute Armutsgrenze a (%)		Internationale absolute Armutsgrenze (%)		1990	2002	1990	2002
							1990	2002	1990	2002				
Vietnam	36,0	59,7	20,2	1.282	2.490	5,9	30,0	15,0	60,0	37,0	..	7,5	35,7 b	37,0
Mexiko	18,6	28,4	11,4	7.973	9.168	1,4	22,5 c	20,3 d	15,8	9,9	..	3,1	50,3 c	54,6 d

.. Daten nicht verfügbar.

a. Es sollten keine Ländervergleiche angestellt werden, denn die nationalen Armutsgrenzen unterscheiden sich erheblich.

b. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1993.

c. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1992.

d. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2000.

Quelle: Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2005, UN Vietnam 2002, World Bank 2005, Mexiko Secretaria de Desarrollo Social 2005.

um 70 Prozent zurückgegangen sind. Das Wachstum der Agrarexporte in Mexiko konzentrierte sich auf große kommerzielle Landwirtschaftsbetriebe, die über Bewässerungssysteme verfügen, während die Kleinbauern mit den Anpassungen an die zunehmende Konkurrenz durch Importe fertig werden mussten.

- **Schwache Industriepolitik.** Die Exportstatistiken, die auf einen Boom im Hochtechnologiebereich hinweisen, sind irreführend. Die Hälfte der mexikanischen Exporte kommt aus der Maquiladora-Zone, wo die Produktion durch die einfache Montage und den erneuten Export importierter Komponenten dominiert wird. Die Exportaktivitäten sind mit begrenzter lokaler Wertschöpfung, minimaler Qualifikation und minimalem Technologietransfer verbunden. Die Abhängigkeit von einem

Exportsektor mit niedrigen Löhnen und niedrigem Qualifikationsniveau hat Mexiko stark der Konkurrenz aus Niedriglohnländern wie China ausgesetzt. Die Beschäftigung ist seit 2001 um 180.000 Arbeitsplätze zurückgegangen.

- **Machtungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten.** Trotz des anhaltenden Produktivitätswachstums sind die Reallöhne mit dem raschen Exportwachstum nicht gestiegen, zum Teil, weil sich die Exportwirtschaft auf Bereiche mit niedriger Wertschöpfung konzentrierte. Die schwach ausgeprägten kollektiven Verhandlungsrechte und der Druck aufgrund der Arbeitslosigkeit gehören zu den Einflussfaktoren. Ein weiterer Faktor waren die Lohnunterschiede, die mit der Feminisierung der Arbeiterschaft zusammenhängen. Frauen bekommen im Durchschnitt elf Prozent weniger Lohn als Männer.

Quellen: Vietnam 2004; IMF 2003; Audley et al. 2003; Oxfam International 2003.

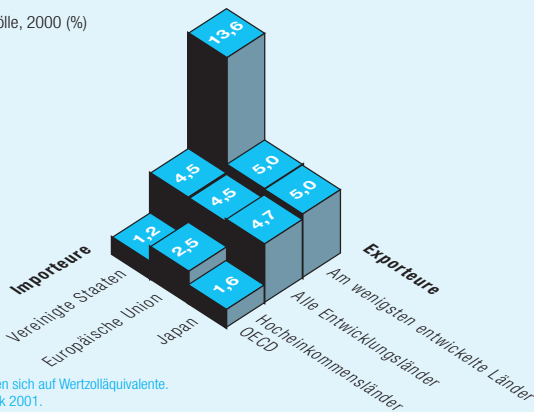
Bedingungen, unter denen sich Länder in den Weltmarkt einfügen, mehr Beachtung geschenkt werden muss.

Fairere Handelsregeln wären hilfreich, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zum Markt. Bei den meisten Formen der Be-

steuerung gibt es eine Staffelung, nach dem einfachen Prinzip: Wer besser verdient, der zahlt auch mehr. Die Handelspolitik der reichen Länder stellt dieses Prinzip auf den Kopf. Die höchsten Handelsbarrieren der Welt werden gegen einige der ärmsten Länder errichtet: Die Handelsbarrieren, denen sich Entwicklungsländer gegenübersehen, die in reiche Länder exportieren, sind durchschnittlich drei bis vier Mal höher als bei reichen Ländern, die untereinander Handel treiben (siehe Grafik 17, 18). Die absurde Abstufung bei der Handelspolitik erstreckt sich auch auf andere Bereiche. So hält beispielsweise die Europäische Union große Stücke auf ihre Bemühungen, den ärmsten Ländern der Welt Märkte zu eröffnen. Doch ihre restriktiven Herkunftsbestimmungen, nach denen sich der Anspruch auf Handelspräferenzen richtet, machen die Chancen der meisten dieser Länder zunichte.

Grafik 17 Extrem ungerechte Abstufung der Handelssteuern

Auf Importe erhobene Zölle, 2000 (%)



Hinweis: Die Daten beziehen sich auf Wertzolläquivalente.
Quelle: IMF und World Bank 2001.

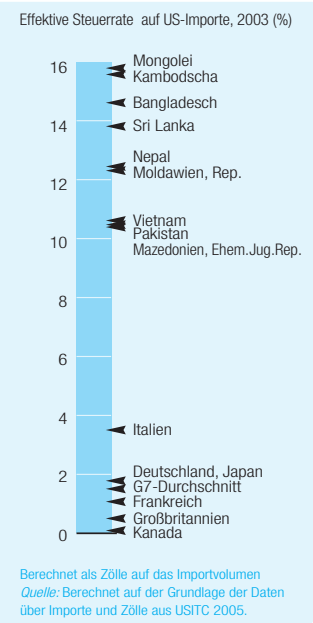
Die Landwirtschaft ist von höchster Bedeutung. Zwei Drittel aller Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen, leben und arbeiten in ländlichen Gebieten. Die Regeln, denen der Agrarhandel unterliegt, haben unmittelbare Auswirkungen auf die Märkte, in denen sie operieren, ihre Lebensgrundlagen und ihre Aussichten, der Armut zu entkommen. Das Grundproblem, das bei den Gesprächen der WTO über Landwirtschaft in Angriff genommen werden muss, lässt sich in drei Wörtern zusammenfassen: Subventionen reicher Länder (siehe Grafik 19). Bei der letzten Runde der Welt-handelsgespräche sagten die reichen Länder zu, die Agrarsubventionen zu kürzen. Seitdem haben sie sie aber noch erhöht. Sie leisten jetzt etwas mehr als eine Milliarde US-Dollar im Jahr als Landwirtschaftshilfe an arme Länder, aber knapp eine Milliarde US-Dollar am Tag(!) zur Subventionierung landwirtschaftlicher Überproduktion im eigenen Land – eine unangemessenere Prioritätensetzung lässt sich kaum vorstellen. Zu allem Unglück zerstören die Subventionen der reichen Länder auch noch die Märkte, auf die die Kleinbauern in den armen Ländern angewiesen sind. Sie drücken die Preise, die erlost werden können, und verweigern ihnen damit einen fairen Anteil an den Erträgen des Welthandels. Baumwollpflanzer in Burkina Faso müssen mit US-amerikanischen Baumwollproduzenten konkurrieren, die jährliche Subventionen

in Höhe von über vier Milliarden US-Dollar erhalten – mehr als das gesamte National-einkommen von Burkina Faso. Unterdessen richtet die unsinnige gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union schwere Schäden auf dem Weltmarkt für Zucker an, verweigert aber den Entwicklungsländern den Zugang zu den europäischen Märkten (siehe Grafik 20). Die Verbraucher und Steuerzahler in den reichen Ländern sind in einer Finanzpolitik gefangen, die die Existenzgrundlagen in einigen der ärmsten Länder der Welt zerstört.

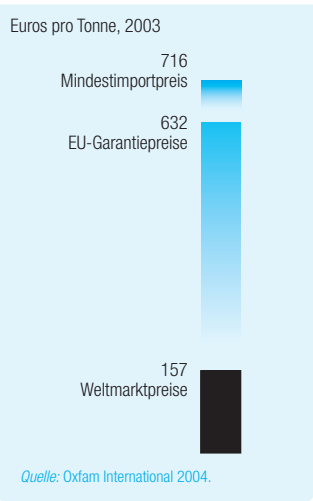
In einigen Bereichen drohen die WTO-Regeln, die Benachteiligung der Entwicklungsländer systematisch zu verstärken und die Erträge der globalen Integration weiter den Industrieländern zuzuschancen. Ein Beispiel hierfür ist das Regelwerk, das die Möglichkeiten der armen Länder zur Entwicklung einer – zur Produktivitätssteigerung und zum Erfolg auf dem Weltmarkt erforderlichen – aktiven Industrie- und Technologiepolitik einschränkt. Das bestehende WTO-Regime untersagt viele der politischen Maßnahmen, die den Ländern Ostasiens bei ihrem raschen Fortschritt geholfen haben. Die WTO-Regeln bezüglich geistigen Eigentumsrechten stellen in doppelter Hinsicht eine Bedrohung dar: Sie erhöhen die Kosten des Technologietransfers – und bergen deshalb Risiken für die öffentliche Gesundheit armer Menschen. In den WTO-Gesprächen über Dienstleistungen haben die reichen Länder sich darum bemüht, Investitionsgelegenheiten für im Banken- und Versicherungsgewerbe tätige Unternehmer zu schaffen, während sie die Möglichkeiten armer Länder zum Export einer gefragten Ware eingeschränkt haben: Zeitarbeitskräfte. Schätzungen zufolge ließen sich durch eine geringe Steigerung des Zustroms gelernter und ungelernter Arbeitskräfte jährlich mehr als 157 Milliarden US-Dollar erwirtschaften – ein viel größerer Zugewinn, als er von der Liberalisierung in anderen Bereichen zu erwarten ist.

Die Doha-Runde der WTO-Gespräche bietet eine Chance, die Regeln des multilateralen Handels erstmals an einem Bekennt-

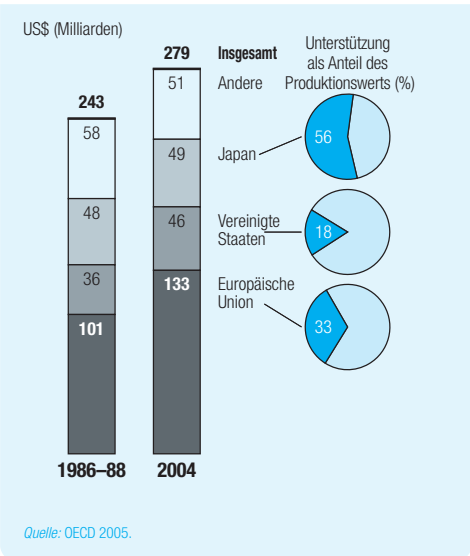
Grafik 18 Extrem ungerechte Besteuerung in der Praxis



Grafik 20 EU-Zucker – im Übermaß produziert und auf die Weltmärkte geworfen



Grafik 19 Hohe und anwachsende Unterstützung reicher Länder für ihre Landwirtschaft

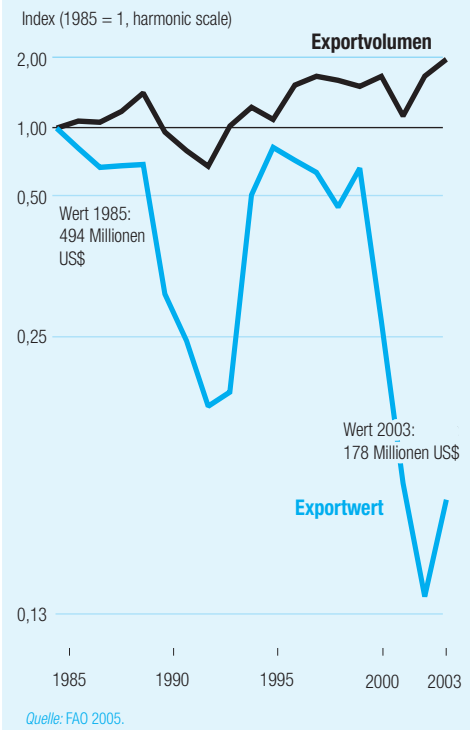


nis zur menschlichen Entwicklung und den MDGs auszurichten. Die Chance wurde bisher vertan. Nach vier Jahren ist bei den Gesprächen immer noch nichts Konkretes herausgekommen. Das Kernproblem ist die von den reichen Ländern verfolgte unausgewogene Agenda in Verbindung mit einer nicht ernsthaft stattfindenden Auseinandersetzung mit dem Thema Agrarsubventionen.

Selbst die besten Handelsregeln werden jedoch nicht in der Lage sein, einige der Hauptursachen der Ungleichheit im Weltmarkt zu beseitigen. Dauerprobleme wie eine schwache Infrastruktur und eine eingeschränkte Lieferkapazität müssen angegangen werden. Die reichen Länder haben die Stärkung personeller und institutioneller Kapazitäten durch Entwicklungshilfe auf ihre Agenda gesetzt. Leider ist eine ungesunde Konzentration dieser Aktivitäten in Bereichen festzustellen, die von den reichen Ländern als strategisch nützlich betrachtet werden. Einige seit langem bestehende Probleme tauchen nicht einmal auf der Agenda internationaler Handelsfragen auf. Ein Beispiel hierfür ist die tiefe Krise auf dem Markt für Konsumgüter, insbesondere Kaffee (siehe Kasten 5). In Äthiopien hat sich durch sin-

kende Weltmarktpreise das durchschnittliche Jahreseinkommen der vom Kaffeeanbau lebenden Haushalte seit 1998 um etwa 200 US-Dollar verringert (siehe Grafik 21).

Grafik 21 Kaffeepreise und Kaffeeproduktion in Äthiopien



Kasten 5

Die Kaffee-Krise

„Das Kaffee-Einkommen ist für unseren Haushalt sehr wichtig. Ich verwende es, um Schulgebühren zu bezahlen, Arztrechnungen zu begleichen und die Angelegenheiten der Familie zu regeln. Doch jetzt verliere ich die Hoffnung in den Kaffee. Er hat mich so sehr enttäuscht.“ Dies sind die Worte eines Kaffeebauern aus dem Masaka-Distrikt in der Nähe des Victoria-Sees in Zentral-Uganda. Sie drücken die Verzweiflung von Millionen Produzenten aus.

Wie in anderen Ländern ist der Kaffee in Uganda ein Produkt, das vor allem von Kleinbauern angebaut wird. Er wird neben Nahrungsmitteln wie Kartoffeln, Mais und Bananen angebaut, um den Haushalten eine Einkommensquelle zu bieten. Eine Umfrage unter Kaffeebauern, die 1999 und 2002 durchgeführt wurde und vier Regionen abdeckt, deren Produktion die Hälfte der Produktion Ugandas ausmacht, zeigt die Auswirkungen des Preisverfalls. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre waren die steigenden Haushaltseinkommen der Kaffeebauern – ein Ergebnis von Währungsabwertung, Steuersenkungen für die Produzenten und stabilen Weltmarktpreisen – eine der Hauptkräfte bei der Minderung der Armut in Uganda. Als ab 1997 die Weltmarkt-

preise fielen, begannen die erzwungenen Anpassungen auf Seiten der Bauern die Fortschritte zunichte zu machen:

- *Wachsende Schulden.* Mehr als ein Drittel der Kaffeebauern berichteten, dass sie aufgrund fallender Preise nicht in der Lage sind, Kredite zurückzuzahlen.
- *Zurückgehender Konsum.* Die Familien berichteten, dass sie Fleisch und Fisch aus ihrem Speiseplan streichen und die Anzahl der Mahlzeiten reduzieren müssen. An dem Tag, an dem der oben zitierte Bauer interviewt wurde, hatten seine zehn und zwölf Jahre alten Söhne nicht gefrühstückt.
- *Sinkende Investitionen.* Die Familien berichteten, dass sie die Ausgaben für Instandhaltungen an ihrem Haus und für den Kauf von Ziegen – einer wichtigen Proteinquelle – reduzieren mussten.
- *Verkauf von Nahrungsmitteln.* Die Familien berichteten, dass sie Grundnahrungsmittel verkaufen mussten, um Gesundheitsausgaben zu decken und Schulgebühren zu bezahlen.

Quelle: Vargas Hill 2005.



Makilimu Kimella kann sich freuen. Sie arbeitet auf der Fairtrade-zertifizierten Blumenfarm Kiliflora in Tansania. Die „Transfair-Rosen“ werden direkt nach Deutschland exportiert und mit einem Aufpreis vermarktet. Frau Kimella bekommt dafür einen fairen Lohn und kann sich weiterbilden. Millionen von ArbeiterInnen ärmerer Länder können davon bisher nur träumen.

Das Entstehen neuer Handelsstrukturen bringt neue Bedrohungen für einen gerechteren Agrarhandel mit sich. Supermarktketten sind zu „Gatekeepern“ der Agrarmärkte in den reichen Ländern geworden, das heißt zu Bindegliedern zwischen den Erzeugern in den Entwicklungsländern und den Verbrauchern in den reichen Ländern. Durch die Einkaufspolitik einiger Supermärkte werden jedoch Kleinbauern ausgeschlossen, wodurch die Verbindung zwischen Handel und menschlicher Entwicklung aufgeweicht wird. Die Schaffung von Strukturen, die es den Kleinbauern ermöglichen, zu gerechteren Bedingungen in globale Vermarktungsketten einzutreten, würde es dem privaten Sektor erlauben, eine entscheidende Rolle im weltweiten Kampf gegen die Armut einzunehmen.

Die Stärkung der Verbindung zwischen Handel und menschlicher Entwicklung ist ein langwieriges Unterfangen. Die Doha-Runde bietet nach wie vor die Gelegenheit, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen und dadurch die Glaubwürdigkeit und Legitimität des auf Regeln beruhenden Handelssystems zu stärken. In einem breiteren Zusammenhang betrachtet ist die Runde zu wichtig, als dass sie scheitern dürfte. Zur Schaffung gemeinsamen Wohlstands bedarf es multilateraler Institutionen, die nicht allein dem Gemeinwohl förderlich sind, sondern offenkundig in fairer und ausgewogener Weise agieren.

Die für Dezember 2005 geplante Ministerkonferenz der WTO stellt die Chance dar, einige der drängendsten Aufgaben anzugehen. Viele der dort behandelten Themen werden sehr fachspezifisch sein. Praktisch erforderlich ist ein Rahmen, in dem die WTO-Regeln der menschlichen Entwicklung mehr nützen und weniger schaden. Es wäre unrealistisch, zu erwarten, dass die Doha-Runde alle Unausgewogenheiten bei den Regeln aus dem Weg räumen kann. Sie könnte aber den Weg für zukünftige Runden bereiten, die darauf abzielen, die menschliche Entwicklung in den Mittelpunkt des multilateralen Systems zu stellen. Zu den Hauptbezugspunkten bei der Bewertung der Resultate der Doha-Runde gehören:

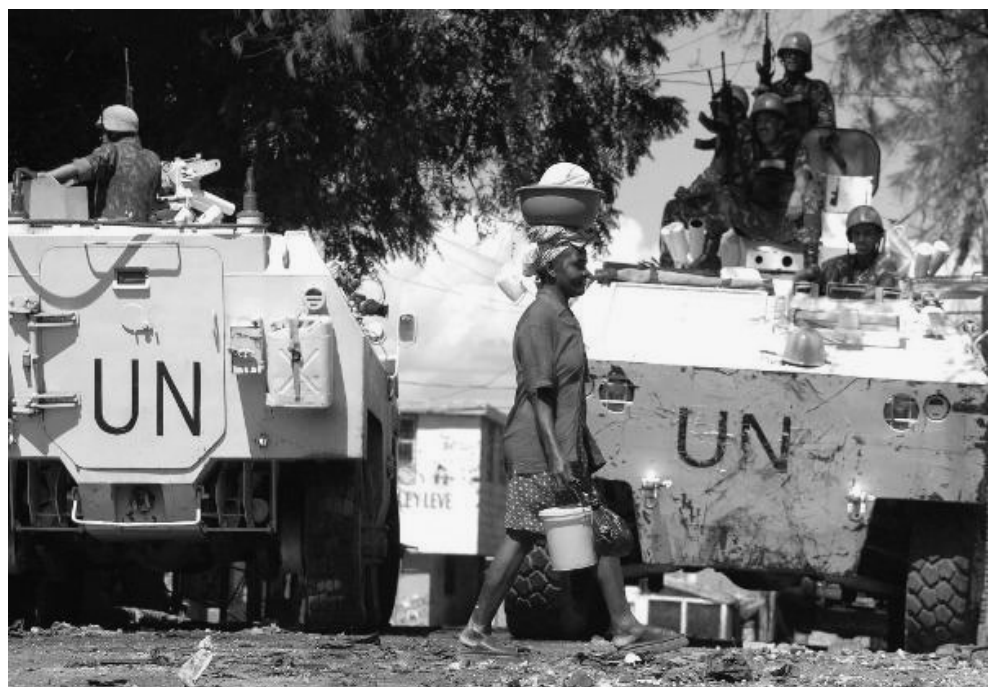
- *Einschneidende Kürzungen der staatlichen Agrarzuschüsse der reichen Länder und Verbot der Exportsubventionen.* Die Agrarzuschüsse, gemessen nach den Schätzungen der OECD über Erzeugerzuschüsse, sollten auf höchstens fünf bis zehn Prozent des Produktionswertes gekürzt werden, mit einem sofortigen Verbot direkter und indirekter Exportsubventionen.
- *Massiver Abbau der Barrieren für die Exporte von Entwicklungsländern.* Die reichen Länder sollten ihre Zolltarife für Importe aus Entwicklungsländern auf höchstens das Doppelte ihrer normalen Tarife festsetzen, die alle zwischen fünf und sechs Prozent liegen.

- *Entschädigung von Ländern, die ihren Präferenzstatus einbüßen.* Der präferenzielle Zugang, den die reichen Länder für bestimmte Importe aus Entwicklungsländern einräumen, bringt unter dem Strich nur wenige Vorteile. Der Entzug des Präferenzstatus hingegen hat das Potenzial, hohe Arbeitslosigkeit zu verursachen und führt in bestimmten Fällen sogar zu „Schocks“ bei der Zahlungsbilanz. Es sollte ein Fonds eingerichtet werden, um die Anpassungskosten zu verringern, die auf die gefährdeten Länder zukommen.
- *Wahrung eines politischen Spielraums für menschliche Entwicklung.* Multilaterale Regeln sollten keine Verpflichtungen auferlegen, die nicht mit nationalen Strategien der Armutsreduzierung vereinbar sind. Diese Strategien sollten die besten internationalen Praktiken miteinbeziehen, die den örtlichen Gegebenheiten angepasst und durch demokratische und partizipative politische Abläufe gestaltet werden. Insbesondere sollte bei den WTO-Regeln das Recht der Entwicklungsländer anerkannt werden, landwirtschaftliche Erzeuger gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen, der durch Exporte entsteht, die in reichen Ländern subventioniert werden.
- *Zusage, in regionalen Handelsvereinbarungen Regelungen zu vermeiden, die über die WTO-Regeln hinausgehen.* Einige regionale Handelsvereinbarungen erlegen Verpflichtungen auf, die – insbesondere in Bereichen wie Investitionen und geistigem Eigentum – über die WTO-Regeln hinausgehen. Es ist wichtig, dass diese Vereinbarungen sich nicht über die nationale Politik hinwegsetzen, die im Kontext der Strategien zur Armutsreduzierung entwickelt wurde.
- *Neuorientierung der Verhandlungen über Dienstleistungen auf einen vorübergehenden Zustrom von Arbeitnehmern.* Im Kontext einer Entwicklungsrunde sollte weniger Wert auf eine rasche Liberalisierung des Finanzsektors gelegt werden als auf die Schaffung von Regeln, die Arbeitnehmern aus Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu den Arbeitsmärkten in den reichen Ländern ermöglichen.

Gewaltsame Konflikte als Fortschrittshemmnisse

1945 ermittelte der damalige US-Außenminister, Edward R. Stettinius, die beiden grundlegenden Bestandteile der menschlichen Sicherheit und ihre Zusammenhänge: „Die Schlacht um den Frieden muss an zwei

Gerade in den ärmsten Ländern – wie Haiti – finden die meisten gewaltsamen Konflikte statt und untergraben dort die menschliche Entwicklung. Umso wichtiger sind Konfliktprävention, Konfliktlösung und Wiederaufbau.



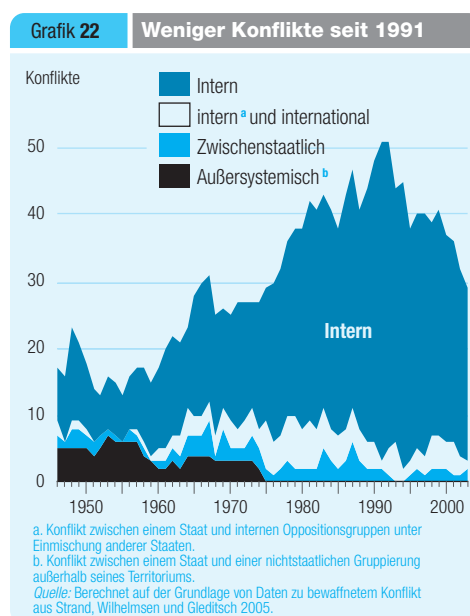
Fronten geführt werden. Die erste Front ist die Front der Sicherheit, an der Freiheit von Angst den Sieg bedeutet. Die zweite ist die wirtschaftliche und soziale Front, an der Freiheit von Mangel den Sieg bedeutet. Nur ein Sieg an beiden Fronten kann die Welt eines dauerhaften Friedens versichern.“ Diese Argumentation hat die Vereinigten Staaten dazu geleitet, eine führende Rolle bei der Gründung der Vereinten Nationen zu spielen.

Heute, sechzig Jahre danach und über ein Jahrzehnt, nachdem das Ende des Kalten Krieges scheinbar den Beginn einer neuen Ära des Friedens einläutete, wird die internationale Tagesordnung erneut von Sicherheitsbedenken bestimmt. Wie der Bericht des UN-Generalsekretärs *In größerer Freiheit* ausführt, leben wir in einer Zeit, in der das tödliche Zusammenwirken von Armut und gewaltsamen Konflikten eine ernsthafte Bedrohung nicht nur für die unmittelbaren Opfer, sondern auch für die kollektive Sicherheit der internationalen Gemeinschaft darstellt.

Für viele Menschen in den reichen Ländern ist die Vorstellung von globaler Unsicherheit mit Bedrohungen verknüpft, die von Terrorismus und organisiertem Verbrechen ausgehen. Die Bedrohung besteht tatsächlich. Doch das Fehlen der Freiheit von Angst ist in den Entwicklungsländern besonders ausgeprägt. Das Zusammenwirken von Armut und gewaltsamen Konflikten in vielen Entwicklungsländern zerstört in enormem Ausmaß Menschenleben – und hemmt den Fortschritt in Richtung auf die Millenniumsziele. Wenn dieses Zusammenwirken nicht beendet und dadurch menschliche Sicherheit geschaffen wird, sind globale Konsequenzen die Folge. In einer wechselseitig abhängigen Welt macht die Bedrohung durch gewaltsame Konflikte nicht an Staatsgrenzen Halt, so gut diese auch geschützt sind. Entwicklung in armen Ländern ist im Kampf für Weltfrieden und kollektive Sicherheit die Frontlinie. Das Problem bei dem derzeitigen Schlachtplan ist, dass die militärische Strategie überentwickelt und die Strategie für menschliche Sicherheit unterentwickelt ist.

Das Erscheinungsbild des Konflikts hat sich gewandelt. Das zwanzigste Jahrhundert,

das bislang blutigste in der Menschheitsgeschichte, wurde zunächst durch Kriege zwischen Ländern und danach durch Kalte-Krieg-Ängste vor einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen zwei Supermächten bestimmt. Inzwischen sind diese Ängste der Angst vor lokalen und regionalen Kriegen gewichen, die überwiegend in armen Ländern innerhalb von schwachen oder gescheiterten Staaten mit Kleinwaffen ausgefochten werden. Heutzutage sind die meisten Kriegesopfer Zivilisten. Es gibt heute zwar weniger Konflikte auf der Welt als noch 1990, doch der Anteil der Konflikte, die sich in armen Ländern ereignen, hat zugenommen (siehe Grafik 22).



Die Kosten gewaltsamer Konflikte in Bezug auf die menschliche Entwicklung werden nicht ausreichend gewichtet. In der Demokratischen Republik Kongo übersteigt die Zahl der Todesfälle, die direkt oder indirekt auf Konflikt zurückzuführen sind, die Verluste, die Großbritannien im Ersten und Zweiten Weltkrieg zusammen erlitten hat (siehe Kasten 6). In der Region Darfur im Sudan sind über eine Million Menschen durch den Konflikt zu Flüchtlingen geworden. Die unmittelbaren Opfer dieser und anderer Konflikte gelangen zwar regelmäßig ins Rampenlicht der internationalen Medien. Doch die langfristigen Auswirkungen gewaltsamer Konflikte auf die menschliche Entwicklung bleiben eher im Verborgenen.

Der Konflikt im Ostteil der Demokratischen Republik Kongo findet in den Medien wenig Beachtung. Auch auf den Radarschirmen der politischen Entscheidungsträger in den Industrieländern taucht er nicht mehr als bedeutendes internationales Sicherheitsproblem auf. Und doch ist dies der Schauplatz des tödlichsten Konflikts seit dem Zweiten Weltkrieg.

Dieser Konflikt illustriert drastisch, dass die Zahl der unmittelbaren Opfer die menschlichen Kosten nicht angemessen wiedergibt. Ein Vergleich der Sterberaten im Zeitraum 1998-2004 mit dem, was ohne gewaltsamen Konflikt zu erwarten gewesen wäre, ergibt schätzungsweise 3,8 Millionen „zusätzlicher Todesfälle“. Der Konflikt veranschaulicht noch ein weiteres Merkmal der Beziehung zwischen gewaltsamen Konflikten und menschlicher Entwicklung: Friedensabkommen bewirken nicht automatisch, dass die Einbußen bei der menschlichen Wohlfahrt wieder ausgeglichen werden. Trotz einer verbesserten Sicherheitslage seit dem Inkrafttreten eines vorläufigen Waffenstillstands im Jahr 2002 ist die ohnehin hohe Sterblichkeitsrate des Landes weiterhin 67 Prozent höher als vor dem Konflikt und doppelt so hoch wie im Schnitt der afrikanischen Länder südlich der Sahara. Infolge von Krankheiten, Unterernährung und Gewalt sterben jeden Monat immer noch etwa 31.000 mehr Menschen als durchschnittlich in Afrika südlich der Sahara.

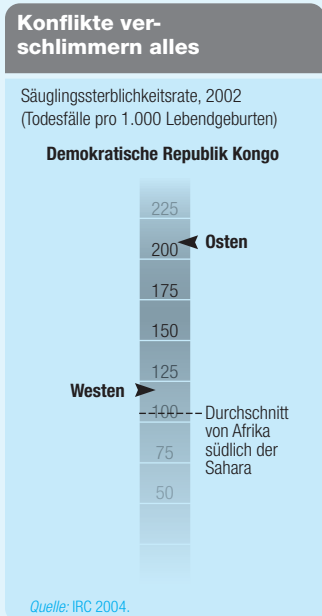
Hinzu kommt, dass ganze Gemeinschaften aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Mit Stand vom März 2004 verzeichnete das Büro der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (OCHA) bei einer Gesamtbevölkerung von 51,2 Millionen 3,4 Millionen Kongolesen als Binnenvertriebene. Eine derartig massive Zahl ungeschützter Vertriebener bedeutet die schlimmste humanitäre Katastrophe, die die Welt nach 1945 erlebt hat.

Arme Haushalte sind besonders gefährdet. Die Vertreibung geht einher mit dem Verlust von Vermögenswerten, insbesondere in ländlichen Gegenden, die anfälliger für Plünderungen bewaffneter Gruppierungen sind. Viele Landwirte waren gezwungen, ihr Land aufzugeben und sich nach kurzfristigen Einnahmemöglichkeiten umzuschauen. Häufig verdingten sie sich im illegalen Abbau von Bodenschätzen. Die Zerrüttung der Landwirtschaft hat die Nahrungsmittelsysteme unterminiert und die Gefahr von Unterernährung verschärft. Die landwirtschaftliche Produktion in den östlichen Provinzen des Landes beträgt heute nur noch ein Zehntel des Vorkriegsniveaus. Auch dort, wo noch Feldfrüchte produziert werden und Waren für den Tauschhandel erhältlich sind, hemmt der Zusammenbruch der Verkehrswege der Flussschifffahrt den Zugang zu den Märkten. Im ganzen Land leiden fast drei Viertel der Bevölkerung – etwa 35 Millionen Menschen – an Unterernährung.

Kinder haben immer in der vordersten Schusslinie der Opfer des Konflikts gestanden (siehe Grafik). Krankheiten wie Masern, Keuchhusten und sogar Beulenpest sind wieder ausgebrochen und stellen eine große Bedrohung dar. Im Jahr 2002 betrug die Säuglingssterblichkeitsrate in den östlichen Provinzen 210 pro 1.000 Lebendgeburten und war damit fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt in Afrika südlich der Sahara und über 70 Prozent höher als der Landesdurchschnitt. Die Säuglingssterblichkeit in den Ostprovinzen ist 2003-04 zurückgegangen, quasi als „Friedensbonus“. Dies kann jedoch auch als Hinweis auf die Kosten des Konflikts dienen. Auch in der Bildung hat der Konflikt seinen Tribut gefordert. Die Schulbesuchsquote des Landes ist im Jahr 2001 auf 60 Prozent zurückgegangen, gegenüber 94 Prozent 1978.

Immer noch ist der Alltag von Unsicherheit bestimmt. Trotz des Friedensabkommens, das 2003 unter Einbeziehung aller Konfliktparteien abgeschlossen wurde, sind Hunderttausende von Menschen noch immer nicht in der Lage, wieder ein normales Leben zu führen. Seit November 2004 sind sogar an die 200.000 Menschen aus ihrer Heimat in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu geflohen und haben Zuflucht in den Wäldern gesucht.

Die andauernden Kosten des Konflikts weisen auf Schwächen in dem Friedensabkommen hin. Die Streitkräfte anderer Länder, wie auch diverse Rebellengruppen, operieren nach wie vor weiträumig in der Demokratischen Republik Kongo. Der östliche Landesteil ist zum Militärstützpunkt der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR) geworden – Hutu-Rebellen, die mit dem Völkermord von 1994 in Verbindung gebracht werden. Er zieht außerdem wie ein Magnet Kräfte aus den Nachbarstaaten an, die auf die Ausbeutung der enormen Bodenschätze der Region aus sind. Die Entwaffnung der FDLR, die Vertreibung der Streitkräfte ausländischer Staaten und die Errichtung einer wirksamen staatlichen Kontrolle über die Bodenschätze sind Grundvoraussetzungen dafür, dass in der Region wahre Sicherheit einkehrt.



Die Unfähigkeit, die Bevölkerung vor Sicherheitsrisiken zu schützen, die Grundbedürfnisse zu befriedigen und politische Institutionen zu errichten, die als legitim betrachtet werden, ist ein festes Merkmal konfliktträchtiger Staaten

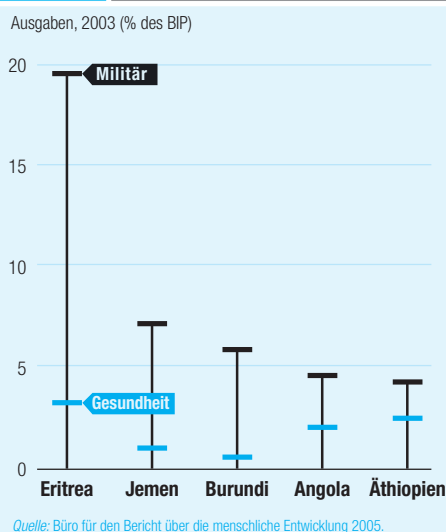
Konflikt untergräbt Ernährung und öffentliche Gesundheit, zerstört Bildungssysteme, verwüstet die Lebensgrundlagen und verzögert die Aussichten auf Wirtschaftswachstum. In 22 der 32 Länder in der Kategorie einer geringen menschlichen Entwicklung gemäß dem Index für menschliche Entwicklung (HDI) ist es nach 1990 zu irgendeinem Zeitpunkt zu Konflikten gekommen. Länder, die gewaltsame Konflikte durchgemacht haben, sind bei der Gruppe von Ländern, die nach unseren Prognosen für 2015 bei den MDGs nicht im Zeitplan liegen, stark überrepräsentiert. 30 der 52 Länder, die bei ihren Bemühungen zur Senkung der Kindersterblichkeit nicht vorankommen oder gar Rückschläge erleben, haben seit 1990 einen Konflikt durchlaufen (siehe Grafik 23). Das enorme Ausmaß dieser Kosten allein spricht für Konfliktprävention, Konfliktlösung und Wiederaufbau nach einem Konflikt als den drei grundlegenden Voraussetzungen zur Schaffung menschlicher Sicherheit und zur Beschleunigung des Fortschritts in Richtung auf die Millenniums-Entwicklungsziele.

Grundbedürfnisse zu befriedigen und politische Institutionen zu errichten, die als legitim betrachtet werden, ist ein festes Merkmal konfliktträchtiger Staaten. In einigen Fällen wirken tiefgreifende horizontale Ungleichheiten zwischen verschiedenen Regionen oder Gruppierungen als Katalysator für Gewalt. Äußere Faktoren spielen dabei ebenso eine Rolle. Dem „Scheitern“ von Staaten wie Afghanistan und Somalia wurde dadurch Vorschub geleistet, dass äußere Mächte bereit waren, aus eigenen strategischen Überlegungen heraus in diesen Ländern zu intervenieren. Wenn Waffen importiert werden und kleine Interessengruppen die Finanzmittel, die aus dem Verkauf natürlicher Ressourcen fließen, an sich reißen, trägt dies dazu bei, Konflikte aufrechtzuerhalten und zu verschärfen. Politische Führerschaft in konfliktträchtigen Staaten ist zwar eine zwingende Voraussetzung für Veränderungen, aber keine hinlängliche. Auch reiche Regierungen müssen Führerschaft an den Tag legen.

Neue Ansätze bei der Entwicklungshilfe stehen noch am Anfang. Schwache und zerbrechliche Staaten erhalten nicht nur zu wenig Hilfe im Verhältnis zu ihrer Fähigkeit, Finanzen wirksam zu nutzen, sie sind auch der hochgradigen Unberechenbarkeit von Hilfeleistungen ausgesetzt. Alles deutet darauf hin, dass die Hilfeleistungen 40 Prozent geringer ausfallen als durch die Institutionen und das politische Umfeld gerechtfertigt wäre. Ein weiteres Problem ist die Ablaufplanung der Entwicklungshilfe. Allzu oft machen Geber in Zeiten unmittelbar nach einem Konflikt großzügige Zusagen für humanitäre Hilfe, ohne konsequenterweise auch den Wiederaufbau der Wirtschaft in den Jahren danach zu unterstützen.

Exporte von Bodenschätzen und anderen natürlichen Ressourcen lassen keine gewaltsamen Konflikte entstehen. Auch Kleinwaffen nicht. Doch der Markt für natürliche Ressourcen und derjenige für Kleinwaffen können die Möglichkeit bieten, gewaltsame Konflikte weiterzuführen. Von Kambodscha über Afghanistan bis hin zu den Ländern Westafrikas haben Exporte von Edelsteinen und Holz dazu beigetragen, Konflikte zu finanzieren

Grafik 23 Ausgabenprioritäten von Ländern mit einem niedrigen Stand bei der menschlichen Entwicklung, in denen in letzter Zeit ein Konflikt stattfand



Ein Teil der Herausforderung durch fehlende menschliche Sicherheit und gewaltsame Konflikte kann auf schwache, zerbrechliche und im Scheitern begriffene Staaten zurückgeführt werden. Die Unfähigkeit, die Bevölkerung vor Sicherheitsrisiken zu schützen, die

Von Kambodscha über
Afghanistan bis Westafrika
haben Exporte von
Edelsteinen und Holz dazu
beigetragen, Konflikte zu
finanzieren und die staatliche
Kapazität zu schwächen

und die staatliche Kapazität zu schwächen (siehe Tabelle 3). Zertifikationsverfahren können Exportchancen verbauen, wie am Kimberly-Zertifikationsverfahren für Diamanten zu erkennen war. Kleinwaffen fordern jedes Jahr mehr als 500.000 Leben, die meisten davon in den ärmsten Ländern der Welt. Internationale Bemühungen um die Kontrolle des tödlichen Handels mit Kleinwaffen haben nur geringe Auswirkungen gezeigt. Die Durchsetzung solcher Maßnahmen ist kaum möglich, die Einhaltung von Gesetzen geschieht auf freiwilliger Basis, und große rechtliche Lücken ermöglichen es, dass ein Großteil des Handels sich den Vorschriften entzieht.

Eine der wirksamsten Methoden, mit der die reichen Länder die Bedrohungen der menschlichen Entwicklung begegnen, die von gewaltsamen Konflikten ausgeht, ist die Förderung regionaler Kapazität. Die Krise in Darfur hätte sich durch die Präsenz einer ausreichend großen und gut ausgerüsteten Friedenstruppe der Afrikanischen Union eindämmen oder gar abwenden lassen – insbesondere wenn diese Truppe ein starkes Mandat zum Schutz von Zivilisten gehabt hätte. Während des Höhepunkts der Krise überwachten weniger als 300 ruandische und nigerianische Soldaten, was mit 1,5 Millionen Darfuris in einem Gebiet von der Größe Frankreichs passierte. Die Stärkung regionaler Kapazitäten, von der Einrichtung wirksamer Frühwarnsy-

steme bis hin zur Intervention, bleibt ein dringendes Erfordernis menschlicher Sicherheit.

Wenn Prävention der kostengünstigste Weg des Umgangs mit Bedrohungen ist, die von gewaltsamen Konflikten ausgehen, so kommt gleich danach das Ergreifen von Gelegenheiten zum Wiederaufbau. Friedensabkommen bilden häufig nur den Auftakt zu erneuter Gewalt: In der Hälfte aller Länder, die einen gewaltsamen Konflikt hinter sich haben, kommt es innerhalb von fünf Jahren wieder zu einem Krieg. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, bedarf es politischen und finanziellen Engagements zur Herstellung von Sicherheit, Überwachung des Wiederaufbaus und Schaffung der Voraussetzungen für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Märkte und langfristiger Investitionen des privaten Sektors (siehe Kasten 7). Dieses Engagement ist nicht immer zu erkennen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele haben zwar den Fortschritt in Richtung auf die „Freiheit von Mangel“ in den Blickpunkt gestellt, doch die Welt bedarf immer noch einer einheitlichen Agenda zur Ausweitung der „Freiheit von Angst“. Wie in dem Bericht des UN-Generalsekretärs *In größerer Freiheit* argumentiert wird, gibt es einen dringenden Bedarf danach, einen kollektiven Sicherheitsrahmen zu entwickeln, der über militärische Reaktionen auf die Bedrohung durch den

Tabelle 3 Natürliche Ressourcen haben in vielen Ländern Konflikte geschürt

Land	Dauer des Konflikts	Ressourcen
Afghanistan	1978-2001	Edelsteine, Opium
Angola	1975-2002	Erdöl, Diamanten
Angola, Cabinda	1975-	Erdöl
Kambodscha	1978-1997	Nutzholz, Edelsteine
Kolumbien	1984-	Erdöl, Gold, Coca
Kongo	1997	Erdöl
Kongo, Dem. Rep.	1996-1997, 1998-2002	Kupfer, Coltan, Diamanten, Gold, Kobalt
Indonesien, Aceh	1975-	Erdgas
Indonesien, West-Papua	1969-	Kupfer, Gold
Liberia	1989-1996	Nutzholz, Diamanten, Eisen, Palmöl, Kakao, Kaffee, Marihuana, Kautschuk, Gold
Marokko	1975-	Phosphate, Erdöl
Myanmar	1949-	Nutzholz, Zinn, Edelsteine, Opium
Papua-Neuguinea	1988-1998	Kupfer, Gold
Peru	1980-1995	Coca
Sierra Leone	1991-2000	Diamanten
Sudan	1983-2005	Erdöl

Quelle: Nach Bannon und Collier 2003.

Terrorismus hinausgeht. Wir müssen uns eingestehen, dass Armut, sozialer Zerfall und ziviler Konflikt Hauptbestandteile der Bedrohung globaler Sicherheit sind. Um diese Bedrohung zu verringern, müssen folgende Hauptvoraussetzungen erfüllt sein:

- *Neuordnung der Entwicklungshilfe.* Es ist nicht gerechtfertigt, konfliktträchtigen Staaten oder Staaten, die einen Konflikt hinter sich haben, Entwicklungshilfe zu verwehren. Dies wäre schlecht für die menschliche Sicherheit in den betroffe-

nen Ländern – und schlecht für die globale Sicherheit. Als Teil der weitergehenden Zusage, die Zielvorgabe eines Anteils der Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent am Bruttonationaleinkommen zu erreichen, sollten Geber sich einer größeren Hilfestrengung verschreiben, bei der die Hilfe durch langfristige finanzielle Zusagen berechenbarer wird. Die Geber sollten die Bedingungen für die Zuweisung von Entwicklungshilfemitteln wie auch ihre Gründe für die Verringerung von Investitionen in konfliktträchtigen Ländern stärker offenlegen.

Kasten 7

Die besetzten palästinensischen Gebiete – wie die menschliche Entwicklung umgekehrt wird

In den 1990er Jahren waren in den besetzten palästinensischen Gebieten gewisse Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung zu verzeichnen. Doch die zweite Intifada (Erhebung), die seit September 2000 läuft, und die damit verbundenen militärischen Übergriffe in der West Bank und im Gaza-Streifen haben zu einer drastischen Verschlechterung der Lebensstandards und der Lebenschancen geführt.

Infolge des Konflikts war ein enormer Abschwung in der Wirtschaft Palästinas zu beobachten. Durch die Schließung der Grenzen wurden die palästinensischen Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt in Israel abgeschnitten. Unterdessen hatten kleinere Betriebe damit zu kämpfen, dass die Versorgung mit Betriebsstoffen unterbrochen wurde und sie von ihren Absatzmärkten ausgeschlossen wurden. Dadurch sind die Löhne gesunken und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Die Arbeitslosenquote schnellte förmlich in die Höhe, von 10 Prozent vor September 2000 auf 30 Prozent im Jahr 2003, und 2004 weiter auf 40 Prozent.

Eine qualifizierte Arbeiterschaft, der es bis zum Jahr 2000 immer besser gegangen war, hat einen dramatischen Anstieg der Armut erlebt. Die Armutsrate hat sich von 1999 bis 2003 mehr als verdoppelt – von 20 Prozent auf 55 Prozent (siehe Tabelle).

Der Konflikt hat die gesamte Wirtschaftstätigkeit des Landes unterbrochen. Man nehme einmal den vergleichsweise wohlhabenden Bezirk Nablus in der West Bank. Bis zum September 2000 war die Stadt eine wirtschaftliche Drehscheibe. Infolge des Konflikts hat sich die militärische Präsenz stark erhöht. Es gab lange Ausgangssperren (im Großteil der zweiten Jahreshälfte 2002 sogar eine Ausgangssperre rund um die Uhr), mehr Kontrollpunkte und gesperrte Zufahrtsstraßen. Das Ergebnis: Geschäfte haben geschlossen, Handwerker haben ihre Werkzeuge verkauft und Bauern ihr Land aufgegeben.

Die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit haben sich auch auf das Gesundheits- und das Bildungswesen ausgewirkt. Fast die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung hat keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Die Mütterfürsorge ist ab dem Jahr 2002 stark zurückgegangen und die chronische Unterernährung bei Kindern hat sowohl in der West Bank als auch in Gaza um 50 Prozent zugenommen. In den letzten vier Jahren wurden 282 Schulen beschädigt; weitere 275 Schulen liegen sozusagen direkt in der Schusslinie.

Die wachsende Unsicherheit beeinträchtigt Beschäftigungschancen und die Grundversorgung mit Dienstleistungen, was sich nachteilig auf die palästinensische Bevölkerung auswirkt und zu Rückschritten bei der menschlichen Entwicklung führt.

Gewaltige Rückschritte bei der menschlichen Entwicklung

Indikator	Vor September 2000	2001	2002	2003
Armutrate	20,1	45,7	58,6	55,1
Arbeitslosenquote	10,0	26,9	28,9 ^a	30,5
Frauen, die Schwangerenfürsorge erhalten	95,6	..	82,4	..
Hausgeburten in der West Bank	8,2	7,9	14,0	..
Chronische Unterernährung bei Kindern in der West Bank	6,7	..	7,9	9,2
Chronische Unterernährung bei Kindern in Gaza	8,7	..	17,5	12,7

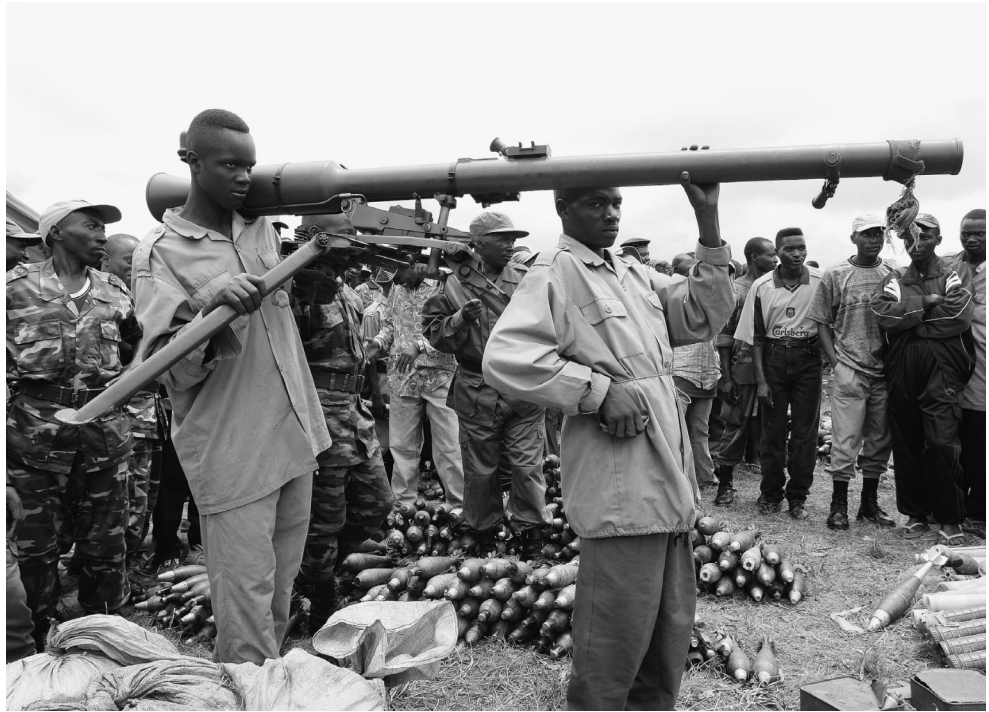
.. Keine Angaben vorliegend.

a. Angaben beziehen sich auf das 1. Quartal 2002.

Quelle: UN OCHA 2004b.

Quellen: World Bank und Palestinian Central Bureau of Statistics 2004; UN OCHA 2004b.

Kleinwaffen fordern jedes Jahr mehr als 500.000 Leben, die meisten davon in den ärmsten Ländern der Welt. Die UN-Kleinwaffenkonferenz im Jahr 2006 bietet die Gelegenheit, ein umfassendes Abkommen zum Waffenhandel auszuhandeln, um den Nachschub in Gebiete zu drosseln, in denen gewaltsame Konflikte stattfinden.



- *Größere Transparenz beim Ressourcenmanagement.* Als Teilhaber der Märkte für natürliche Ressourcen, die bei der Finanzierung von Konflikten helfen und in manchen Fällen eine rechenschaftspflichtige Regierung unterminieren, sollten transnationale Unternehmen, die am Export von Bodenschätzen beteiligt sind, ihre Transparenz erhöhen. Der internationale gesetzliche Rahmen, den die von Großbritannien eingesetzte Kommission für Afrika vorgeschlagen hat, um eine Untersuchung korrupter Praktiken von transnationalen Unternehmen im Ausland zu ermöglichen – wie es bereits nach US-amerikanischem Recht praktiziert wird – sollte als Priorität weiterentwickelt werden.
- *Unterbrechung des Zustroms von Kleinwaffen.* Die UN-Kleinwaffen-Konferenz im Jahr 2006 bietet die Gelegenheit, ein umfassendes Abkommen zum Waffenhandel auszuhandeln, um die Märkte zu regulieren und den Nachschub in Gebiete zu drosseln, in denen gewaltsame Konflikte stattfinden.
- *Stärkung regionaler Kapazitäten.* Für Afrika südlich der Sahara ist sofortige Priorität die Entwicklung einer voll funktionsfähigen, einsatzbereiten Friedenstruppe der Afrikanischen Union, wofür finanzielle, technische und logistische Unterstützung zu leisten ist.
- *Internationale Abstimmung vorantreiben.* Der Bericht des UN-Generalsekretärs ruft auf zur Einrichtung einer Kommission für Friedenskonsolidierung, die den strategischen Rahmen für einen integrierten Ansatz bezüglich kollektiver Sicherheit schafft. Als Teil dieses Ansatzes sollte ein globaler Fonds eingerichtet werden, um die Hilfe sofort nach einem Konflikt sowie den Übergang zum langfristigen Wiederaufbau auf einer langfristigen und berechenbaren Grundlage zu finanzieren.

* * *

Wenn die Geschichtsschreiber der menschlichen Entwicklung auf das Jahr 2005 zurückblicken, werden sie es als Wendepunkt betrachten. Der internationalen Gemeinschaft bietet sich erstmals die Möglichkeit, die Politikmaßnahmen umzusetzen und mehr Ressourcen aufzubringen, die aus dem nächsten Jahrzehnt eine echte Dekade der Entwicklung machen. Nachdem sie in der Millenniums-Erklärung die Meßlatte angelegt haben, könnten die Regierungen

der Welt einen Kurs zur Neugestaltung der Globalisierung einschlagen und damit Millionen der ärmsten und am stärksten gefährdeten Menschen der Welt neue Hoffnung geben und die Voraussetzungen für gemeinsamen Wohlstand und Sicherheit schaffen. Die Alternative, so weiterzumachen wie bisher, würde zu einer Welt führen, die von Massenarmut geschwächt, durch tiefe Ungleichheiten gespalten und von gemeinsamer Unsicherheit bedroht ist. In den reichen und den armen Ländern würden künftige Generationen gleichermaßen einen hohen Preis bezahlen für das Versagen der politischen Führung in diesem entscheidenden Moment zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Was nicht in Zweifel steht ist die einfache Wahrheit, dass wir als globale Gemeinschaft über die Möglichkeiten verfügen, die Armut auszurotten und die tiefe Kluft der Ungleichheit zu überwinden, die sich mitten durch Länder und Völker zieht. Die grundlegende Frage, die fünf Jahre nach der Unterzeichnung der Millenniums-Erklärung noch einer Antwort harret, ist: Bringen die Regierungen der Welt die Entschlossenheit auf, mit früheren Praktiken zu brechen und gemäß ihrem Versprechen an die Armen der Welt zu handeln? Wenn es jemals einen Zeitpunkt gegeben hat, durch entschlossene politische Führung die gemeinsamen Interessen der Menschheit voranzubringen, dann ist es jetzt.



Was nicht in Zweifel steht, ist die einfache Wahrheit, dass wir als globale Gemeinschaft über die Möglichkeiten verfügen, die Armut auszurotten und die tiefe Kluft der Ungleichheit zu überwinden.

Warten auf das Weltwunder

UN-Millenniumsgipfel: Hunger, Epidemien und Analphabetismus lassen sich nicht in ein paar Jahren besiegen

Ein Schicksal ist interessant. Zehn vielleicht auch noch. Aber hundert? Und was, wenn man erst versucht, sich eine Milliarde Menschen vorzustellen?

Genau, das geht gar nicht.

Eine Milliarde Menschen sind zweimal mehr als in Europa leben, zwölfmal mehr als in Deutschland oder fast 300-mal mehr als in Berlin. Warum das wichtig ist?

Eine Milliarde Menschen können sich heute, jetzt, in dieser Minute, kein Glas sauberes Wasser leisten. Morgen wieder nicht. Und übermorgen auch nicht.

Das ist in der Tat schwer vorstellbar, aber wahr.

In dieser Woche versammeln sich im UN-Hauptquartier in New York rund 180 Staats- und Regierungschefs, um über die alltägliche Armut zu sprechen – und darüber, wie sie bekämpft werden kann. Sie werden wichtige Reden halten. Sie werden streiten. Und sie werden ihre Fortschritte auf dem Weg zu den Millenniums-Entwicklungszielen bilanzieren, die in aller Welt Millennium Development Goals, kurz MDGs, heißen.

Im September vor fünf Jahren hatten sich die Staats- und Regierungschefs schon einmal getroffen und zu einer mutigen Ankündigung hinreißen lassen. »Wir werden keine Anstrengungen unterlassen, um unsere Mitmenschen von den elenden Bedingungen der extremen Armut zu befreien, zu denen gegenwärtig noch mehr als eine Milliarde Menschen verdammt sind.« Dann hat-

ten sie ihr Vorhaben sogar noch konkretisiert und sich acht kontrollierbare Ziele, die MDGs eben, gesetzt. Statt eines Viertels der Menschheit sollte bis 2015 nur noch ein Achtel in Armut leben müssen. Auch die Zahl der Hungerleidenden wollten sie halbieren, Grundschulen für alle eröffnen, die Kindersterblichkeit um zwei Drittel verringern, Krankheiten bekämpfen und die Umwelt schützen. Damit das alles gelingen könnte, wollten die Reichen viel mehr Geld für die Entwicklungspolitik ausgeben.

Fünf Jahre später ist klar, dass ein Wunder geschehen muss, sollen die Ziele noch erreicht werden. Der in der vergangenen Woche vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) publizierte *Bericht über die menschliche Entwicklung* bestätigt, dass sich 50 Länder mit zusammen fast 900 Millionen Einwohnern bei mindestens einem der Ziele rückwärts bewegen. Und weitere 65 Länder mit zusammen 1,2 Milliarden Einwohnern werden mindestens ein Ziel erst nach 2040 erreichen – also mit einer Generation Verspätung.

Das müsse nicht so sein, verkündet der New Yorker Ökonomieprofessor Jeffrey Sachs. Den hatte der UN-Generalsekretär Kofi Annan zu seinem Sonderberater in Sachen Millenniumsziele gemacht. Anfang des Jahres hat Sachs seine erstaunliche Botschaft präsentiert: dass nämlich das Weltwunder – also echte Entwicklung – auch bei den Ärmsten möglich sei, wenn nur endlich genügend Mittel flössen.

Tonnenideologie und Machbarkeitswahn, so unken die Kritiker. Doch die Wirkung, die Sachs durch seine optimistischen Prognosen entfaltet, war gewaltig. Unterstützt durch Rockmusiker aus aller Welt und viel öffentlichen Druck, ließen sich die Regierungen der Industrienationen wirklich neue Finanzzusagen abhandeln. So verpflichteten sich die EU-Regierungen beispielsweise im Mai dieses Jahres, ihre Hilfen in den kommenden fünf Jahren auf 0,56 Prozent ihres Sozialproduktes zu steigern. Das ergäbe 20 Milliarden Euro mehr pro Jahr.

Stolz sehen sich die Europäer seither an vorderster Front im Kampf gegen die Armut. José Manuel Barroso, der Präsident der EU-Kommission, gab dem Rest der Welt Anfang der Woche den Rat, »Europas Beispiel zu lernen«. Doch ob die Welt auf Barroso hören wird, ist fraglich. Vor allem in den USA, aber nicht nur dort, ist der Verdacht so groß wie nie, dass mehr Entwicklungshilfe nur mehr Ineffizienz und Korruption erzeugt.

Europa werde das kaum daran hindern, seine Versprechen auch allein wahr zu machen, betont der EU-Kommissionspräsident und widerspricht Amerika. »Es ist einfach falsch, Korruption als Vorwand zu benutzen, um keine Entwicklungshilfe leisten zu müssen.« Sein Entwicklungskommissar Louis Michel assistierte: Nötig sei sowohl »mehr« als auch »bessere« Entwicklungshilfe.

PETRA PINZLER UND FRITZ VORHOLZ

Quelle: „Die Zeit“, Ausgabe 38, 15. September, Jahrgang 2005

Heuchelei und Doppelmoral

Nach einem neuen UN-Bericht hat der Westen trotz großer Versprechungen im Kampf gegen die Armut viel zu wenig getan

Von Arne Perras

Fünf Jahre nach dem großen Versprechen, die Armut in der Welt schnell und drastisch einzudämmen, fällt die erste Zwischenbilanz reichlich ernüchternd aus. „Die Mehrheit der Länder liegt hinter den Zielvorgaben zurück“, beklagen UN-Experten im 426-Seiten-Report der Entwicklungsagentur UNDP. „Das Versprechen gegenüber den Armen der Welt wird nicht eingelöst.“ Die Ergebnisse seien „deprimierend“. Zum Auftakt des Gipfels in New York warnen die UN vor der Gefahr, dass das kommende Jahrzehnt als Phase „verpasster Chancen, halbherziger Anstrengungen und fehlgeschlagener internationaler Zusammenarbeit“ in die Geschichte eingehen wird. Von den Staats- und Regierungschefs fordern die Autoren, „mit der Routine zu brechen“. Beim Gipfel in New York sollte die Weltgemeinschaft Beschlüsse fassen, die beweisen, dass sie ihre Selbstverpflichtung tatsächlich ernst nehmen.

Das düstere Szenario, das die Studie entwirft, wird nur punktuell aufgeheilt von einigen positiven Entwicklungen, die vor allem im asiatischen Raum zu beobachten sind: Vietnam, Malaysia und Bangladesch haben zum Beispiel bewiesen, dass sich der Kampf gegen die Kindersterblichkeit erheblich beschleunigen lässt. Andererseits stellt der Report fest, dass 50 Länder mit einer Bevölkerung von fast 900 Millionen Menschen mindestens ein Millenniumsziel nicht erreichen werden. Die Hälfte dieser Staaten liegt in Afrika.

Setzt sich der Trend unverändert fort, so würde die versprochene Reduzierung der Kindersterblichkeit erst im Jahr 2045 erreicht, dreißig Jahre später als erhofft. Gegenwärtig leben etwa 2,5 Milliarden Menschen in größtem Elend. Im Jahr 2015 wären es immer noch 1,7 Milliarden. Das Ziel, die Zahl der Armen weltweit zu halbieren, wird demnach weit verfehlt. Auch Bemühungen, alle Kinder wenigstens in die Grundschule zu schi-

cken, oder armen Menschen sauberes Trinkwasser bereitzustellen, kommen nur schleppend voran.

Um mehr Schwung in die Armutsbekämpfung zu bringen, empfehlen die Verfasser des UN-Berichts Verbesserungen in drei Feldern der Politik: Hilfe, Handel und Konfliktmanagement. Kevin Watkins, der leitende Autor der Studie fordert, „das internationale Entwicklungshilfesystem wieder in Ordnung zu bringen“. Trotz der Ankündigung der G-8-Staaten, die Hilfe aufzustocken, rechnen die Experten damit, dass im Jahr 2010 noch immer eine Finanzlücke von etwa 30 Milliarden Dollar klafft. Sie müsste geschlossen werden, wenn es noch eine Chance geben soll, die Millenniumsziele zu erreichen.

Außerdem beklagt der Report, dass die Geberländer ihre Hilfe untereinander nicht genügend abstimmen und deshalb ineffizient arbeiten. Reiche Länder sollten ihre so genannten Lieferbindungen aufgeben, mit denen sie Hilfszusa-

gen an Einkäufe aus dem eigenen Land koppeln. Die armen Staaten könnten ohne dieses Zwangssystem fünf bis sieben Milliarden Dollar sparen und für andere Zwecke einsetzen. Besonders die USA und Italien setzen laut UN immer noch stark auf solche Lieferbindungen, aber auch Deutschland und Japan hätten im Vergleich zu skandinavischen Ländern einen hohen Anteil an „gebundener Hilfe“. Harsche Kritik übt der Report an der „unfairen Handelspolitik“, die Millionen Menschen den Weg aus der Armut verbaue. „Heuchelei und Doppelmoral“ seien schlechte Grundlagen für ein multilaterales System. Industriestaaten müssten Milliarden-Subventionen streichen und Handelsschranken abbauen.

Weil viele Armutsprobleme durch bewaffnete Konflikte entstehen, plädiert der Bericht dafür, einen eigenen Fonds einzurichten, der die Aufbauhilfe nach Ende eines Krieges langfristig sichert, damit die labilen Staaten nicht wieder in die Gewalt zurückfallen.

Quelle:

„Süddeutsche Zeitung“,
Ausgabe 14. September,
Jahrgang 2005

Index für menschliche Entwicklung

HDI Rang ^a	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen (15 Jahre und älter in %)	Kombinierte Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich (in %)	Pro-Kopf-BIP (PPP US\$)	Lebenswartungsindex	Bildungsindex	BIP-Index	Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$ minus HDI-Rang) ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
1	Norwegen	0.963	79.4	.. ^e	101 ^f	37,670	0.91	0.99	0.99	2
2	Island	0.956	80.7	.. ^e	96	31,243	0.93	0.98	0.96	4
3	Australien	0.955	80.3	.. ^e	116 ^f	29,632	0.92	0.99	0.95	7
4	Luxemburg	0.949	78.5	.. ^e	88 ^g	62,298 ^h	0.89	0.95	1.00	-3
5	Kanada	0.949	80.0	.. ^e	94 ^{h,j}	30,677	0.92	0.97	0.96	2
6	Schweden	0.949	80.2	.. ^e	114 ^f	26,750	0.92	0.99	0.93	14
7	Schweiz	0.947	80.5	.. ^e	90	30,552	0.93	0.96	0.96	1
8	Irland	0.946	77.7	.. ^e	93	37,738	0.88	0.97	0.99	-6
9	Belgien	0.945	78.9	.. ^e	114 ^f	28,335	0.90	0.99	0.94	3
10	Vereinigte Staaten	0.944	77.4	.. ^e	93	37,562	0.87	0.97	0.99	-6
11	Japan	0.943	82.0	.. ^e	84	27,967	0.95	0.94	0.94	2
12	Niederlande	0.943	78.4	.. ^e	99	29,371	0.89	0.99	0.95	-1
13	Finnland	0.941	78.5	.. ^e	108 ^f	27,619	0.89	0.99	0.94	3
14	Dänemark	0.941	77.2	.. ^e	102 ^f	31,465	0.87	0.99	0.96	-9
15	Großbritannien	0.939	78.4	.. ^e	123 ^{g,i}	27,147	0.89	0.99	0.94	3
16	Frankreich	0.938	79.5	.. ^e	92	27,677	0.91	0.97	0.94	-1
17	Österreich	0.936	79.0	.. ^e	89	30,094	0.90	0.96	0.95	-8
18	Italien	0.934	80.1	98.5 ^{e,k,l}	87	27,119	0.92	0.95	0.94	1
19	Neuseeland	0.933	79.1	.. ^e	106 ^f	22,582	0.90	0.99	0.90	3
20	Deutschland	0.930	78.7	.. ^e	89	27,756	0.90	0.96	0.94	-6
21	Spanien	0.928	79.5	97.7 ^{e,k,l}	94	22,391	0.91	0.97	0.90	3
22	Hongkong, China (SAR)	0.916	81.6	93.5 ^{k,l}	74	27,179	0.94	0.87	0.94	-5
23	Israel	0.915	79.7	96.9	91	20,033	0.91	0.95	0.88	2
24	Griechenland	0.912	78.3	91.0 ^e	92	19,954	0.89	0.97	0.88	2
25	Singapur	0.907	78.7	92.5	87 ^m	24,481	0.89	0.91	0.92	-4
26	Slowenien	0.904	76.4	99.7 ^{e,k}	95	19,150	0.86	0.98	0.88	4
27	Portugal	0.904	77.2	92.5 ^{e,k,l}	94	18,126	0.87	0.97	0.87	5
28	Korea, Rep.	0.901	77.0	97.9 ^{e,k,l}	93	17,971	0.87	0.97	0.87	6
29	Zypern	0.891	78.6	96.8	78	18,776 ^j	0.89	0.91	0.87	2
30	Barbados	0.878	75.0	99.7 ^{e,k}	89 ^j	15,720	0.83	0.96	0.84	9
31	Tschechische Republik	0.874	75.6	.. ^e	80	16,357	0.84	0.93	0.85	7
32	Malta	0.867	78.4	87.9 ⁿ	79	17,633	0.89	0.85	0.86	3
33	Brunei Darussalam	0.866	76.4	92.7	74	19,210 ^{j,o}	0.86	0.86	0.88	-4
34	Argentinien	0.863	74.5	97.2	95	12,106	0.82	0.96	0.80	12
35	Ungarn	0.862	72.7	99.3	89	14,584	0.80	0.96	0.83	5
36	Polen	0.858	74.3	99.7 ^{e,k,l}	90	11,379	0.82	0.96	0.79	12
37	Chile	0.854	77.9	95.7	81	10,274	0.88	0.91	0.77	17
38	Estland	0.853	71.3	99.8	92	13,539	0.77	0.97	0.82	4
39	Litauen	0.852	72.3	99.6	94	11,702	0.79	0.97	0.79	8
40	Katar	0.849	72.8	89.2 ⁿ	82	19,844 ^{j,p}	0.80	0.87	0.88	-13
41	Vereinigte Arabische Emirate	0.849	78.0	77.3 ^k	74 ^l	22,420 ^{j,q}	0.88	0.76	0.90	-18
42	Slowakei	0.849	74.0	99.6	75	13,494	0.82	0.91	0.82	1
43	Bahrain	0.846	74.3	87.7	81	17,479 ^j	0.82	0.86	0.86	-7
44	Kuwait	0.844	76.9	82.9 ^k	74 ^l	18,047 ^q	0.87	0.80	0.87	-11
45	Kroatien	0.841	75.0	98.1	75	11,080	0.83	0.90	0.79	5
46	Uruguay	0.840	75.4	97.7 ^k	88 ^l	8,280	0.84	0.94	0.74	16
47	Costa Rica	0.838	78.2	95.8 ^k	68	9,606 ^q	0.89	0.87	0.76	10
48	Lettland	0.836	71.6	99.7	90	10,270	0.78	0.96	0.77	7
49	St. Kitts und Nevis	0.834	70.0 ^{j,m,r}	97.8 ^{j,m,r}	89 ^l	12,404	0.75	0.95	0.80	-4
50	Bahamas	0.832	69.7	95.5 ^{k,l}	77	17,159 ^j	0.75	0.89	0.86	-13
51	Seychellen	0.821	72.7 ^{j,m}	91.9	85	10,232 ^{j,p}	0.80	0.89	0.77	5
52	Kuba	0.817	77.3	96.9 ^k	80	.. ^s	0.87	0.91	0.67	40
53	Mexiko	0.814	75.1	90.3	75	9,168	0.83	0.85	0.75	7

HDI Rang ^a	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen (15 Jahre und älter in %)	Kombinierte Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich (in %)	Pro-Kopf-BIP (PPP US\$)	Lebenserwartungsindex	Bildungsindex	BIP-Index	Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$ minus HDI-Rang) ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
54	Tonga	0.810	72.2	98.9 ⁿ	83 ^l	6,992 ^q	0.79	0.93	0.71	17
55	Bulgarien	0.808	72.2	98.2	78	7,731	0.79	0.91	0.73	10
56	Panama	0.804	74.8	91.9	79	6,854	0.83	0.88	0.71	17
57	Trinidad und Tobago	0.801	69.9	98.5 ^k	66 ^l	10,766	0.75	0.88	0.78	-6
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
58	Libysch-Arabische Dscham.	0.799	73.6	81.7 ^k	96 ^l	.. ^{j,t}	0.81	0.86	0.72	9
59	Mazedonien	0.797	73.8	96.1	70	6,794	0.81	0.87	0.70	16
60	Antigua und Barbuda	0.797	73.9 ^{j,m,r}	85.8 ^{j,u}	69 ^{j,m,r}	10,294	0.82	0.80	0.77	-7
61	Malaysia	0.796	73.2	88.7	71	9,512	0.80	0.83	0.76	-3
62	Russische Föderation	0.795	65.3	99.4	90	9,230	0.67	0.96	0.76	-3
63	Brasilien	0.792	70.5	88.4	91	7,790	0.76	0.89	0.73	1
64	Rumänien	0.792	71.3	97.3	72	7,277	0.77	0.89	0.72	4
65	Mauritius	0.791	72.2	84.3	71 ^l	11,287	0.79	0.80	0.79	-16
66	Grenada	0.787	65.3 ^{j,u}	96.0 ^{j,u}	96	7,959	0.67	0.96	0.73	-3
67	Belarus	0.786	68.1	99.6 ^{e,n}	88	6,052	0.72	0.95	0.68	17
68	Bosnien-Herzegowina	0.786	74.2	94.6	67 ^v	5,967	0.82	0.86	0.68	17
69	Kolumbien	0.785	72.4	94.2	71	6,702 ^q	0.79	0.86	0.70	8
70	Dominica	0.783	75.6 ^{j,u}	88.0 ^{j,u}	75	5,448	0.84	0.84	0.67	21
71	Oman	0.781	74.1	74.4 ^k	63 ^l	13,584 ^j	0.82	0.71	0.82	-30
72	Albanien	0.780	73.8	98.7	69	4,584	0.81	0.89	0.64	30
73	Thailand	0.778	70.0	92.6	73 ^l	7,595	0.75	0.86	0.72	-7
74	Samoa (Westl.)	0.776	70.2	98.7 ^k	71 ^l	5,854 ^q	0.75	0.89	0.68	14
75	Venezuela	0.772	72.9	93.0	75 ^l	4,919	0.80	0.87	0.65	22
76	St. Lucia	0.772	72.4	90.1	75 ^l	5,709	0.79	0.85	0.68	13
77	Saudi-Arabien	0.772	71.8	79.4	57 ^l	13,226 ^q	0.78	0.72	0.82	-33
78	Ukraine	0.766	66.1	99.4	86	5,491	0.69	0.95	0.67	12
79	Peru	0.762	70.0	87.7	87 ^l	5,260	0.75	0.88	0.66	14
80	Kasachstan	0.761	63.2	99.5 ^{e,n}	85	6,671	0.64	0.94	0.70	-2
81	Libanon	0.759	72.0	86.5 ^{k,l}	79 ^l	5,074	0.78	0.84	0.66	14
82	Ecuador	0.759	74.3	91.0	.. ^w	3,641	0.82	0.86	0.60	30
83	Armenien	0.759	71.5	99.4	72	3,671	0.77	0.90	0.60	28
84	Philippinen	0.758	70.4	92.6	82	4,321	0.76	0.89	0.63	19
85	China	0.755	71.6	90.9	69	5,003 ^x	0.78	0.84	0.65	11
86	Suriname	0.755	69.1	88.0	73 ^l	.. ^y	0.74	0.83	0.70	-7
87	St. Vincent und Grenadinen	0.755	71.1	88.1 ^{j,u}	67	6,123	0.77	0.81	0.69	-5
88	Paraguay	0.755	71.0	91.6	73 ^l	4,684 ^q	0.77	0.86	0.64	13
89	Tunisien	0.753	73.3	74.3	74	7,161	0.80	0.74	0.71	-20
90	Jordanien	0.753	71.3	89.9	78	4,320	0.77	0.86	0.63	14
91	Belize	0.753	71.9	76.9	77 ^l	6,950	0.78	0.77	0.71	-19
92	Fidschi	0.752	67.8	92.9 ⁿ	73 ^{l,j}	5,880	0.71	0.86	0.68	-5
93	Sri Lanka	0.751	74.0	90.4 ^z	69 ^l	3,778	0.82	0.83	0.61	17
94	Türkei	0.750	68.7	88.3	68 ^l	6,772	0.73	0.82	0.70	-18
95	Dominikanische Rep.	0.749	67.2	87.7	76 ^l	6,823 ^q	0.70	0.84	0.70	-21
96	Malediven	0.745	66.6	97.2 ^k	75 ^l	.. ^{j,y}	0.69	0.90	0.65	2
97	Turkmenistan	0.738	62.4	98.8 ⁿ	.. ^w	5,938	0.62	0.91	0.68	-11
98	Jamaika	0.738	70.8	87.6 ^k	74 ^l	4,104	0.76	0.83	0.62	9
99	Iran, Islam. Rep.	0.736	70.4	77.0	69 ^l	6,995	0.76	0.74	0.71	-29
100	Georgien	0.732	70.5	100.0 ^{e,z,aa}	71	2,588	0.76	0.90	0.54	21
101	Aserbaidshjan	0.729	66.9	98.8 ⁿ	69	3,617	0.70	0.89	0.60	12
102	Besetzte Palästinensische Gebiete	0.729	72.5	91.9	80 ^l	.. ^{ab}	0.79	0.88	0.52	26
103	Algerien	0.722	71.1	69.8	74 ^l	6,107 ^q	0.77	0.71	0.69	-20
104	El Salvador	0.722	70.9	79.7 ^k	68	4,781 ^q	0.76	0.76	0.65	-5
105	Kap Verde	0.721	70.4	75.7 ^k	73	5,214 ^q	0.76	0.75	0.66	-11
106	Syrien, Arab. Rep.	0.721	73.3	82.9	62 ^l	3,576	0.81	0.76	0.60	8

Index für menschliche Entwicklung

HDI Rang ^a	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen (15 Jahre und älter in %)	Kombinierte Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich (in %)	Pro-Kopf-BIP (PPP US\$)	Lebenswartungsindex	Bildungsindex	BIP-Index	Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$ minus HDI-Rang) ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
107	Guyana	0.720	63.1	96.5 ^{j,u}	77 ^l	4,230 ^q	0.63	0.90	0.63	-2
108	Vietnam	0.704	70.5	90.3 ⁿ	64 ^l	2,490	0.76	0.82	0.54	16
109	Kirgisistan	0.702	66.8	98.7 ⁿ	82	1,751	0.70	0.93	0.48	33
110	Indonesien	0.697	66.8	87.9 ^k	66	3,361	0.70	0.81	0.59	5
111	Usbekistan	0.694	66.5	99.3 ^{e,k}	76	1,744	0.69	0.91	0.48	32
112	Nicaragua	0.690	69.7	76.7	69	3,262 ^q	0.75	0.74	0.58	4
113	Bolivien	0.687	64.1	86.5	87 ^l	2,587	0.65	0.87	0.54	9
114	Mongolei	0.679	64.0	97.8	74	1,850	0.65	0.90	0.49	23
115	Moldau, Rep.	0.671	67.7	96.2	62	1,510	0.71	0.85	0.45	33
116	Honduras	0.667	67.8	80.0	62 ^l	2,665 ^q	0.71	0.74	0.55	3
117	Guatemala	0.663	67.3	69.1	61	4,148 ^q	0.70	0.66	0.62	-11
118	Vanuatu	0.659	68.6	74.0 ⁿ	58	2,944 ^q	0.73	0.69	0.56	-1
119	Ägypten	0.659	69.8	55.6 ⁿ	74 ^l	3,950	0.75	0.62	0.61	-10
120	Südafrika	0.658	48.4	82.4 ⁿ	78 ^l	10,346 ^q	0.39	0.81	0.77	-68
121	Äquatorialguinea	0.655	43.3	84.2	65 ^l	19,780 ^{j,q}	0.30	0.78	0.88	-93
122	Tadschikistan	0.652	63.6	99.5	76	1,106	0.64	0.91	0.40	36
123	Gabun	0.635	54.5	71.0 ^{aa}	74 ^{l,j}	6,397	0.49	0.72	0.69	-43
124	Marokko	0.631	69.7	50.7 ^k	58	4,004	0.75	0.53	0.62	-16
125	Namibia	0.627	48.3	85.0	71 ^l	6,180 ^q	0.39	0.80	0.69	-44
126	São Tomé und Príncipe	0.604	63.0	83.1 ^{j,m}	62 ^{l,j}	1,231 ^{j,p}	0.63	0.76	0.42	27
127	Indien	0.602	63.3	61.0 ^z	60	2,892 ^q	0.64	0.61	0.56	-9
128	Solomonen	0.594	62.3	76.6 ^{j,m}	52	1,753 ^q	0.62	0.68	0.48	13
129	Myanmar	0.578	60.2	89.7	48 ^l	.. ^{j,t}	0.59	0.76	0.39	34
130	Kambodscha	0.571	56.2	73.6	59	2,078 ^q	0.52	0.69	0.51	3
131	Botswana	0.565	36.3	78.9 ^k	70 ^l	8,714	0.19	0.76	0.75	-70
132	Komoren	0.547	63.2	56.2 ^k	47 ^l	1,714 ^q	0.64	0.53	0.47	13
133	Lao, Dem. VR	0.545	54.7	68.7	61	1,759	0.49	0.66	0.48	7
134	Bhutan	0.536	62.9	47.0 ^{aa}	.. ^w	1,969 ^{j,p}	0.63	0.48	0.50	0
135	Pakistan	0.527	63.0	48.7	35	2,097	0.63	0.44	0.51	-5
136	Nepal	0.526	61.6	48.6	61	1,420	0.61	0.53	0.44	15
137	Papua-Neuguinea	0.523	55.3	57.3	41 ^l	2,619 ^q	0.50	0.52	0.55	-17
138	Ghana	0.520	56.8	54.1	46 ^l	2,238 ^q	0.53	0.51	0.52	-11
139	Bangladesch	0.520	62.8	41.1 ^k	53	1,770	0.63	0.45	0.48	-1
140	Timor-Leste	0.513	55.5	58.6 ^m	75 ^{j,m}	.. ^{ac}	0.51	0.64	0.39	22
141	Sudan	0.512	56.4	59.0 ^z	38 ^l	1,910 ^q	0.52	0.52	0.49	-6
142	Kongo	0.512	52.0	82.8 ^k	47	965	0.45	0.71	0.38	23
143	Togo	0.512	54.3	53.0	66	1,696 ^q	0.49	0.57	0.47	3
144	Uganda	0.508	47.3	68.9 ^k	74 ^l	1,457 ^q	0.37	0.71	0.45	6
145	Simbabwe	0.505	36.9	90.0 ^k	55 ^l	2,443 ^j	0.20	0.78	0.53	-20
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
146	Madagaskar	0.499	55.4	70.6	51	809	0.51	0.64	0.35	24
147	Swasiland	0.498	32.5	79.2	60 ^l	4,726	0.12	0.73	0.64	-47
148	Kamerun	0.497	45.8	67.9	55 ^l	2,118	0.35	0.64	0.51	-19
149	Lesotho	0.497	36.3	81.4	66 ^l	2,561 ^q	0.19	0.76	0.54	-26
150	Dschibuti	0.495	52.8	65.5 ^{k,l}	24 ^l	2,086 ^q	0.46	0.52	0.51	-18
151	Jemen	0.489	60.6	49.0 ^k	55 ^l	889	0.59	0.51	0.36	15
152	Mauretanien	0.477	52.7	51.2	45 ^l	1,766 ^q	0.46	0.49	0.48	-13
153	Haiti	0.475	51.6	51.9 ^k	.. ^w	1,742 ^q	0.44	0.50	0.48	-9
154	Kenia	0.474	47.2	73.6	52 ^l	1,037	0.37	0.66	0.39	7
155	Gambia	0.470	55.7	37.8 ^{k,l}	48 ^l	1,859 ^q	0.51	0.41	0.49	-19
156	Guinea	0.466	53.7	41.0 ^{aa}	41 ^l	2,097	0.48	0.41	0.51	-26
157	Senegal	0.458	55.7	39.3	40 ^l	1,648	0.51	0.39	0.47	-10
158	Nigeria	0.453	43.4	66.8 ^k	64 ^l	1,050	0.31	0.66	0.39	2
159	Ruanda	0.450	43.9	64.0	55	1,268 ^q	0.31	0.61	0.42	-7

HDI Rang ^a	Wert des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt (in Jahren)	Alphabetisierungsgrad bei Erwachsenen (15 Jahre und älter in %)	Kombinierte Bruttoeinschulungsquote im Primar-, Sekundar- und Tertiärbildungsbereich (in %)	Pro-Kopf-BIP (PPP US\$)	Lebenserwartungsindex	Bildungsindex	BIP-Index	Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$ minus HDI-Rang) ^d	
	2003	2003	2003 ^b	2002/03 ^c	2003					
160	Angola	0.445	40.8	66.8	30 ^{l,j}	2,344 ^q	0.26	0.54	0.53	-34
161	Eritrea	0.444	53.8	56.7 ^{k,l}	35 ^l	849 ^q	0.48	0.49	0.36	7
162	Benin	0.431	54.0	33.6	55 ^l	1,115	0.48	0.41	0.40	-5
163	Côte d'Ivoire	0.420	45.9	48.1	42 ^{l,j}	1,476	0.35	0.46	0.45	-14
164	Tansania, Ver. Rep.	0.418	46.0	69.4	41 ^l	621	0.35	0.60	0.30	11
165	Malawi	0.404	39.7	64.1 ⁿ	72 ^l	605	0.24	0.67	0.30	11
166	Sambia	0.394	37.5	67.9 ⁿ	48 ^l	877	0.21	0.61	0.36	1
167	Kongo, Dem. Rep.	0.385	43.1	65.3	28 ^{l,j}	697	0.30	0.53	0.32	6
168	Mosambik	0.379	41.9	46.5 ^k	43 ^l	1,117 ^q	0.28	0.45	0.40	-12
169	Burundi	0.378	43.6	58.9	35 ^l	648 ^q	0.31	0.51	0.31	5
170	Äthiopien	0.367	47.6	41.5 ^k	36 ^l	711 ^q	0.38	0.40	0.33	1
171	Zentralafrik. Rep.	0.355	39.3	48.6	31	1,089 ^q	0.24	0.43	0.40	-12
172	Guinea-Bissau	0.348	44.7	39.6 ^{k,l}	37 ^{l,j}	711 ^q	0.33	0.39	0.33	-1
173	Tschad	0.341	43.6	25.5	38 ^l	1,210 ^q	0.31	0.30	0.42	-19
174	Mali	0.333	47.9	19.0 ⁿ	32 ^l	994	0.38	0.23	0.38	-10
175	Burkina Faso	0.317	47.5	12.8 ⁿ	24 ^l	1,174 ^q	0.38	0.16	0.41	-20
176	Sierra Leone	0.298	40.8	29.6	45 ^l	548	0.26	0.35	0.28	1
177	Niger	0.281	44.4	14.4	21 ^l	835 ^q	0.32	0.17	0.35	-8
	Entwicklungsländer	0.694	65.0	76.6	63	4,359	0.67	0.72	0.70	..
	Am wenigsten entwickelte Länder	0.518	52.2	54.2	45	1,328	0.45	0.50	0.60	..
	Arabische Staaten	0.679	67.0	64.1	62	5,685	0.70	0.61	0.72	..
	Ostasien und Pazifikraum	0.768	70.5	90.4	69	5,100	0.76	0.83	0.71	..
	Lateinamerika und Karibik	0.797	71.9	89.6	81	7,404	0.78	0.87	0.74	..
	Südostasien	0.628	63.4	58.9	56	2,897	0.64	0.58	0.67	..
	Afrika südlich der Sahara	0.515	46.1	61.3	50	1,856	0.35	0.56	0.63	..
	Mittel- und Osteuropa sowie GUS	0.802	68.1	99.2	83	7,939	0.72	0.94	0.75	..
	OECD-Länder	0.892	77.7	..	89	25,915	0.88	0.95	0.85	..
	OECD-Länder mit hohem Einkommen	0.911	78.9	..	95	30,181	0.90	0.98	0.86	..
	Hohe menschliche Entwicklung	0.895	78.0	..	91	25,665	0.88	0.96	0.85	..
	Mittlere menschliche Entwicklung	0.718	67.2	79.4	66	4,474	0.70	0.75	0.70	..
	Niedrige menschliche Entwicklung	0.486	46.0	57.5	46	1,046	0.35	0.53	0.58	..
	Hohes Einkommen	0.910	78.8	..	94	29,898	0.90	0.97	0.86	..
	Mittleres Einkommen	0.774	70.3	89.6	73	6,104	0.75	0.84	0.73	..
	Geringes Einkommen	0.593	58.4	60.8	54	2,168	0.56	0.58	0.64	..
	Welt	0.741	67.1	..	67	8,229	0.70	0.77	0.75	..

ERLÄUTERUNGEN

Die zusammenfassenden Werte in Spalte 7 beruhen auf den vom Statistikinstitut der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) berechneten zusammenfassenden Werten der Daten zur Bruttoeinschulungsquote sowie den Alphabetisierungsdaten, die zur Berechnung des HDI verwendet wurden.

- a** Bei der Ermittlung des HDI-Rangs werden die HDI-Werte bis zur fünften Stelle hinter dem Komma zugrunde gelegt.
- b** Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf nationale Schätzungen zum Alphabetisierungsgrad auf der Grundlage von Volkszählungen oder Erhebungen, die zwischen 2000 und 2004 stattgefunden haben. Da die Ermittlungsmethode und Aktualität der zugrunde liegenden Daten voneinander abweichen, ist bei länder- und zeitübergreifenden Vergleichen Vorsicht geboten. Näheres unter: www.uis.unesco.org/ev.php?ID=4930_201&ID2=DO_TOPIC.
- c** Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf das Schuljahr 2002/03. Bei manchen Ländern können sich die Angaben auf Schätzungen entweder nationaler Behörden oder des Statistikinstituts der UNESCO beziehen.
- d** Ein Minuszeichen vor der Zahl bedeutet, dass der HDI-Rang niedriger ist als der Rang beim Pro-Kopf-BIP (PPP US\$); kein Minuszeichen bedeutet das Gegenteil.
- e** Bei der Berechnung des HDI wurde ein Wert von 99,0 % zugrunde gelegt.

- f** Bei der Berechnung des HDI wurde ein Wert von 100 % zugrunde gelegt.
- g** Statec 2005. Da auch Staatsbürger mitgezählt wurden, die im Ausland die Schule/Hochschule besuchen, weichen die Angaben von der allgemeinen Definition ab.
- h** Bei der Berechnung des HDI wurde ein Wert von \$ 40.000 (PPP US\$) zugrunde gelegt.
- i** Vorläufige Schätzung des Statistikinstituts der UNESCO, die noch revidiert werden kann.
- j** Die Daten beziehen sich auf ein anderes Jahr als das angegebene.
- k** Schätzung des Statistikinstituts der UNESCO vom Juli 2002.
- l** UNESCO Institute for Statistics 2003a. Die Schätzungen beruhen auf veralteten Angaben aus Volkszählungen oder Haushaltserhebungen und sind daher mit Vorsicht zu interpretieren.
- m** Die Daten stammen aus nationalen Quellen.
- n** Die Daten beziehen sich auf ein Jahr zwischen 1995 und 1999.
- o** World Bank 2003c.
- p** Aten, Heston und Summers 2002. Die Daten weichen von der allgemeinen Definition ab.
- q** Auf Regression beruhende Schätzung.
- r** Die Angaben stammen vom Sekretariat der Organisation der westkaribischen Staaten und beruhen auf nationalen Quellen.
- s** Man bemüht sich weiterhin darum, eine genauere und aktuellere Schätzung zu erstellen (siehe Erläuterungen

- zu Tabelle 1: Über den diesjährigen Index für menschliche Entwicklung). Es wurde ein vorläufiger Schätzwert von \$ 5.400 (PPP US\$) angesetzt.
- t** Aten, Heston und Summers 2001. Die Daten weichen von der allgemeinen Definition ab.
- u** Die Angaben stammen vom Sekretariat der Karibischen Gemeinschaft und beruhen auf nationalen Quellen.
- v** UNDP 2003.
- w** Da keine kombinierte Bruttoeinschulungsquote vorlag, wurden folgende Schätzungen des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung zugrunde gelegt: Bhutan 49 %, Ecuador 75 %, Haiti 48 %, und Turkmenistan 75 %.
- x** Schätzung auf der Grundlage eines bilateralen Vergleichs zwischen China und den Vereinigten Staaten (Ren und Kai 1995).
- y** Da keine amtliche Schätzung des Pro-Kopf-BIPs (PPP US\$) vorlag, wurden folgende vorläufige Schätzungen der Weltbank angesetzt, die noch revidiert werden können: Malediven \$ 4.798 und Suriname \$ 6.552.
- z** Die Angaben beziehen sich auf ein anderes Jahr bzw. einen anderen Zeitraum als das angegebene/den angegebenen, weichen von der allgemeinen Definition ab oder beziehen sich lediglich auf einen Teil des Landes.
- aa** UNICEF 2004.
- ab** Da keine Schätzung für das Pro-Kopf-BIP (PPP US\$) vorlag, wurde die Schätzung des Büros für den Bericht über die

menschliche Entwicklung in Höhe von \$ 2.302 zugrunde gelegt, die unter Zuhilfenahme des BIP-Wertes in US-Dollar und der gewichteten Durchschnittsquote von PPP US\$ zu US\$ in den Arabischen Staaten abgeleitet wurde.

- ac** Es wurde ein nationaler Schätzwert in Höhe von \$ 1.033 (PPP US\$) zugrunde gelegt.
- ad** Schätzungen beruhen hauptsächlich auf Informationen über den Nordteil des Sudan.

QUELLEN

- Spalte 1:** Berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalten 6-8; Einzelheiten siehe Technische Erläuterung 1.
- Spalte 2:** UN 2005c, soweit nicht anders angegeben.
- Spalten 3 und 4:** UNESCO Institute for Statistics 2005c, soweit nicht anders angegeben.
- Spalte 5:** World Bank 2005c, soweit nicht anders angegeben; zusammenfassende Werte wurden von der Weltbank für das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung berechnet.
- Spalte 6:** Berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalte 2.
- Spalte 7:** Berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalten 3 und 4.
- Spalte 8:** Berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalte 5.
- Spalte 9:** Berechnet auf der Grundlage der Angaben in Spalten 1 und 5.

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
EU	Europäische Union
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization)
HDI-Index	Index für menschliche Entwicklung (Human Development Index)
HIPCs	Hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries)
IWF	Internationaler Währungsfonds (International Monetary Fund, IMF)
MDGs	Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals)
ODA	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development)
PPP	Kaufkraftparität (Purchasing Power Parity)
TRIPS	Handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights)
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organization)

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Maß für die wirtschaftliche Leistung eines Landes. Es entspricht der Summe aller Erwerbseinkommen und Vermögenseinkommen, die in der Berichtsperiode im Inland entstanden sind, zuzüglich der Abschreibungen und der (um die Subventionen verminderten) Produktionsabgaben und Importabgaben, sowie abzüglich des Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt. Das BIP gibt alle neu zur Verfügung stehenden Güter- und Dienstleistungen zu ihren Marktpreisen an, die im Inland innerhalb einer definierten Periode von In- und Ausländern hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen.

Bruttonationaleinkommen (BNE)

Das Bruttonationaleinkommen (englisch GNI, gross national income) ist in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein in Geld angegebenes Maß für die erbrachte wirtschaftliche Leistung der Inländer einer Volkswirtschaft. Es ist die Summe des Wertes aller von den ständigen Bewohnern eines Staates innerhalb einer bestimmten Periode (meist ein Jahr) erzeugten und statistisch erfassten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen. Im Gegensatz zum Inlandskonzept des Bruttoinlandsproduktes wird also nicht das Gebiet betrachtet, in dem die Leistung erbracht wurde, sondern die in diesem Gebiet wohnenden Personen, die sie erbrachten. 1999 wurde die Bezeichnung Bruttosozialprodukt (BSP) bei der amtlichen Statistik durch den Begriff Bruttonationaleinkommen ersetzt.

Gini-Koeffizient

Statistisches Maß für Verteilungsgleichheit, entwickelt vom italienischen Statistiker Corrado Gini. Er wird besonders in der Wohlfahrtsökonomie verwendet. Der Wert kann beliebige Größen zwischen 0 und 1 (bzw. 0 und 100 Prozent) annehmen. Je näher an 1 der Ginikoeffizient ist, desto größer ist die Ungleichheit (zum Beispiel einer Einkommensverteilung).

G8-Länder

Der Gruppe der Acht (sieben führende Industrieländer und Russland) gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA an. Daneben ist in dem Gremium auch die Europäische Kommission vertreten. Die G8 gilt nicht als internationale Organisation, ihre Treffen sind informell. Die G8 Länder vereinigen circa 50 Prozent des Welthandels und des Weltbruttosozialproduktes auf sich. Auf dem jährlichen Weltwirtschaftsgipfel treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten.

Index für menschliche Entwicklung (HDI)

Der Human Development Index erfasst die durchschnittlichen Werte eines Landes in grundlegenden Bereichen der menschlichen Entwicklung. Dazu gehören unter anderem die Lebenserwartung bei der Geburt, das Bildungsniveau sowie das Pro-Kopf-Einkommen. Dadurch ergibt sich eine Rangliste, aus der man den Stand der durchschnittlichen Entwicklung eines Landes ablesen kann.

Kaufkraftparität (PPP US-\$)

Internationale Kaufkraft der Währung eines Landes. Sie gibt an, wie viel Einheiten der jeweiligen Währung erforderlich sind, um vergleichbare Dienstleistungen und Waren zu kaufen, die man für 1 US-\$ in den USA erhalten könnte.

Millenniums-Entwicklungsziele

Auf der UN-Generalversammlung 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs), zur Bekämpfung von Armut, Krankheit, Analphabetismus und Umweltzerstörung. So soll beispielsweise bis zum Jahr 2015 weltweit der Anteil der Menschen halbiert werden, die Hunger leiden und keinen nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser haben.

Literaturverzeichnis

- Bannon, Ian, and Paul Collier, eds. 2003.** *Natural Resources and Violent Conflict: Options and Actions.* Washington, DC: World Bank.
- Dikhanov, Yuri. 2005.** "Trends in Global Income Distribution 1970–2015."
- FAO (Food and Agricultural Organization). 2004.** *The State of Food Insecurity in the World 2004.* Rome. [http://www.fao.org/documents/show_cdr.asp?url_file=/docrep/007/y5650e/y5650e00.htm]. May 2005.
- . **2005.** *FAO Statistical Databases.* Rome. [<http://faostat.fao.org/>]. June 2005.
- Global IDP Project. 2003.** "Precarious Health Situation Prevailing in Chechnya." Geneva. [<http://www.db.idproject.org/Sites/IdpProjectDb/idpSurvey.nsf/wViewCountries/053B0FBFC11AA8D5C1256E01005A0ABF>]. May 2005.
- . **2005.** "War in Darfur Has Displaced Close to Two Million People Since February 2003." Geneva. [<http://www.db.idproject.org/Sites/IdpProjectDb/idpSurvey.nsf/wViewCountries/8E0D7B571AC744F2C1256CDE0038F23A>]. May 2005.
- Gwatkin, Davidson, Shea Rutstein, Kiersten Johnson, Eldaw Abdalla Suliman, Adam Wagstaff, and Agbessi Amouzou. Forthcoming.** *Socioeconomic Differences in Health, Nutrition and Population.* Washington, DC: World Bank.
- Human Rights Watch. 2004a.** "D.R. Congo: Civilians at Risk During Disarmament Operations." Backgrounder. New York. [<http://www.hrw.org/backgrounder/africa/drc1204/>]. May 2005.
- IMF (International Monetary Fund). 2003.** "Vietnam, Selected Issues." IMF Country Report 03/381. Washington, DC. [<http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2003/cr03381.pdf>]. May 2005.
- IMF (International Monetary Fund) and World Bank. 2001.** "Market Access for Developing Country Exports: Selected Issues." Washington, DC. [<http://www.worldbank.org/economics/marketaccess.pdf>]. May 2005.
- Inyega, Hellen Nasimiuyh, and Patricia Nyawira Mbugua. 2005.** "Education Technology in Kenya Today and Tomorrow." In M. Orey, T. Amiel, and J. McClendon, eds., *The World Almanac of Education Technologies.* [<http://www.waet.uga.edu/kenya/kenya.htm>]. May 2005.
- IRC (International Rescue Committee). 2004.** "Mortality in the Democratic Republic of Congo: Results from a Nationwide Survey." New York. [http://www.theirc.org/pdf/DRC_MortalitySurvey2004_RB_8Dec04.pdf]. May 2005.
- Mexico, INEGI (Instituto Nacional de Estadística Geografía e Informática). 2005.** *Información estadística.* Database. Mexico City [<http://www.inegi.gob.mx/est/default.asp?c=715>]. June 2005.
- Mexico, Secretaría de Desarrollo Social. 2005.** "Oportunidades: Información general: Histórico de la cobertura de municipios, localidades y familias beneficiarias." Colonia Juárez, Mexico. [http://www.progesa.gob.mx/informacion_general/mpios_locs_historico.pdf]. May 2005.
- OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development). 2005.** "Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation 2005. Highlights." Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/33/27/35016763.pdf>]. June 2005.
- OECD/DAC (Organisation for Economic Co-Operation and Development/Development Assistance Committee). 2004.** "Implementing the 2001 DAC Recommendations on Untying Official Development Assistance to the Least Developed Countries: 2004 Progress Report." Paris.
- . **2005.** "International Development Statistics (IDS) Online: Databases on Aid and Other Resource Flows." Paris. [<http://www.oecd.org/dataoecd/50/17/5037721.htm>]. March 2005.
- Oxfam GB, Save the Children, and Christian Aid. 2001.** "No End in Sight: The Human Tragedy of the Conflict in the Democratic Republic of Congo." Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/conflict_disasters/downloads/noend_drc.pdf]. May 2005.
- Oxfam International. 2003.** "Dumping Without Borders: How US Agricultural Policies are Destroying the Livelihoods of Mexican Corn Farmers." Oxfam Briefing Paper 50. Oxford. [http://www.oxfam.org/eng/pdfs/pp030827_corn_dumping.pdf]. May 2005.
- . **2004.** "Dumping On the World: How EU Sugar Policies Hurt Poor Countries." Oxfam Briefing Paper 61. Oxford.
- Oxfam International, CARE, Save the Children, IRC (International Rescue Committee), Tearfund, and Christian Aid. 2002.** "The Key to Peace: Unlocking the Human Potential of Sudan." Oxford. [http://www.oxfam.org.uk/what_we_do/issues/conflict_disasters/downloads/peace_sudan.pdf]. May 2005.
- Strand, Håvard, Lars Wilhelmsen, and Nils Petter Gleditsch. 2004.** *Armed Conflict Data Project 2004: Armed Conflict Database Codebook.* Version 3.0. Oslo: PRIO (International Peace Research Institute).
- . **2005.** "Armed Conflict Data Project 2004: Armed Conflict Database." PRIO (International Peace Research Institute), Oslo. [<http://www.prio.no/cwp/armedconflict/current/armedconflicts.xls>]. May 2005.
- Tanzania, Government of. 2004.** "Poverty Reduction Strategy: The Third Progress Report 2002/03." Dar es Salaam. [<http://www.tanzania.go.tz/pdf/THE%20THIRD%20PRSP%20Progress%20Report%202003.pdf>]. May 2005.
- UN (United Nations). 2005.** *World Population Prospects 1950–2050: The 2004 Revision.* Department of Economic and Social Affairs, Population Division, New York.
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees). 2004.** "2003 Global Refugees Trends: Overview of Refugee Populations, New Arrivals, Durable Solutions, Asylum-Seekers, and Other Persons of Concern to UNHCR." Population Data Unit/PGDS, Division of Operational Support, Geneva. [<http://www.unhcr.ch/cgi-bin/texis/vtx/statistics/opendoc.pdf?tbl=STATISTI CS&id=40d015fb4>]. May 2005.
- UNICEF (United Nations Children's Fund). 2000.** "From Survival to Thrival: Children and Women in the Southern Part of Sudan." New York.

———. 2001. State of the World's Children 2001. New York.

———. 2005. "Monitoring the Situation of Children and Women." [www.childinfo.org]. May 2005.

UN OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs). 2002. "Democratic Republic of the Congo 2002: Consolidated Appeals Process (CAP)." Geneva.

———. 2004a. "Democratic Republic of the Congo 2004: Consolidated Appeals Process (CAP)." Geneva. [http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/CAP_2004_DRCongo/\$FILE/CAP_2004_DRCongo_SCREEN.PDF?OpenElement]. May 2005.

———. 2004b. "Occupied Palestinian Territory 2004: Consolidated Appeals Process (CAP)." Geneva. [http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/CAP_2004_oPt_SCREEN.PDF?OpenElement]. May 2005.

UN (United Nations) Viet Nam. 2002. "Vietnam: Bringing the MDGs Closer to the People." New York. [http://www.undp.org/mdg/vietnam2002.pdf]. May 2005.

USITC (United States International Trade Commission). 2005. "Interactive Tariff and Trade Dataweb." Washington, DC. [http://dataweb.usitc.gov]. May 2005.

Vargas Hill, Ruth. 2005. "Assessing Rhetoric and Reality in the Predictability and Volatility of Aid."

Viet Nam, Government of. 2004. "Vietnam: The Comprehensive Poverty Reduction and Growth Strategy." IMF Country Report 04/25. Washington, DC. [http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2004/cr0425.pdf]. May 2005.

Wade, Robert. 2005. "Is Globalization Reducing Poverty and Inequality?" World Development 32(4): 567–89.

Wagstaff, Adam. 2000. "Socioeconomic Inequalities in Child Mortality: Comparisons Across Nine Developing Countries." Bulletin of the World Health Organization 78(1): 19–29.

WHO (World Health Organization). 2004. "Retrospective Mortality Survey among the Internally Displaced Population, Greater Darfur, Sudan." Geneva. [http://www.who.int/disasters/repo/14656.pdf]. May 2005.

World Bank. 2001. "Tanzania: World Bank Approves Primary Education Project." News Release 2002/096/AFR. Washington, DC.

———. 2005. World Development Indicators 2005 CD-ROM (Single User). Washington, DC.

World Bank and Palestinian Central Bureau of Statistics. 2004. "Deep Palestinian Poverty in the Midst of Economic Crisis." Working Paper 30751. Washington, DC. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2004/11/24/000112742_20041124094109/Rendered/PDF/307510arabic.pdf]. May 2005.

World Bank and the Republic of Kenya. 2004. "Kenya Public Expenditure Review 2004: Report on the Structure and Management of Public Funding." Report 29421-KE. Africa Region, Country Department for Kenya, Washington, DC. [http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2005/03/17/000012009_20050317111633/Rendered/PDF/294210KE.pdf]. May 2005.

Deutschsprachige Internet-Adressen:

Auswärtiges Amt: [http://www.auswaertiges-amt.de]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: [http://www.bmz.de]

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.: [http://www.dgvn.de]

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.: [http://www.venro.org] [http://www.weltweite-aktion-gegen-armut.de]

Vereinte Nationen, Regionales Informationszentrum für Westeuropa: [http://www.uno.de]

Weitere Kurzfassungen des Berichtes über die menschliche Entwicklung:

- 2004 Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt
- 2003 Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut
- 2002 Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt
- 2001 Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung
- 2000 Menschenrechte und menschliche Entwicklung

Human Development Reports, englische Ausgaben:

- 2005 International Cooperation at a Crossroads: Aid, Trade and Security in an Unequal World
- 2004 Cultural Liberty in Today's Diverse World
- 2003 Millennium Development Goals: A compact among nations to end human poverty
- 2002 Deepening Democracy in a Fragmented World
- 2001 Making New Technologies Work for Human Development
- 2000 Human Rights and Human Development
- 1999 Globalization with a Human Face
- 1998 Consumption for Human Development
- 1997 Human Development to Eradicate Poverty (vergriffen)
- 1996 Economic Growth and Human Development (vergriffen)
- 1995 Gender and Human Development (vergriffen)
- 1994 New Dimensions of Human Security (vergriffen)
- 1993 People's Participation (vergriffen)
- 1992 Global Dimensions of Human Development (vergriffen)
- 1991 Financing Human Development (vergriffen)
- 1990 Concept and Measurement of Human Development (vergriffen)

Bericht über die menschliche Entwicklung, deutsche Ausgaben:

- 2005 Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt ISBN 3-923904-61-4
- 2004 Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt ISBN 3-923904-57-6
- 2003 Millenniums-Entwicklungsziele: Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut ISBN 3-923904-54-1
- 2002 Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt ISBN 3-923904-50-9
- 2001 Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung ISBN 3-923904-48-7
- 2000 Menschenrechte und menschliche Entwicklung ISBN 3-923904-46-0
- 1999 Globalisierung mit menschlichem Antlitz ISBN 3-923904-45-2
- 1998 Konsum und menschliche Entwicklung ISBN 3-923904-42-8
- 1997 Armut und menschliche Entwicklung ISBN 3-923904-37-1
- 1996 Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung ISBN 3-923904-34-7
- 1995 Gleichstellung der Geschlechter und menschliche Entwicklung ISBN 3-923904-30-4
- 1994 Neue Dimensionen menschlicher Sicherheit ISBN 3-923904-27-4

Veröffentlicht von der:

Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin, Tel.: (030) 259375-0, Fax: (030) 259375-29, E-Mail: info@dgvn.de, Internet: www.dgvn.de

Zu beziehen über:

UNO-Verlag, Vertriebs- und Verlags-GmbH, August-Bebel-Allee 6, 53175 Bonn, Tel.: (0228) 94902-0, Fax: (0228) 94902-22, E-Mail: info@uno-verlag.de, Internet: www.uno-verlag.de



Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
Zimmerstraße 26/27
D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0
Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de
Internet: www.dgvn.de

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) wurde 1952 als eingetragener Verein gegründet und ist seit 1966 Vollmitglied des Weltverbandes der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA).

Gemäß ihrer Satzung verfolgt die DGVN die Aufgabe, die deutsche Öffentlichkeit in konstruktiv-kritischer Weise über die Ziele, die Institutionen und die Aktivitäten der Vereinten Nationen (VN) zu informieren. Sie will zugleich Interesse für zwischenstaatliche und internationale Beziehungen wecken sowie das Verständnis für die aktuellen Vorgänge in der Außen-, Entwicklungs-, Kultur- und Weltwirtschaftspolitik fördern. Thematische Schwerpunkte sind VN-Reform, -Finanzierung, Konfliktprävention und die Förderung der Menschenrechte.

Die DGVN ist überparteilich und unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Organisation anerkannt.



Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ist das globale Entwicklungsnetzwerk der UN. Es setzt sich für Veränderungen ein und bemüht sich, weltweit das Wissen, die Erfahrungen und die Ressourcen zugänglich zu machen, die Menschen helfen, sich ein besseres Leben aufzubauen. UNDP ist in 166 Ländern vertreten und unterstützt sie bei der Umsetzung ihrer eigenen Lösungen zu globalen und nationalen Entwicklungsproblemen. Bei der Schaffung von Kapazität vor Ort nutzen diese Länder die Mitarbeiter von UNDP und die große Vielfalt von Partnern.



ISSN 1614-5488

Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

Vor fünf Jahren wurde die Millenniums-Erklärung unterzeichnet. Sie beinhaltet eine kühne neue Vision zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Diese wird gestützt von einer Reihe von Zielvorgaben, den Millenniums-Entwicklungszielen, deren Erreichen die menschliche Entwicklung vorantreiben würde. Die Millenniums-Entwicklungsziele sollen bis zum Jahr 2015 erreicht werden – in genau zehn Jahren. Heute sind die meisten Länder in Bezug auf die meisten Ziele allerdings nicht auf Kurs. Die Welt steuert im Bereich der menschlichen Entwicklung auf ein sich deutlich abzeichnendes Desaster zu – ein Desaster, das verbesserte internationale Zusammenarbeit verhindern könnte.

Der diesjährige Bericht über die menschliche Entwicklung zieht eine Bilanz der menschlichen Entwicklung einschließlich der Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele. Er geht über bloße Statistiken hinaus und untersucht die Folgen nicht erreichter Zielvorgaben und gebrochener Versprechen für die Menschen. Extreme Ungleichheit zwischen Ländern und innerhalb von Ländern wird als eines der größten Hindernisse für die menschliche Entwicklung ermittelt – und als starke Bremse für schnellere Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der Ziele.

Neue Ansätze zur internationalen Zusammenarbeit sind unerlässlich, wenn das Versprechen der Millenniums-Erklärung wahr gemacht werden soll. Geeignete Maßnahmen müssen ergriffen werden, um die nächsten zehn Jahre zu einer „Dekade für Entwicklung“ zu machen. Anhand von drei der zentralen Pfeiler der internationalen Zusammenarbeit – Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit – liefert der Bericht über die menschliche Entwicklung 2005 eine schonungslose Analyse der Probleme und ermittelt Lösungen. Demnach dürfen die reichen Länder sich nicht auf ermutigende Appelle beschränken, sondern müssen ihre politischen Handlungskonzepte an die Verpflichtungen anpassen, die sie in der Millenniums-Erklärung eingegangen sind.